

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. August 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

I.

Als sich die Redaktion des „Vorwärts“ mit dem Wunsche an den Parteivorstand wendete, ihr den Abdruck des Kapitels „Partei und Gewerkschaft“ aus dem Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände zu ermöglichen, geschah das aus zwei Gründen. Erstens hatte die Redaktion aus der Lektüre des Protokolls die Ueberzeugung erlangt, daß der tendenziöse und sehr fragmentarische Auszug aus dem Protokoll, den die „Einigkeit“ gegeben, ein ganz falsches Bild von dem wirklichen Charakter der Verhandlungen geben mußte. In erster Linie von der Verhandlung über jene Thesen, die Genosse Silber Schmidt als das sinngemäße Ergebnis der Ausführungen Bebels auf jener Besprechung des Parteivorstandes mit der Generalkommission der Vorstandskonferenz unterbreitet hatte. Dann aber auch von der Aussprache über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft überhaupt. Erst wenn es dem „Vorwärts“ möglich war, sich — soweit der Punkt Partei und Gewerkschaft in Frage kam — völlig uneingeschränkt auf das Protokoll beziehen zu können, war es ihm möglich, sowohl den Besichtigungen der „Einigkeit“ als den hämischen Glossen der bürgerlichen Blätter entgegenzutreten.

Der andere Grund war der, daß die Debatte auf der Vorstandskonferenz eine solche Fülle mißverständlicher Auffassungen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft im allgemeinen und die Stellung der radikalen Richtung innerhalb der Partei zu den Gewerkschaften im besonderen hervortreten ließ, daß es der Redaktion des „Vorwärts“ im Interesse der Gewerkschaften nicht minder als dem der Partei dringend geboten erschien, mit diesen Mißverständnissen so rasch und so gründlich als möglich aufzuräumen. Gerade weil sich trotz aller Schärfe der Tonart auf der Vorstandskonferenz immer und immer wieder der ehrliche Wille kundgab, ein beiden Teilen förderliches Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften herzustellen, hielt und hält es der „Vorwärts“ für eine schwere Unterlassungssünde, wollte er nicht das Seine dazu tun, durch Hinwegräumung vorhandener Mißverständnisse und sachliche Austragung bestehender Meinungsverschiedenheiten ein solches Zusammenarbeiten noch enger und fruchtbarer zu gestalten als bisher.

Wir sind der Ueberzeugung, daß ein solcher Meinungs- austausch, der alle persönlichen Momente auszuschneiden und die Streitfragen rein sachlich zu erfassen bemüht ist, unbedingt dazu beitragen wird, auch der Debatte in Rammheim die persönlichen Epochen abzubrechen und sie auf die ihr angemessene Höhe einer sachlichen und grundsätzlichen Diskussion emporzuheben.

Die Indistinktionen der „Einigkeit“ sollten in erster Linie beweisen, daß der Parteivorstand in der Frage des politischen Massenstreiks vor den Gewerkschaften und ihrer in der Resolution von Aöln niedergelegten Auffassung kapituliert habe. Während die Jenaer Massenstreikresolution den politischen Massenstreik als neue proletarische Waffe dem Arsenal der Partei einverleibt habe, habe der Parteivorstand nach den Ausführungen Silber Schmidts in der Vorstandskonferenz der Generalkommission gegenüber erklärt, daß er den Massenstreik nicht propagieren, sondern nach Möglichkeit verhindern wolle. Dies Zugeständnis an das „Ruhebedürfnis“ der Führer der zentralisierten Gewerkschaften beweise schlagend die Abhängigkeit der sozialdemokratischen Partei von den Gewerkschaften; nicht die Beschlüsse der Parteitage, sondern die der Gewerkschaftskongresse seien für die Partei in erster Linie maßgebend.

Wir haben uns ja mit dieser Auffassung ausführlich auseinandergesetzt. Und noch eingehender mit jener von verschiedenen Parteiblättern vertretenen Ansicht, daß der Parteivorstand zwar nicht formell gegen die Jenaer Resolution verstossen habe, aber doch gegen ihren Geist, als er der Generalkommission erklärt habe, den politischen Massenstreik während der Wahlrechtskämpfe nicht propagieren zu wollen.

So sehr die Auffassungen der „Einigkeit“ und jener Parteiblätter auch im übrigen differieren mochten: sie hatten das Eine gemeinsam, daß sie den Sinn der Jenaer Massenstreikresolution und den Grundcharakter der Jenaer Massenstreikdebatte völlig verkannten. Wir haben es seinerzeit durch Zitate dokumentarisch bewiesen, daß es sich in Jena nur um eine prinzipielle Anerkennung des politischen Massenstreiks gehandelt hat, daß zwar die Auffassungen über das Wie und Wann des Massenstreiks gewaltig auseinandergingen, daß aber kein einziger Redner auch nur im Kraume daran dachte, den Massenstreik bereits ein paar Monate später zum Sturze des preussischen Dreiklassenwahlrechts in Anwendung bringen zu können! In Jena dachte namentlich auch noch kein Mensch daran, unter dem politischen Massenstreik etwa einen Halbtagstreik zu verstehen; ja, Bebel konnte, ohne in der Debatte Widerspruch zu finden, erklären, daß man in Deutschland schwerlich je einen Demonstrationsstreik von nur drei Tagen Dauer, wie in Schweden, machen werde!

Und trotzdem fand die Mitteilung, daß der Parteivorstand während der Wahlrechtskampagne den Massenstreik nicht zu propagieren gedente, nicht nur in der „Einigkeit“ und ver-

schiedenen Parteiblättern eine höchst ungnädige Aufnahme, sondern sie erregte auch, wie die Leser aus dem abgedruckten Teil des Protokolls ja erfahren haben, auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände selbst eine gewisse Sensation.

Freilich verrät das Protokoll auch zugleich die Ursache dieser Sensation. Sie lag einmal in der Art, wie Genosse Silber Schmidt die Ausführungen Bebels wiedergab, und zweitens in den sonderbaren Vorstellungen, die ein Teil der Gewerkschaftsführer von dem „revolutionsromantischen“ Radikalismus hegte, der ihrer Auffassung nach auch Bebel zur Zeit seiner Jenaer Rede ins Schlepptau genommen hatte. Sagte doch Paeplov (Seite 29 des Protokollabdrucks):

„Bebel war nach meiner Meinung bei dem Referat in Jena auf völlig verkehrtem Pfade. Ich habe den Eindruck, daß ihm das inzwischen zum Bewußtsein gekommen ist, und daß die hier verlesenen Thesen ein Ausfluß dieser Erkenntnis sind. Ich bedauere, daß diese Erkenntnis nicht früher gekommen ist. . . . Auch der Parteivorstand hätte vor Jena wissen müssen, daß der preussische Staat nicht vergleichbar ist mit Rußland, daß jeder Massenstreik, jede Vorbereitung zur Revolution niedergeschlagen würde. . . .“

Diese Ausführungen beweisen, daß Paeplov weder Sinn noch Tragweite der Jenaer Resolution Bebels verstanden hatte. Bebel täuschte sich in Jena ebensowenig über die Verhältnisse der preussischen Zustände, wie im Februar dieses Jahres. Er dachte in Jena so wenig an die Möglichkeit, im Frühjahr 1906 das Dreiklassenwahlrecht durch den Massenstreik erschüttern zu können, wie fünf Monate später. Ein neues Mißverständnis des Genossen Paeplov war es allerdings, daß er annahm, Bebel halte nunmehr jeden Massenstreik für undurchführbar!

Auch Silber Schmidts unkorrekte Wiedergabe der Darlegungen Bebels erklärt sich offenbar aus der mangelnden Vertrautheit mit den Gedankengängen der Jenaer Rede und Resolution Bebels. Seine Darstellung der Ausführungen Bebels, namentlich deren Zusammenfassung in den bekannten sechs Thesen, hätte sonst unmöglich auch nur den leiftesten Zweifel darüber lassen dürfen, daß Bebel und der Parteivorstand die Ablehnung des Massenstreiks sich nur auf die momentane Gegenwart, den Wahlrechtskampf, bezog, daß aber an den Verpflichtungen, die die Jenaer Resolution der Partei auferlegte, selbstverständlich nicht gerüttelt werden sollte. Nun, der Parteivorstand hat ja inzwischen unabweisbar festgestellt, was er gemeint hat und wie jene Thesen aufzufassen sind. Obendrein hat auch ein Mitglied der Generalkommission, Genosse Schmidt, erklärt, daß die Generalkommission gar nicht daran denke, den Erklärungen des Parteivorstandes einen anderen als den gewollten und ausdrücklich deklarierten Sinn beizulegen. Damit ist dies Mißverständnis endgültig hinweggeräumt. Daß es überhaupt entstehen konnte, wird aber nur der nicht zu kapieren vermögen, dem es selbst noch niemals passiert ist, seine vermeintlich klarsten Worte in geradezu grotesker Weise mißdeutet zu sehen!

Nun hat man aber ein großes Geschrei davon gemacht, daß sich auf der Vorstandskonferenz selbst kein Mensch dagegen gewendet habe, daß Bebel gewissermaßen ein Verrat an seiner eigenen Resolution zugeschrieben worden sei. Die Lektüre des abgedruckten Protokolls beweist aber gerade, daß die Mehrheit der Delegierten die Ausführungen Bebels gar nicht als einen Verstoß gegen die Jenaer Resolution auffaßte, sie vielmehr so deutete, wie sie verständigerweise gedeutet werden mußten! So sagte Genosse v. Elm (S. 20):

„Die Vorschläge von Bebel sind zum Teil mit Heiterkeit aufgenommen worden, man hat sich erstaunt gefragt, was hat Bebel gesagt? Ja, ich muß bekennen, daß ich zwischen diesen Vorschlägen von Bebel und seinen Ausführungen in Jena einen Widerspruch nicht gefunden habe.“

Und Geher kam der Sache sofort auf die richtige Spur, indem er ausführte (Seite 27):

„Für fehlerhaft halte ich auch die Art, wie hier die Bebel'schen Ausführungen wiedergegeben sind. Das führte dahin, daß eine ganze Reihe von Genossen beim Verlesen in höhnischer Weise lachten. Sie fanden den Zusammenhang nicht; man hat es so aufgefaßt, als ob Bebel seine Jenaer Resolution verleugnete. Die Generalkommission hätte erklären müssen, wie diese Ausführungen zustande gekommen sind. In Jena war davon die Rede, daß „gegebenen Falles“ der Massenstreik ein Kampfmittel sei. Der „gegebene Fall“ ist aber nicht vorhanden, und ich kann mir denken, daß Bebel gesagt hat, für den gegebenen Fall, d. h. für die gegenwärtige Wahlrechtsbewegung können wir den politischen Massenstreik nicht in Szene setzen. Da ist es meiner Ansicht nach selbstverständlich, daß die Diskussion auf Grund der verlesenen Thesen fortgesetzt wird. . . .“

Auch Genosse Kloth vermüht zwar (S. 42) eine „authentische Festlegung der Erklärungen Bebels in bezug auf den Massenstreik“, allein er findet selbst in der Darstellung Silber Schmidts keinen Rückzug Bebels.

Er selbst läßt einen wesentlichen Widerspruch zwischen den Ausführungen Bebels auf dem Jenaer Parteitage und in dieser Sitzung nicht entdecken. Es sei auch verfehlt, die Anhänger des Massenstreiks für jeden Ruch verantwortlich zu machen, der sich hier und da ereignet. Er müsse, obwohl er Anhänger des Massenstreiks sei, noch heute erklären, daß er beispielweise einen Massenstreik in Hamburg und Lübeck für aussichtslos halte und deshalb ein solcher hier auch gar nicht unternommen werden dürfte.“

Man sieht: es hat nicht an Protesten gegen die Auffassung gefehlt, als habe Bebel in Jena eine andere Haltung eingenommen, als bei der Besprechung mit der Generalkommission, und als habe er sich erst nach Jena zur „besseren Einsicht“ bekehrt. Und gegen all diese Ausführungen hatte Silber Schmidt am Schluß der Debatte (S. 47) nur das Folgende einzuwenden:

„Die Voraussetzungen Geher's in bezug auf die Ausführungen Bebels seien unzutreffend. Allerdings habe letzterer erklärt, daß er das, was er in Jena gesagt habe, auch heute noch sagen würde. Man habe aber dann die Frage der Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks aufgeworfen und da habe Bebel die Berechtigung der erhobenen Bedenken anerkannt.“

Das ist alles! Es ist immerhin genug, um zu beweisen, daß Silber Schmidt auch jetzt noch nicht begriffen hatte, weshalb Bebel seiner Jenaer Resolution das Wort „gegebenen Falles“ eingefügt hatte! In diesem Worte ist eben die ganze Summe der politischen und organisatorischen Faktoren eingeschlossen, die nach Bebel die unbedingte Voraussetzung der Anwendung des Massenstreiks zu bilden haben. Daß das manche Genossen aus Gewerkschaftskreisen absolut nicht begriffen, daran trägt weder Bebels Rede in Jena, noch die Jenaer Resolution, noch auch die von der Genossin Roland-Goltz formulierte Amsterdamer Massenstreikresolution die Schuld, die die Bedingungen und Voraussetzungen eines politischen Massenstreiks klar genug präzisieren.

Das Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beweist also, daß Bebels Haltung in der Besprechung mit der Generalkommission nur von einem Teil der Gewerkschaftsvertreter mißverstanden und mißdeutet worden ist, und daß das deplazierte Gelächter einiger Anwesenden sofort eine Zurechtweisung erfuhr — nicht nur von dem politisch links stehenden Genossen Geher, sondern auch von dem politisch ziemlich weit rechts stehenden Genossen v. Elm. Damit ist aber auch der Vorwurf entkräftet, den man gegen die auf der Konferenz anwesenden Reichstagsabgeordneten erhoben hatte: daß sie zu dem angeblichen Parteiverrat des Parteivorstandes damals und später geschwiegen hätten. Den „Verrat“ des Parteivorstandes zu entdecken, blieb erst der „Einigkeit“ vorbehalten!

Im übrigen spielte die Frage des Massenstreiks und die Aussprache der Generalkommission mit dem Parteivorstand in der ganzen weitläufigen, sich um das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei drehenden Debatte nur eine recht untergeordnete Rolle. Viele der Diskussionsredner berührten die Frage überhaupt nicht. Um so eifriger rechnete man mit der vermeintlichen „Revolutionäromantik“ der „Neuen Zeit“, der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ ab. Auch ein Beweis dafür, daß man der „Unterwerfung des Parteivorstandes unter die Generalkommission“, von der die „Einigkeit“ sabelte, denn doch nur eine recht geringe Bedeutung beimaß!

Die russische Revolution.

Die Agrarunruhen nehmen wieder zu — das ist die wichtigste der heutigen Meldungen. Es ist also nichts mit der Ruhe, die die Regierung nach der Niederwerfung der Soldatenmeutereien und dem Wüthigen des Generalsstreiks gefiebert glaubte. Es wird telegraphiert:

Petersburg, 13. August. Die Agrarunruhen nehmen wieder zu. Aus zahlreichen Teilen des Landes werden Einlieferungen von Rüstern und Unzufriedenen gemeldet.

Der Londoner „Daily Chronicle“ wird aus Odessa gemeldet:

Die Wolgabereiche sind von schrecklicher Hungersnot heimgesucht. Von Tag zu Tag wächst die Verzweiflung der Bauern, deren Viehbestand aus Futtermangel dem schnellen Untergange geweiht ist. Die Wut der hungernden Landbevölkerung richtet sich vor allem gegen die heimkehrenden Dumaabgeordneten, die beschuldigt werden, durch ihre Feigheit gegenüber der Regierung die traurige Lage verursacht zu haben. Die Bauern sind entschlossen, sich der Willkür der Regierung, die im September stattzufinden hat, zu entziehen. Die Regierung hat mit Rücksicht auf die unruhige Stimmung der Agrarbevölkerung die Aushebungen bis in den November verschoben.

Die Rüstungen der Revolution.

„Laffans Bureau“ meldet aus London vom 13. August: Die Hauptorganisationsanstalten der russischen Revolutionäre erklären, Meldungen aus Odessa zufolge, gestern nach allen Industrieorten in ganz Südrussland die Werbung, alle Streiks sofort zu beenden und bis zum 1. Oktober Ruhe zu halten. Sie haben bereits Pläne ausgearbeitet für einen gemeinsamen Generalsstreik. Dieser wird wirtschaftlicher und politischer Natur zugleich sein und alle Gewerbe und Industrien sowie alle Zweige des öffentlichen Dienstes umfassen.

Die Meldung ist mit einiger Reserve aufzunehmen, vor allem, was ihren zweiten Teil betrifft. Es erscheint nicht sehr wahrscheinlich, daß das Bureau Laffan über die Pläne der Revolutionäre so genau unterrichtet wird, noch, daß die Revolutionäre den Zeitpunkt, an dem der allgemeine Generalsstreik ausbrechen soll, so lange vorher festsetzen.

Das schöne Programm Stolypins

Ist vom Zaren bereits zerrissen worden, wie folgende Meldung zeigt:

Der Zar lehnte die Amnestie, die Aufhebung der Todesstrafe und das Agrarprogramm ab, ebenso scheiterte Stolypins Plan, die neue Duma früher einzuberufen, an dem Widerstand der Hofpartei.

Die Inserions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengedruckte und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Herr Stolypin's Landdrang darf sich also bloß in der Unterdrückung von Zeitungen, Einschränkung von Freiheitskämpfern und Zerstreuen von Arbeiterorganisationen auslösen. Indes kann Herr Stolypin auch mit Glacéhandschuhen seine reaktionäre Politik machen, wenn es sich um bürgerliche Opposition handelt. Der „Russ. Kurier“ meldet:

Auf dringenden Ersuchen des Ministerpräsidenten Stolypin hat das Zentralkomitee der Kadettenpartei beschlossen, den für August in Aussicht genommenen allrussischen Kongress der „Kadetten“ bis Mitte September hinauszuziehen.

Der Minister ersucht also, statt zu verbieten. Indes, solch ein Ersuchen ist selbstverständlich nur ein verzugertes Verbot.

Martyrer der Freiheit.

Helsingfors, 11. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Sitzungen des Kriegsgerichts zur Aburteilung der Meuterei in Swaborg haben gestern begonnen. In erster Reihe wird über acht Hauptverursacher abgeurteilt werden. Die in Swaborg und Statuten verhafteten Zivilpersonen sind dem Zivilgericht überwiesen worden. Die Untersuchung wurde unter Leitung des Kommissars Allen geführt. Die Zeugen erklären, daß die Agitation in Statuten von langer Hand vorbereitet war.

Helsingfors, 12. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Kriegsgericht hat gestern die wegen der Meuterei in Swaborg angeklagten Leutnants Gmeljanow und Koshanowsky und fünf Soldaten zum Tode verurteilt. Das Todesurteil ist bereits vollstreckt worden.

Die Reaktion hat es eilig mit der Vollstreckung der Todesurteile. Das ist Kriegsbrecht. Und die Kriegsgerechtigkeit zeigt nur, daß das russische Volk im Kriege steht wider den Jaren.

Kein Attentat?

Petersburg, 13. August. (Von einem Spezialkorrespondenten.) Die Meldung eines auswärtigen Blattes von einem Gerücht über ein im Lager von Krasnojarsk Selo durch die Soldaten auf den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch (der zum Militärdiktator ernannt sein sollte, eine Nachricht, die inzwischen wieder dementiert worden ist. Red. v. W.) erfolglos verübtes Attentat wird amtlich nicht bestätigt.

Das Dementi klingt merkwürdig matt.

Die Kontrovervolution in der Armee.

Von einem Korrespondenten wird der „Russ. Kor.“ geschrieben: Um die Agitation unter den Soldaten zu unterdrücken, wird alles mögliche unternommen, um das Militär von dem verderblichen Einfluß der zivilen Leute, hauptsächlich der „versuchten Juden“, zu isolieren. Es wird den Soldaten natürlich eine große Dosis von dem Gift des „schwarzen Hunderts“ eingeimpft, aber das gesunde Blut des Volkes überwindet das Gift. Um die systematische Propaganda für das „schwarze Hundert“ zu zeigen, gebe ich hier eine Reihe von Befehlen wieder, die in der dritten Cappelux-Brigade, an deren Spitze der bekannte Kommandeur Generalleutnant Suchomlinow steht, erteilt wurden. In der genannten Brigade entstanden im Dezember vorigen Jahres Unruhen, die sehr schwere Folgen nicht nur für die Teilnehmer, sondern auch für viele Unbeteiligte hatten. Die Befehle umfassen die Zeit vom 2. Dezember 1905 bis 10. April 1906. Unterwerfen wir sie einer Prüfung. In dem Befehl 3 vom 5. Januar 1906 wurde der unglückliche Ausgang des Krieges den Revolutionären zugeschrieben: „Um ihre Ziele zu erreichen, beschloßen sie die Zufuhr der Verstärkungen und des Proviantes für unsere Armee in der Wandschüre aufzubrechen, wodurch wir gezwungen wurden, Frieden zu schließen, ohne den Feind besiegt zu haben.“ „Die Feinde des russischen Volkes,“ lesen wir weiter, „wollen verschiedene Komitees, die aus Juden, Polen und russischen Anarchisten bestehen, gründen, um über das Land zu herrschen. Sie wollen den Jaren beseitigen und die ganze Nacht an sich reißen. An der Spitze der revolutionären Banden, zu deren Befähigung das Militär aufgefordert wird, stehen Juden und Anarchisten.“ Dieser Befehl mußte allen Mannschaften und Regimentern der Brigade drei Abende hintereinander beim Appell vorgelesen werden, damit ihn die Soldaten hörten und befehlten! Den Soldaten, die aus anderen Mannschaften kamen, mußte der Befehl besonders vorgelesen werden. Solchen Wert legte man darauf, daß die Soldaten die Juden als Hauptverursacher der Unruhen in Russland ansehen lernten. Der Kommandeur der dritten Brigade hat den Massenbegriff an die Spitze des Kampfes mit dem inneren Feind gestellt, er bearbeitete dieses Thema in einer ganzen Reihe von Befehlen. Den 24. Januar 1906 wurde der Kommandeur des 14. Bataillons (Befehl Nr. 370) aufgefordert, für jede Kompanie 20 Exemplare der lehrreichen Broschüre: „Erläuterung für den russischen Soldaten über das, was jetzt in Russland vorgeht“, zu kaufen. Die Broschüre ist von dem gegen die „Fremdlinge“ durchdrungen. Ihr Verfasser „Stary Soldat“ warnt seine jungen Freunde vor der Idee des allgemeinen und direkten Wahlrechtes, da dieses System den jüdischen Wählern gegenüber den echten Russen den Erfolg sichere. In den Händen der Juden befindet sich „der ganze Reichtum der Welt“, sie berechnen das Geld, das ist ihr lebendiger Gott, mit dessen Hilfe sie die ganze Welt zu beherrschen denken. An der Spitze der aufwühlenden Bande, der „falschen Freunde des Volkes“, stehen die verfluchten Juden. „Nichtig ist,“ bemerkt der Verfasser, „daß es auch unter den Juden manchmal gute Leute gibt, aber ein Jude, der dem russischen Volke Gutes wünscht, ist eben so selten wie eine weiße Krähe.“ Aus alledem müssen natürlich die Soldaten den Schluß ziehen, daß sie als Verteidiger des Jaren und des Vaterlandes mit allen Juden kämpfen sollen, und das wurde denn auch in den Herbst-Programmen und unlängst in Wialhof durchgeführt. Der Kommandeur der dritten Brigade gibt sich endlich Mühe, den Soldaten viel Material in dieser Richtung zu verschaffen. So befaß er am 23. Januar, in allen Kotten und auch im Ingenieur-Feldparke die Zeitung „Newljanin“ auszuteilen, damit die Soldaten sie lesen.“ Die Richtung dieser Zeitung ist bekannt. In den Oktobertagen, als der ganze Süden im Blute schwamm, entwickelte der „Newljanin“ eine Agitation, der wegen ihres Synismus der erste Platz in der Pogromliteratur gebührt. Nach dem Befehl vom 20. März 1906 (1210) wird vom Bataillonskommandeur an die Soldaten die Proklamation „Russische Kriegsgewalt“ gesandt. In ihr sind alle Instanzen gesammelt, die gewöhnlich von den Organisatoren und Protektoren der Pogrome gebraucht wurden. —

Agrarstatistisches.

Die Landwirtschaftsverwaltung hatte festgestellt, daß in 44 Gouvernements des Europäischen Russlands 10 239 054 Bauernhöfe vorhanden sind, die durchschnittlich über 8,7 Desjatinen (1 Desjatine = 100 1/4 Ar) des nicht gekauften Bodens verfügen. Von dieser Zahl fallen auf den nicht zum Schwarzerdebezug gehörenden Rayon 3 918 078. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. August.

Russland.

Dem Steiger, der das Soll nicht liefert, wird die Prämie entzogen!

So lautet ein Utas im Behenrapportbuch der „Vorussia“. Der Steiger, der ein bestimmtes Quantum nicht liefert, wird bestraft! Wie er das Soll heranholt, ist seine Sache. Dies System erklärt Tausende von Unglücksfällen im Bergbau. Und daß dieses System auch das große Unglück auf der See Vorussia verschuldet hat, bestätigte eine am Sonntag in Essen-West stattgefundene, von zirka 500 Bergarbeitern besuchte Versammlung. Reichstagsabgeordneter Qu e

unterzog das Urteil im Vorussia-Prozess einer eingehenden Erörterung. Er rechnete mit der Möglichkeit einer neuen Auflage dieses Prozesses, und die Versammlung verlangte sie. Que führte weiter aus:

Vielleicht sei es möglich, im Parlamente, wo man den Vertretern der Regierung Auge in Auge gegenüberstehe, gewisse Leute zu nötigen, Aussagen zu machen, durch die Aufklärung zu schaffen sei, die man bis jetzt vergeblich erwartet habe. Das Unglück sei am 10. Juli 1905 geschehen. In der Verhandlung habe der Staatsanwalt erklärt, erst am 9. März 1906 sei es möglich gewesen, durch Befahren der Grube die in dieser herrschenden Zustände kennen zu lernen und die Anlagenelemente zusammenzusetzen. Aber schon am 8. Februar habe sich Staatsminister Delbrück im Landtage über die bevorstehende Anklage verbreitet. Wie habe er da wissen können, daß der Staatsanwalt Anklage erheben werde? Interessanter noch sei es, daß zwei Tage nach der Katastrophe Landdirektor Müller in der Sitzung des Aufsichtsrates erklärte, es sei festgestellt, daß der Bergwerksverwaltung keine Schuld an dem Unglück beizumessen sei, was Herr Springorum bestätigt habe mit dem Hinzufügen, es sei das von aufstrebenden Revisorberatern ausdrücklich anerkannt worden. Wenn der Staatsanwalt in der Verhandlung erklärt habe, die eigentlichen Schuldigen lägen auf der Zeugenbank, warum habe er denn keine Anklage gegen die betreffenden Zeugen erhoben? Der Staatsanwalt habe sich in einem großen Irrtum befinden. Der wirklich Schuldige sei juristisch nicht zu fassen, es sei das jetzt herrschende ganze bergbauliche System.

Nach jedem größeren Bergunglück, nach den Katastrophen von „Karolinenglück“, „Hibernia“, „Vorussia“ und wie die Wäsenden alle hießen, habe er in der „Bergarbeiter-Zeitung“ die aller schwersten Beschuldigungen gegen die Grubenverwaltungen erhoben, aber nichts sei daraus gekommen! Der Redner machte weiter interessante Mitteilungen über tödliche Unfälle auf den Becken „Langenbahn“, „Gustav“ und „Herkules“, gelegentlich deren in der Presse schwere Anschuldigungen gegen die Verwaltungen erhoben worden seien. Dennoch sei über jene Unfälle noch heute der Schleiher des tiefsten Geheimnisses gezogen und das, obwohl man die Bergbehörde über alle Einzelheiten informiert habe! Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die im Gerichtssaal und in der zeitungsfreundlichen Presse unternommenen Veruche, die Arbeiter als die eigentlichen Schuldigen oder Mitschuldigen an dem Tode unserer 39 Kameraden auf der See „Vorussia“ zu demütigen. Wer der eigentliche Schuldige ist, hat für den Sachmann die Gerichtsverhandlung gegen den Betriebsführer Richter gezeigt. Obgleich durchaus nicht alle Einzelheiten der „Vorussia“-Tragödie durch die Art der Zeugenvernehmung aufgeklärt werden konnten, ist doch so viel zutage gefördert worden, daß jeder Sachmann erkennt: das jetzige Bergbauwesen hat auch die Toten von „Vorussia“ auf dem Gewissen. Um aber volle Klarheit über die Zustände auf der Unglückssee zu verbreiten, fordern wir abermals die Staatsanwaltschaft auf, gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ oder gegen den Kameraden Que wegen seiner Anklagerede in Dessel Anklage zu erheben. Dann nur können die Vorussia-Geheimnisse vollständig aufgedeckt werden.“

In der Diskussion sprachen noch Wagner, Veder und Rauer. Alle drei waren sich darin einig, daß man der Bergbehörde kein Vertrauen mehr entgegenbringe. Wagner erhob bei Erörterung eines auf der See „Herules“ vorgekommenen Unglücksfalles gegen einen höheren Beamten die Anklage, dieser habe die Sache vertuscht und der See Handlangerdienste geleistet. Er habe mit eigenen Ohren gehört, daß man eine See („Helene“) telephonisch davon verständigt habe, daß am nächsten Tage der Bergat zur Revision einfahren werde, man möge sich deshalb versehen! Veder machte zur Einigkeit und zur Solidarität, und Rauer teilte mit, daß seit dem 1. August wieder die Zehensperrre in Funktion getreten sei, und daß zahllose Arbeiter wieder von der See zu See hießen, aber nirgends angelegt würden. Eing waren sich alle Redner in der Forderung nach Arbeiterkontrollen aus den Reihen der Bergleute. So lange man diese nicht habe, werde keine Besserung der Verhältnisse zu erwarten sein. —

Die Verantwortlichkeit für die „Sirio“-Katastrophe.

Rom, 11. August. (Sig. Ver.)

Alle Einzelheiten über die furchtbare Katastrophe, die gegen 800 Menschen das Leben kostete, lassen die Verantwortlichkeit der Navigazione Italiana klarer hervortreten. Bei hellem Tage und ruhiger See, in wohlbelanntem Fahrwasser aufzulassen, das ist nur möglich bei großer Untüchtigkeit oder Fahrlässigkeit der verantwortlichen Offiziere. Immerhin könnte man hier noch an einen unglücklichen Zufall, an ein momentanes Versagen der Aufmerksamkeit denken, für das die Gesellschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann. Was gestaltete aber das Unglück zu einer so furchtbaren Katastrophe? Das schnelle Versinken des Schiffes und die Kopfschlagigkeit der Hilfsaktion. Und das Schiff versank im Handumdrehen, weil es ein alter Kasten war, der seit 23 Jahren Auswanderer transportiert und längst nicht mehr die Bedingungen bietet, die das Gesetz für diesen Transport fordert. Und die Hilfsaktion entbehrte jeder Leitung, weil der Kapitän Piccone ein alter gebrochener Mann war, siebzehnjährig, der nun seit 43 Jahren den Ozean befährt. Die Zeitungen überhäufen jetzt den greisen Seemann mit Vorwürfen, weil er, sumpt- und regungslos, wie zu Stein erstarrt, auf das Unglück geblüht hat. Man nennt ihn einen Feigling, obwohl er auch für seine eigene Rettung kein Glied gerührt. Man vergißt, daß dieser Mann Jahrzehnte hindurch der tüchtigste Offizier der Navigazione Italiana war, der beste und beliebteste Kapitän, dessen Name als Vürgschaft guter Fahrt galt. Warum konnte sich der Greis, nach fast einem halben Jahrhundert Dienstzeit, nicht zur Ruhe setzen und die schwere Verantwortlichkeit sängerer Schultern überlassen? Weil die Schiffsahrtsgesellschaft, trotzdem das Gesetz es ihr zur Pflicht macht, noch immer nicht die Pensionsverhältnisse ihrer Angestellten geordnet hat. Kapitän Piccone, der Familie hat, wollte diese stets als „blüt bedrohend“ bezeichnete Pensionsordnung abwarten, er mußte es vielleicht tun, um nicht auf seine alten Tage Not zu leiden. Und wegen dieser dreckigen Sparfameit der Gesellschaft mußten Hunderte ihr Leben lassen und muß ein alter Ehrenmann nach einem Leben voll Arbeit und Gefahr auf die Anklagebank.

Kamentlich in Genua, wo die Navigazione Italiana gerade ein Fest gab, um ein neues Schiff einzuwidmen, während das alte so elend unterging, ist die Erbitterung ungeheuer. Man fragt sich, wann die Regierung endlich wirksame Maßregeln treffen wird, um die Auswanderer vor der ruchlosen Spekulation der Kapitalisten zu schützen. Es heißt allgemein, daß die „Sirio“ einer gewissenhaften Inspektion des Auswanderungsamtes nie standgehalten hätte. Und dabei bezagen die Auswanderer diesen vermeintlichen Schutz mit ihren blutigen Helle, denn jeder von ihnen muß 8 Lire an das Auswanderungsamt geben! Am Sonntag findet in Genua eine große Protestkundgebung der Arbeiterorganisationen gegen dies infame Spiel mit Menschenleben statt.

Alle Greuelzügen des Schiffsrucks, die übrigens die englische Presse stark übertrieben hat, wären ohne das Versagen des Kapitäns, dessen körperlicher und geistiger Zustand der Gesellschaft wohlbekannt war, unmöglich gewesen. Die Mannschaft — das sei offen gesagt — hat sich nicht bewährt, da sie für die eigene Sicherheit sorgte, anstatt die Rettungsboote ins Meer zu lassen, die Schwimmgürtel zu verteilen usw. Aber si erhielt auch

kein Kommando, niemand leitete die Rettungsaktion. Wenn die Mannschaft auf dem Posten geblieben — und es war Sache des Kapitäns, dies zu erzwingen — so wären der Katastrophe nur die zum Dufer gefallenen, die zur Zeit des Anfalls unter Deck waren, also einige 70 Personen.

Daß der eingeleitete Prozess irgendwie das geschehene Unrecht rächt, erwartet in Italien kein Mensch. Schiffsahrtsgesetze gibt es hierzulande nicht; der Fall kommt also vor die gewöhnlichen Gerichte, wo dann die Sachverständigen, die als Zeugen vernommen werden, die Sache drehen und wenden können, wie sie wollen. Ein solcher Prozess dauert Jahre, ja Jahrzehnte! Wenn das Urteil erfolgt, ist das öffentliche Interesse längst verblaßt und kein Dahn kräftigt um den Freispruch. Der alte Kapitän, den man vielleicht als Sündenbock opfern würde, hat inzwischen Zeit, dahin zu gehen, wo er keine Pension mehr braucht. Und die Navigazione Italiana kann aus ihren schwimmenden Leichenklüften weitere Millionen schlagen. —

Deutsches Reich.

Standalklärenheit.

Die bürgerliche Presse ist bereits dabei, den vom „Vorwärts“ veröffentlichten Teil des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz gierig nach Zitaten zu durchschnüffeln, die sich zur Vereinerung einer politischen Standalkronik benutzen ließen. Die Klüdenste ist aber so mager, daß sich damit nicht viel anfangen lassen wird. Da haben der Parteitag von Dresden und der „Vorwärts“-Konflikt denn doch eine ganz andere Ausbeute gewährt.

Die „Arbeitssozialdemokraten“ der „Post“, die schände verkannten „Postesel“, die ihre das Scharfmachertum diskreditierende Tätigkeit vorfichtigerweise einige Tage eingestellt hatten, liefern jetzt wieder dadurch einen Beitrag zur „Post“-Moral, daß sie erzählen, ein Teil des Protokolls habe sich bereits seit 14 Tagen in ihrem Besitze befunden, sie hätten jedoch nur deshalb keinen Gebrauch von diesem — ihnen sicher nicht so iuculos zur Verfügung gestellten — Material ihrer Achtgroßenjungen gemacht, „weil der Parteivorstand das Protokoll doch demnächst veröffentlichen wollte!“ Die „säftigen Stellen“ des Protokolls erscheinen jedoch unseren verkappten „Post“-Genossen so trocken, daß sie sogar die erschreckliche Neuerung eines Genossen buchen, der einem anderen „nachgelogt“ hat, daß er die physischen Eigenschaften zum Posaunenbläser habe! In der Tat, so etwas kommt denn doch in bürgerlichen Parteien glücklicherweise nicht vor!

Die „Kön. Ztg.“ fängt die Sache nicht minder perfid an. Ein in ihrer Redaktion sitzender verkappter Sozialdemokrat plaudert die Herzenwünsche der Reaktion folgendermaßen aus:

„Nach den nunmehrigen Vorgängen hat es ja den Anschein, daß die Gewerkschaftsführer sich bei der Bewegung der erzweiblichen Wirkung ihrer Tätigkeit auf die Partei, wenigstens hinsichtlich des Tempos, in einem starken Irrtum befinden. Ihre bisherige Taktik des Ausweichens und Lawierens, um eine Zerplitterung der Arbeiterschaft zu verhüten, ist jetzt nicht mehr angängig. Man darf nunmehr erwarten, daß sie zur revolutionären Politik offene und rüchhaltige Stellung nehmen und dabei eine feste Linie ziehen um die gewerkschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten, deren Berücksichtigung durch die Partei auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände mit Entschiedenheit verlangt würde. Geschieht dies, dann wird die für das Wohl der Arbeiterklasse unumgänglich notwendige Vertretung der Gewerkschaftsorganisationen von gewerkschaftsfeindlicher Parteiseitigkeit die naturgemäße Folge, und damit die Grundlage gegeben sein für eine einheitliche nationale Arbeiterbewegung.“

Auch wir zweifeln nicht daran, daß die Gewerkschaftsgegenossen der von dem Organ der nationalliberalen Schlotbarone gegebenen Lösung unversäglich Folge leisten werden! —

Zur Nachwahl im 10. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Nachdem vor acht Tagen die Kandidatenaufstellung in einer Parteiversammlung in Döbeln erfolgt ist, während bei den bürgerlichen Parteien noch die Kapphagererei um Hesse weitergeht und die „Freisinnigen“ noch mit einer Sonder(zahl)kandidatur „drohen“, sind unsere Genossen im Kreise bereits in die Agitation zur Nachwahl eingetreten. In zwei Orten des Kreises, in Harta, dem Wohnort des verstorbenen Genossen und Abgeordneten Grünberg, und in Rößwein wurden am Sonnabend und Sonntag Volksversammlungen abgehalten, in denen sich der Kandidat, Genosse Karl Pinau-Leipzig seinen Wählern vorstellte. In dem sehr geräumigen Saal des „Hotels Flemmingen“ kamen am Sonnabend die Genossen und Anhänger aus Harta und Umgebung zusammen. Der Kandidat dankte für seine Auffassung und wies darauf hin, daß er mit der Annahme der Kandidatur nur seine Pflicht tue, wie er seit 20—25 Jahren immer angetreten sei und für die Partei und die Allgemeinheit sich betätigt habe, wenn der Ruf „Auf die Schanzen“ erscholl.

Genosse Pinau sprach dann über die deutsche Reichspolitik. In scharfer kritischer Beleuchtung ließ er die politischen Ereignisse der letzten Zeit Revue passieren, zeigte die preußisch-deutsche Regierung in voller Glorie und stellte die Beteiligung der bürgerlichen Parteien an der Geschmäherei fest. Deren Haltung und Abstimmung in den verschiedenen Fragen war schuld daran, daß ihnen gutes nicht nachzujagen war. Im Gegensatz hierzu kennzeichnete er die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die das Interesse der Bevölkerung noch immer gewahrt hat und wahren wird. Dem Professor Dr. Hesse, dem Zentralkandidaten bei der bevorstehenden Nachwahl die Stimme zu geben, wäre gleichbedeutend mit der Billigung der Hans Dampfpolitik, deren eifrigster Befürworter Hesse ist. Nur wenn die Masse der Wähler an den bei den letzten Wahlen betätigten Grundjahren festhalte, stehe eine Besserung der politischen Verhältnisse zu erwarten.

Dem mit begeistertem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in der der Plan der „Freisinnigen“, mit einer Sonderkandidatur zu kommen, als unbedeutend bezeichnet wurde. Die Genossen würden den Kreis mit einem oder mehreren geeigneten Kandidaten im ersten Wahlgange lösen. Nach einer kräftigen Aufforderung des Genossen Thate zu energischer Agitation für Pinau fand die glänzend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Das „Dresdener Journal“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, nach welcher die Reichstagswahl im 10. sächsischen Wahlkreise Döbeln-Rößwein auf den 22. Oktober angelegt wird.

Flottenpatriotische Spielereien.

Bereits kürzlich hatten wir über die Einführung einer „Flottenmarke“ berichtet, die den zahlungsfähigen Flottenpatrioten die ersuchte Gelegenheit geben sollte, auch etwas zu den Flottenlasten beizusteuern, die so bekanntlich aus den indirekten Steuern der nicht besitzenden Klassen zur Hauptsache bestritten werden. Diese patriotische Selbstbesteuerung hat nunmehr die offizielle Weihe des Flottenvereins erhalten. Wie wir der neuesten Nummer der „Flotte“, des offiziellen Organs des Flottenvereins, entnehmen, hat diese Organisation der Panzerflottenpatrioten nunmehr vertragmäßig den Vertrieb der „Flottenmarken“ übernommen. Auch verschiedene große Geschäftshäuser haben sich in „aufopferungsvoller Weise“ zum gleichen Dienst für die große Sache bereit erklärt. Selbst die Firma Toppelstirch will Flottenmarken vertreiben ohne dafür — man denke! — einen Vermittlungsdienst zu beanspruchen.

Die Erfinderin der genialen Idee, Margarete Freickau von Königsweyer-Hornes, Frankfurt a. M., äußert sich in einem Artikel in der „Flotte“ folgendermaßen über die „Flottenmarke“:

„Um alle Kosten zu vermeiden, mögen daher allerorts sich patriotische Götter finden, die ihrer Vaterstadt eine eingetragene charakteristische Flottenmarke stiften. Seine Majestät der Kaiser bringt der Flottenmarke ein reges Interesse entgegen, und der bekannte Marinemaler, Professor Böhndt, hat in liebenswürdigster Weise einige kunstvolle Skizzen entworfen, die gewiß großen Beifall finden dürften. Mit einer kleinen freiwilligen Beisteuer ist einem jeden die Möglichkeit geboten, seine Sympathie für das Herzenskind unseres Volkes, die Flotte, zu betätigen. Alle, die mit großen Mitteln nicht helfen können und doch helfen wollen, erleben bei Benutzung dieses Briefstegels täglich neu die Freude am Geben für ein großes Ganzes; darin liegt ein wichtiges erzieherisches Moment gerade für die Jugend, der unsere Zukunft gehört. Nicht nur erinnert das Markenbild dem jungen Weltbürger lebend an die Reize und die Macht des Meeres, an unsere Seelente, die mit tausend Gefahren kämpfend, hinausziehen, sondern es gibt ihm auch Gelegenheit, sein Scherlein beizutragen, mitzuhelfen an den großen Aufgaben seines Volkes. Diese Befriedigung, sich früh als Teil eines großen Ganzen zu fühlen, gibt ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das beglückend und seelisch erzieherisch auf unsere Jugend einwirkt.“

Tragfähig kann nur das Gute sein, und als trag- und ertragfähig hat sich die Idee erwiesen und sich Freunde gewonnen, trotz Gegenstrom und Gegenwind. Die Hamburg-Amerika-Linie und der Lloyd tragen sie fördernd über's Meer, auch die Reichspost ist ihr wohlwollend gesinnt, auf einen guten Start kommt alles an, diesen hat die Flottenmarke nunmehr erreicht! Doch Mann und Weib, Groß und Klein, wir alle müssen Helfer sein!

Der Flottenverein teilt dann weiter mit, daß der Verzicht von einer Million Flottenmarken 75 000 M. Reinertrag abwerfen werde. Diese patriotische Selbstbesteuerung spekuliert also in erster Linie auf die Sammel- und Markenpostfertigkeit der lieben Jugend. Trotzdem dürfte die „Flottenmarke“ kaum ein paar hunderttausend Mark Ertrag abwerfen. Unsere Kolonial- und Flotteninteressenten sind denn doch allzu kluge Leute, als daß sie die Lasten für die herrliche Kriegsflotte nicht generös der proletarischen Masse des Volkes überlassen würden. —

Dem Verdienste die Krone. Herr Fromme, Landgerichtsdirektor in Magdeburg, ist zum Landgerichtspräsidenten in Jasterburg ernannt worden. Der Herr wurde seinerzeit über Magdeburgs Mauern hinaus bekannt, als er noch Vorsitzender einer Strafkammer war, die über die meisten Rechtsprozeße gegen die „Volksstimme“ zu entscheiden hatte. Einmal hatte er dem Genossen Müller, der wegen irgend einer Lappalie angeklagt war, den guten Rat gegeben, er solle sich um „eine Parteilichkeit, die sich billen bauen“, kümmern, anstatt um so viele andere Dinge, die zu Anklagen führten. Das brachte dem Herrn Fromme eine gepfefferte Abfertigung durch den Genossen Bebel ein, die seinen Namen ziemlich bekannt machte. Müller lehnte ihn bei der nächsten Gelegenheit für befangen ab, natürlich ohne Erfolg und ein paar Wochen später verurteilte ihn die Kammer des Herrn Fromme unter seinem Vorhabe zu vier Jahren Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Die Majestätsbeleidigungsaffäre, die später zur Verurteilung des verstorbenen Genossen Schmidt zu drei Jahren Gefängnis und zur Freisprechung Müllers im Wiederaufnahmeverfahren führte, begann mit diesem Urteile. Sie hat Herrn Fromme, der alle Urteile in dieser Affäre fällt, einen Platz in der Geschichte neuerdeutscher Justiz verschafft. —

Die beleidigte Breslauer Polizei.

Vor der Strafkammer I des Landgerichts in Hannover hatten sich am Sonnabend der Gewerkschaftssekretär Genosse Schmidt und der Redakteur des „Volkswillen“, Genosse Donath, wegen einer Äußerung, die sie in Waidersammlungen in Linden gemacht, zu verantworten. Genosse Schmidt soll in der Versammlung im „Lindenhof“ jenes „Blutbades“ Erwähnung getan haben, welches man in den letzten Tagen seitens der Behörden in Breslau arrangiert hat. Genosse Schmidt will dagegen nur gesagt haben, daß die Breslauer Polizei bei diesem Blutbade „engagiert“ gewesen. Die Anklage lautet auf verleumdende Beleidigung (§ 187) der Breslauer Polizei und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen (§ 131). Strafantragsteller ist der Polizeipräsident von Breslau, Dr. Jenko, der wahrscheinlich durch die hannoversche Staatsanwaltschaft Kenntnis von dem Delikt erhalten. Genosse Donath soll in seiner Rede auf dem „Lindenhof“ durch folgende Wendung: „Wir brauchen und darüber (die Strahendenomstrationen in Preußen) nicht gestattete (sind) die Köpfe nicht zu zerbrechen; wenn wir einst die Zeit für gekommen halten, werden wir niemand darum fragen, ob wir auf die Straße gehen dürfen. Wir gehen auf die Straße, wenn es uns paßt, und nicht, wenn es unseren Gegnern paßt.“ gegen § 110 des Strafgesetzbuches (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle) verstoßen haben. Der Angeklagte stellt dies entschieden in Abrede.

Polizeikommissar Schütte bezeugt an der Hand seiner Aufzeichnungen, daß er das Wort „arrangieren“ gehört; er glaube nicht, sich verhört zu haben.

Kriminalbeamter Thielmann, der das Stenogramm aufgenommen, will ganz bestimmt das Wort „arrangieren“ gehört haben. Der betreffende Passus in dem Stenogramm lautet wörtlich: „Blutbad, letzten Tagen seitens Behörden Breslau arrangiert hat.“

Polizeikommissar Rittmann-Breslau, 23 Jahre alt, gibt eine Schilderung der Vorgänge am 19. April, indes mit so leiser Stimme, daß er im Hörsaal kaum verständlich war. Danach haben am genannten Tage auf dem Striegauerplatz in Breslau schon gegen 4 Uhr nachmittags große Menschenmengen sich angesammelt, um die „Arbeitswilligen“ zu erwarten. Gegen 6 Uhr seien es, Frauen und Kinder einbegriffen, wohl gegen 5000 gewesen. Die anwesenden Polizeibeamten seien übereingekommen, ihr Verhalten von dem der Menge abhängig zu machen. Diese habe alsbald angefangen zu johlen, die Polizeibeamten mit Steinen und mit Kot zu bewerfen, und sich auf die Straßen gedrängt, so daß die Arbeitswilligen nicht durchkommen konnten. Die Polizei sei jetzt eingeschritten, um die Straße frei zu machen. Schüsse fielen, Kanonenschläge wurden abgegeben. Als er selbst einen Schlag erhalten, habe er beschossen, blank zu ziehen und vorzugehen. Ein scharfer Schuß aus der erregten Menge hätte ein noch energischeres Vorgehen angezeigt erscheinen lassen. Schritt vor Schritt habe man die Menge zurückgedrängt, bis das Signal gekommen, sich zurückzuziehen. Unter des Regens Kommando hätten zwei Berritten und vierzehn Schutzleute gestanden. Hüfse sei geholt worden. Aber bis diese, ein Kommandeur und 200 Schutzleute, eingetroffen, sei der Platz wieder, wie vorher, ganz schwarz von Menschen gewesen. Man habe die Massen aufgefordert sich zu entfernen, und als dies nicht geschähe, sei der Befehl zum Vorgehen ergangen. Wiederum habe er einen Schlag erhalten. Steine seien geflogen gekommen; aus den Fenstern habe man mit Wasser, Eisen, Plättchen, Stählen z. B. geworfen, sogar mit Flaschen, die mit Säuren gefüllt gewesen seien. Allein in seiner Kompanie seien 11 Verletzungen zu verzeichnen gewesen. Er habe nun zunächst zwei Schredschüsse abgegeben, dann zur Warnung einen scharfen Schuß in ein Fenster, und als dies ohne die erwünschte Wirkung, seien die Schützen in Aktion getreten. Endlich sei es gelungen, den Platz und die Straße zu säubern, was dann noch dreimal hätte wiederholt werden müssen. — Es sei mit aller Schonung und Rücksicht vorgegangen.

Auf Befragen des Vorsitzenden sagt der Zeuge noch aus, daß seit dem roten Sonntag schärfere Bestimmungen eingetreten wären, welche laut Anweisung, eventuell „in vollem Maße“ angewendet werden sollten.

Polizeikommissar Bernhard-Breslau sagt über die Vorgänge in Breslau ähnlich aus, und bekennt auf die

Frage des Vorsitzenden noch, daß der Handabtreter bisher noch nicht ermittelte sei.

Polizeikommissar König hat nicht die Meinung geäußert, daß Genosse Donath mit seinen oben zitierten Worten die Zuhörer zum Ungehorsam gegen die Befehle hat auffordern wollen.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, ein noch junger Herr, ist, zumal die Angeklagten in ihrer Rede auch der russischen Revolution Erwähnung getan, von ihrer, der Angeklagten Schuld, völlig überzeugt. Die Erwähnung des Blutbades durch den Genossen Schmidt könne nur den Jurek haben, gegen die Behörden zu hegen; der Hinweis auf die russischen Vorkommnisse sei nur erfolgt, um die deutschen Behörden herabzusetzen. Die verleumdende Beleidigung sei erwiesen. Zweifellos habe sich der Angeklagte auch gegen § 131 vergangen. Von mildernden Umständen könne, obgleich Angeklagter noch nicht vorbestraft, keine Rede sein. Er beantrage „nur sechs Monate Gefängnis“ und Publikationsverbot. Den Angeklagten Donath, der bis zum 1. Mai noch unbestraft, aber inzwischen zweimal zu einer Geldstrafe verurteilt worden, beantrage er mit sechs Wochen Gefängnis zu bestrafen.

Nach einem trefflichen Plaidoyer des Verteidigers, Justizrat Lenzberg, der die Argumente des Staatsanwalts gehörig zerstückelt und sich auch gegen das exorbitant hohe Strafmaß wendete, zog sich das Gericht zur Urteilsfindung zurück.

Genosse Donath wurde freigesprochen, da das Gericht nicht die Überzeugung gewonnen, daß er, D., mit seiner Äußerung auf die Willensentziehung seiner Zuhörer habe einwirken wollen. Bei dem Genossen Schmidt erachtet das Gericht den Tatbestand des § 131 nicht für festgestellt. Dagegen sei er überführt, die Breslauer Polizeibehörde vorzüglich verleumdend beleidigt zu haben. Während sei erwogen, daß der Angeklagte noch unbestraft; aber der Vorwurf, den er gegen die Breslauer Polizei erhoben und der völlig aus der Luft gegriffen, sei ein so schwerer, daß auf eine Geldstrafe nicht hätte erkannt werden können. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis, Erlegung der Kosten und dem Polizeipräsidenten von Breslau wird außerdem die Befugnis zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten in der „Schles. Zig.“, im „Hannov. Tageblatt“ und im „Volkswillen“ durch einmaliges Einrücken bekanntzugeben. —

Journalistische Ehrenmänner.

Unter dieser Schlagmarke bringt die „Leipziger Volkszeitung“ nachfolgende Korrespondenz aus Frankfurt a. M.: „Von welcher Qualität und Gesinnungstüchtigkeit manche bürgerlichen Journalisten sind, mag durch folgendes kleine Beispiel illustriert werden: In der Hebe, die die bürgerliche Stadtverordneten-Mehrheit in Frankfurt a. M. gegen den Stadtverordneten Genossen Zielonski entrichtet hat, spielt besonders die demokratische Presse der Sonnemann-Ligue eine geradezu erbärmliche Rolle, indem sie mit rabulistischem Eifer bestrebt ist, Holz zu dem Scheiterhaufen zusammenzutragen, auf dem der „Recher“ verbrannt werden soll. Dieses Beginnen darf weiter nicht wundernehmen, denn gerade die Blätter des Herrn Sonnemann haben von jeher eine feine Nase für kapitalistische Interessenspolitik gehabt. Wozu noch kommt, daß bei den Tertiarisierungen, die Zielonski zum Gegenstand der Kritik gemacht hat, Kalkül und Freundschaftspolitik und gesellschaftlich so eng liiert sind, daß man es schon verstehen kann, wenn die demokratische Presse sich mächtig ins Zeug legt und eine Interessenspolitik verteidigt, auf deren Grundlage zum Teil ihre Macht beruht. Nun wolle es aber der tödliche Zufall, daß ein auswärtiges Freisinnigenblatt, das „Berliner Tageblatt“, in dem Kampf gegen die Interessenspolitik im Frankfurter Rathhaus sich ausnahmsweise mal auf die Seite der sozialdemokratischen Kritiker gestellt hat. Es brachte über die „Korruptionsaffäre“ mehrere Artikel aus der Feder seines Frankfurter Korrespondenten, die den Frankfurter Freisinnigen fürchtbar auf die Nerven gefallen sind. Daß ein Blatt der eigenen Partei ihre Ziele fördern und sie vor aller Welt bloßstellen würde, das hatten sie nicht erwartet. Diese Kühnheit des Frankfurter Korrespondenten des „Berliner Tagebl.“ sollte gerochen werden. Ein Tintenkuhl der Sonnemann-Ligue, Amion Bürger, übernahm das Penitentium. Er schrieb an das „Berliner Tageblatt“ einen Brief und denunzierte darin den Korrespondenten der falschen Berichterstattung, in anmaßender Weise der Redaktion den „guten Rat“ erteilend, sie möchte doch für die Folge die Zuschriften ihres Korrespondenten nicht mehr so kritisch aufnehmen. Aber die Wirkung dieser Denunziation war eine andere, als sie Bürger erwartet hatte. Seine Frechheit, sich in die Redaktionsangelegenheiten des „Berliner Tageblattes“ einzumischen und dieses zu schulmeistern, ging den Postleuten doch etwas zu sehr wider den Strich. Sie setzten sich hin und schrieben dem Herrn eine Antwort, die dieser wohl nicht hinter den Spiegel gesteckt hat. Sie verhalten sich einfach dieses Entmenschen in ihre Redaktionsangelegenheiten. Die erwartete Mäßregulierung des Frankfurter Korrespondenten des „Berliner Tageblattes“ blieb aus. Die Postleute waren in diesem Falle ausnahmsweise etwas selbstbewußter als Herr Sonnemann, der seinerzeit einem seiner Redakteure (Quard) den „Sack“ gab, weil sich der freisinnige Abgeordnete Kunde über seine kritische Beurteilung der Tätigkeit des Abgeordneten Guisfleisch bei Beratung der Arbeiterkassenbefehle beschwert hatte.“

Die journalistischen Sitten stehen übrigens auch sonst bei den Sonnemannleuten nicht allzu hoch im Kurse. Ein anderer dieser Sonnemann, der für seine verhältnismäßig schwachen journalistischen Leistungen sehr gut bezahlt wird... es also nicht nötig hätte, sich ein Nebeneinkommen zu suchen, hat sich nicht scheut, unter Berufung auf seine guten Informationen als Redakteur der „demokratischen“ „Frankfurter Zeitung“ bezw. „Kleine Presse“, sich bei Herrn Scherl, dem Herausgeber des durch und durch byzantinischen „Berl. Lokalzeitigers“ anzubiedern und um einen Korrespondentenposten zu betteln. Herr Scherl imponierte diese Gesinnungstüchtigkeit eines demokratischen Redakteurs von Sonnemanns Gnaden so sehr, daß er seinem bisherigen Frankfurter Korrespondenten kündigte und dem Bettsteller den Posten übertrug. Nebenfalls will Scherl einmal erproben, inwieweit dieser demokratische Schmod schreiben kann rechts und schreiben kann links. Und solche Journalisten wollen sich dann wundern, wenn ihre „Ueberzeugung“ und „Gesinnungstüchtigkeit“ in leise Zweifel gezogen wird!

Zum Bierkrieg in Leipzig.

Der Leipziger Brauereiring und die Gastwirtvereinigungen haben es fertig gebracht, durch einen geradezu wucherischen Preisausschlag einen Bierkrieg zu entfachen, der einem Teile der Wirte wie Brauereien unheilbare Wunden schlägt, wozu sich diese nicht wieder erholen werden. Die Absicht der Großbrauereien ist, die Konkurrenz der mittleren und kleineren los zu werden und die Restaurants ganz in ihre Gewalt zu bekommen; denn zu einem solch horrenden Preisausschlag von 2 M. pro Hektoliter haben nicht einmal die Großbrauereien eine Berechtigung, da die Steuer für sie im Höchstfalle 1,20 M. pro Hektoliter beträgt; die mittleren Brauereien haben nur etwa 50—60 Pf. zu zahlen und die kleinen gar nichts. Durch Beschlüsse der Vereinigung und unter dem Druck von Sichtwechseln und der Konventionalstrafen zwingen die Großbrauereien die kleinen und mittleren mitzumachen, wodurch sie kaputt gehen und zwar zuerst kaputt gehen müssen. Sie bekommen zwar eine Entschädigung für den Ausfall aus der Postlotterievereinigung in Berlin, aber das hält den Ruin nicht auf, sondern verlängert nur ihr qualvolles Dasein etwas.

Schon sieht es jetzt auf den Höfen und in den Bierlagern der Brauereien und der Biergroßhändler traurig aus. Da stehen ganze Wagenburgen, und die Fässer, volle wie leere, stauen sich in unheimlichen Mengen an.

Zum Schein lassen sie ja auch noch einige Wagen mit allerdings leeren Fässern und Flaschen in der Stadt umherfahren, aber das Publikum amüsiert sich höchlich über das Klammern.

Auch mit Arbeiterentlassungen sind schon einige Brauereien vorgegangen, weil sie für die Leute nichts mehr zu tun hätten. Damit aber auch der Humor und die Abwechslung im Kampfe nicht fehlt, hat der Brauereiring in einem bürgerlichen Blatt, das sich ständig zu den niedrigsten Diensten des Kapitalismus hergibt, den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erklärt, er werde die „Volks-

zeitung“ auf Schadenersatz verklagen, weil diese geschrieben hat, daß Großbrauereien den Biergroßhändlern, den Inhabern großer Restaurants und den Konsumvereinen Bier zum alten Preise angeboten und auch geliefert haben. Sollten die Herren die Drohung wahrnehmen, könnten ja seine Praktiken an den Tag kommen.

Von welcher Couleur die Leipziger Birtevereinigungen sind, geht daraus hervor, daß eine solche kürzlich in einer Versammlung in den starken Arbeitervierteln Leipzig-Osten beschlossen hat, an den noch über die von den Brauereien beschlossenen Erhöhungen hinausgehenden Preisausschlägen festzuhalten, „da ja auch die Herren Arbeiter höhere Löhne forderten“.

Daß sie damit das Publikum immer noch mehr gegen sich aufpeitschen, sehen diese hurrapatriotischen Birte nicht ein.

Welche Höhe der Bierkrieg erreicht hat, geht aus den sechs öffentlichen Versammlungen hervor, die am Sonntag in Leipzig abgehalten wurden und die ungemein stark besucht waren.

Sie beschloßen einbellig folgende Resolution:

„Die Versammlungen erklären ihr volles Einverständnis mit dem Beschlusse der Sanitäts-Versammlung vom 1. August, in dem diese sich verpflichtete, den Konsum aller Biere einzustellen, die aus Brauereien stammen, die an dem erhöhten Preisausschlag festhalten, und diese Taktik so lange fortzusetzen, bis die Brauereien und Birte von der ungerathfertigen wucherischen Preiserhöhung Abstand genommen haben. Sie erklärt weiter, daß ein Saal- und Lokalbesuch mit diesem Beschlusse nicht ausgeschlossen werden soll. Sie macht es jedoch den Arbeitern zur Pflicht, in Lokalen, die Ringbiere mit verschänten, fremde Biere nur dann zu konsumieren, wenn sie ohne Preisausschlag abgegeben werden. Sie verurteilt aber auch weiter auf das allerentschiedenste die Stellungnahme derjenigen Birte, die, statt mit den Konsumenten den Bierwucher zurückzuweisen, mit den Brauereien gemeinsame Sache machen. Die Versammlung verpflichtet die Arbeiterschaft, so lange für eine strenge Durchführung des Bierkrieges einzutreten, bis sich die Brauereien zu Verhandlungen geneigt zeigen.“

Damit ist der Bierkrieg in ein noch verschärftes Stadium getreten.

Manöverfreuden.

Strasbourg, 10. August. (Fig. Ver.)

Von seltsamen Manöverfreuden berichtet die „Freie Presse“, unter hiesigem Parteiblat, aus Schleisstadt. Ein Teil der 39. Division unternahm vor einigen Tagen im Westlich Gebirgsübungen, die aber plötzlich abgebrochen werden mußten, da infolge der übermäßig großen Hitze zahlreiche Soldaten ohnmächtig geworden waren. Ein vor dem Ort Reitenholz vom Hirschlag getroffener Soldat mußte noch am gleichen Abend schwer erkrankt ins Lazarett gebracht werden. Die Mannschaften bezogen in den umliegenden Dörfern Quartiere. In Schleisstadt selbst rühte das in Straburg garnisonierende Infanterieregiment Nr. 172 in fürchtbarem Zustande ein, die Mannschaften hatten die Räder vom Koppel schloß aufwärts aufzudrücken müssen. Die infolge dessen in der Gegend herrschende Aufregung wurde noch erhöht, als die Nachricht verbreitet wurde, es seien zahlreiche Hirschläge und fünf Todesfälle zu verzeichnen, davon drei beim Infanterieregiment Nr. 169 und je einer beim Infanterieregiment Nr. 171 und bei einem Jägerbataillon.

Trotz der gewaltigen Beunruhigung der Bevölkerung hat weder die Militärbehörde bisher sich zu einer Darstellung des Sachverhalts bequemt, noch hat die bürgerliche Presse sich irgendwie um diesen Todesmarsch gekümmert. Man darf auf die Folgen gespannt sein, die die Veröffentlichung der „Freien Presse“ über diese Blanzleistung militärischer Disziplin nach sich ziehen wird. —

Ausland.

Dänemark.

Landstingswahl.

Im nächsten Monat wird die eine Hälfte des dänischen Landstings neugewählt. Unter den 27 ausstehenden Abgeordneten ist ein Sozialdemokrat, Genosse C. C. Andersen. Wohl wurden bei der Wahl vor acht Jahren zwei Sozialdemokraten gewählt, aber der eine, Genosse Wundberg, ist verstorben und sein Mandat fiel einem Konservativen zu. Unser Kopenhagener Bruderorgan rechnet darauf, daß diesmal vier Sozialdemokraten gewählt werden.

Die Wahlen zum Landsting, dem dänischen „Herrenhaus“, sind indirekte, und für die Wahlmännerwahlen sind die Wähler in zwei Klassen, die allgemeine und die der großen Steuerzahler, geteilt. Der reaktionäre Charakter dieses Things wird dadurch noch mehr verstärkt, daß 12 seiner 66 Mitglieder auf Lebenszeit vom König ernannt werden. —

Italien.

Die Sozialisten gegen eine monarchische Kundgebung. Rom, den 11. August. (Fig. Ver.) Am 13. ds. wird in Alexandria (Egypten) ein Monument König Humbert I. eingeweiht. Natürlich nehmen alle Zivil- und Militärbehörden mit großem Prunk an der Feier teil, nur die Stadtverwaltung lehnt jede Beteiligung ab. Alexandria hat bekanntlich eine sozialistische Kommunalverwaltung und diese kann selbstverständlich an einer derartigen Zeremonie nicht teilnehmen. Die bürgerlichen Blätter haben gegenwärtig recht scharfe Worte für unsere Genossen, aber sie würden wohl auch es den Monarchisten nicht zumuten, bei der Enthüllung eines Marx-Bildnisses z. B. zugegen zu sein! Und was dem einen recht ist, sollte auch dem andern billig sein. —

Spanien.

Antikerikale Pläne der Regierung.

Die „Correspondencia de Espana“ schreibt: Ein Mitglied des Ministeriums hat erklärt, daß die Regierung in der ersten Sitzung der Cortes ein Vereinigsgesetz einbringen werde. Nach dieser Vorlage sollen die Kongregationen den für alle industriellen Vereinigungen geltenden Bestimmungen unterscheiden und sollen auf dieselben Befehle Anwendung finden, wie für alle anderen Bürger. Die zahlreichen ausländischen Orden, die sich nach ihrer Ausweisung aus Frankreich in Spanien niedergelassen haben, sollen verpflichtet sein, sich als Spanier naturalisieren zu lassen und sich der allgemeinen Regel zu unterwerfen. Für den Fall, daß sie sich weigern, dies zu tun, sollen sie gezwungen werden, das spanische Gebiet zu verlassen. Der betreffende Minister hat der genannten Korrespondenz zufolge hinzugefügt, daß die Regierung vor keinem Hindernis zurücktreten werde. —

Bulgarien.

Griechenmehel in Anghialo.

Aus Sofia wird vom 12. August durch das Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Bureau gemeldet:

In der zumeist von Griechen bewohnten Küstenstadt Anghialo wurde heute ein antigrichisches Meeting veranstaltet, an welchem die Bauernschaft aus den umliegenden Orten teilnahm. Blätternachrichten zufolge empfangen die griechischen Bewohner von Anghialo, welche die Abhaltung der Versammlung bereiten wollten, die Demonstranten mit Flintenschüssen, worauf sich ein mehrstündiger Kampf entspann, in dem auf beiden Seiten mehrere Personen getötet und verwundet worden sind. Anghialo wurde an allen vier Ecken angezündet, so daß bald die ganze Stadt in Flammen stand. Die Drahtverbindung mit Anghialo ist zerstört. Am Abend wurde von Burgas Militär nach Anghialo entsandt, das die Ruhe wieder herstellen soll. Weitere Volksversammlungen fanden in Ruffschul und Karnobad statt. Auch hier kamen Ausschreitungen vor, wobei mehrere Kaufleute, deren Inhaber Griechen sind, zerstört wurden. In anderen Städten der Provinz Ostrumelien abgehaltene Meetings verliefen ohne Störung.

Weitere Nachrichten aus Anghialo bestätigen die bisherige Meldung. Die Griechen haben sich in der Kirche und in größeren Häusern verbarrikadiert. Der Kampf dauerte bis 5 Uhr nachmittags. Der Stadtpfarrer forderte wiederholt die Griechen auf, sich zu ergeben, jedoch erfolglos. Schließlich wurde die Stadt durch von Burgas entsandenes Militär eingenommen. Anghialo ist bis auf 30 Häuser niedergebrannt; auch die öffentlichen Gebäude sind dem Brande zum Opfer gefallen. Der griechische Bischof fand den Tod in dem brennenden Metropolengebäude. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist unbekannt. Die im ganzen, zum größten Teil von Griechen bewohnten Bezirk Burgas herrschende Erregung läßt weitere Ereignisse befürchten; mehrere Kaufläden sind bereits zerstört und in Privathäusern die Fenster eingeworfen worden. In Sermentli fand gestern eine antigrichische Versammlung statt. Privatnachrichten zufolge überfiel eine von griechischer Seite gereizte Volksmenge das Haus eines Griechen. Militär schritt ein. Dabei soll ein Offizier drei Demonstranten niedergeschlagen haben.

Kreta.

Ein neuer Gouverneur. Aus Paris wird vom 13. August berichtet: Die vier Signaturnächte für Kreta werden demnächst zu einer Konferenz einberufen werden, zwecks Ernennung eines neuen Gouverneurs für die Insel. Als aussichtsreichster Kandidat wird der Herzog der Abruzzes genannt, dessen Wahl allgemeine Befriedigung hervorzurufen würde.

Japan.

Eine geringfügige Veranlassung. Wie der Londoner „Daily Telegraph“ aus Tokio meldet, liegt trotz der alarmierenden Berichte keine Gefahr vor, daß die Robben-Angelegenheit auf den Kleuten eine internationale Bedeutung annehme. Der amerikanische Volschaffter hat die japanische Regierung wissen lassen, seine Regierung unterjuche den Zwischenfall sorgfältig und unparteiisch und hoffe, Japan werde nicht gestatten, daß die herzlichen Beziehungen zu Amerika durch eine so geringfügige Veranlassung gestört würden.

Es wurden bekanntlich fünf Japaner wegen angeblichen Unberechtigten Fisches oder Jagens von Robben erschossen, fünf Menschen, die nach japanischer Behauptung unbewaffnet waren. Und das ist eine „so geringfügige Veranlassung!“

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Hausdiener, Packer und Berufsgenossen Berlins!

Die streikenden Angestellten der Paketfahrt-Aktiengesellschaft können wir in ihrem Kampfe nur dadurch unterstützen, daß wir in den Engros- wie Detailfirmen darauf hinweisen, vorläufig keine Güter durch diese zu befördern, da ja auch die Annahmestellen geschlossen sind! Die Sektionsleitung der Hausdiener, Packer etc. des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Die Werkzeugmacher von Gillishevski haben wegen Differenzen mit der Firma die Arbeit in der vorigen Woche niedergelegt. Die Firma annanziert in der „Volkszeitung“ und in anderen Blättern nach Werkzeugmachern. Bis jetzt sind aber diese Bemühungen erfolglos geblieben, da die Streikenden etwaige Arbeitssuchende über die Sachlage aufklärten, und dieselben dann auf eine Anfrage bei der Firma verzichteten. Nun versucht es die Firma auf eine andere Art. Es wurde wieder in verschiedenen Zeitungen annanziert und Werkzeugmacher verlangt, jedoch nicht von der Firma Gillishevski, sondern die Arbeitssuchenden sollten sich in dem Eisenwarengeschäft Otto Siemann, Reinholdsdorferstr. 78, melden. In dem Geschäft war aber ein Meister und noch ein Herr von der Firma Gillishevski. Als den Arbeitssuchenden das Angebot gemacht wurde, bei Gillishevski zu arbeiten, lehnten diese es ab, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Die Herren mußten (es war am Sonntag vormittag) ohne Erfolg abgehen; der Liebe Müß war umsonst gewesen. Wir ersuchen die Metallarbeiter, nach wie vor den Betrieb zu meiden. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Elektromonteur! Die Kollegen bei der Firma Paul Rechner, Kreuzbergstr. 30, befinden sich seit einigen Tagen im Streik. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden. Die Firma und folgende Bauten sind für Elektromonteur und Hilfsarbeiter gesperrt: Niddorf; Richardplatz, Ecke Herabergstraße; Westend; Ruhbaum-Allee 34, Königin Elisabethstraße; Schöneberg; Hauptstraße 40, Freisingerstraße 8, Schwabischestraße, Landshuterstraße 25, Potsdamerstraße 118 b, Monumentenstraße und Kaiser-Allee 21; Lantwig; Mozartstraße; Friedenau; Straße F, Parzelle 9; Charlottenburg; Berlinerstraße, Cauerstraße (Ecke Veridestraße); Wilmersdorf; Nachodstraße 36, Goethe-Realgymnasium (Brandenburgischestraße) und Sächsischstraße 8; Tempelhof; Mollstraße 12. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Kampf mit der Paketfahrt.

Die Paketfahrtgesellschaft erläßt Befanntmachungen an das Publikum, daß der Betrieb „in einigen Tagen“ in vollem Umfange wieder aufgenommen werden würde, und an den Anhängern sucht sie Mollkutscher für 120 M. und Misfaher für 60 M. pro Monat; aber sie kann trotz aller Anstrengungen keine tüchtigen Leute bekommen. Kein ehrlicher Arbeiter will sich den Judaslohn verdienen, der natürlich nur so lange bewilligt wird, als der Ausstand dauert. Die Direktion setzt damit Prämien aus für den Verrat an kämpfenden Arbeitsbrüdern! — Am Sonntag hielt die Direktion einen Appell der Arbeitswilligen ab und teilte mit, daß sie Lohnerbhöhungen bewilligt habe: für Mollkutscher 120 M. (bisher 85 M.), für Paketkutscher 100 M. (bisher 80 M.) und für die Schaffner 90 M. Die Arbeitswilligen sollten eine neue Lohnkommission wählen. Die Kutscher werden mit Eisenstangen und Revolvern bewaffnet. Die Streikenden verammelten sich am Sonntag und Montag wieder in der Ritterstraße bei Voigt und erklärten das Vorgehen der Direktion nur als ein Scheinmanöver, so lange keine bestimmten Abmachungen mit der Organisation getroffen werden. Nur der Verband kann den Arbeitern die Sicherheit bieten, daß gegebene Versprechungen gehalten werden. Man versucht durch allerlei Mittel, die Streikenden wandend zu machen. Es wird erzählt, daß Streikbrecher von Breslau in großer Zahl unterwegs seien. Das ist nur ein Schreckbild, wie die Verbandsleitung bestimmt weiß. Man verbreitet die Lüge, daß von früheren Angestellten 50—60 demütigte Wittgensteine um Anstellung bei der Direktion eingelaufen seien; man versucht, Mißtrauen gegen leitende Personen unter den Streikern auszulösen; aber alle diese Anstrengungen haben keinen Erfolg. Nur zwei Mann sind bisher der Sache der Streikenden untreu geworden, dagegen haben sich mehrere Arbeiter noch den Streikenden angeschlossen. — Jeder Tag bringt der Gesellschaft steigende Verluste und kampflose Anstrengungen werden gemacht, um vor dem Publikum den Schein aufrecht zu erhalten, daß der Betrieb sich im vollen Gange befindet.

Ein Beispiel, wie langsam und umständlich die Arbeit vor sich geht, wurde in der letzten Versammlung erzählt. Nach einem großen Geschäft in Schöneberg kam ein Wagen der Paketfahrt, um Güter abzulösen. Der Wagen hatte kein Firmenschild, die Kutscher konnten sich nicht genügend ausweisen, die Geschäftsangestellten waren mißtrauisch und warteten auf ihren Chef; dieser telephonierte erst, und dann hatten die vier Personen, die mit dem Wagen kamen, große Not und Mühe beim Aufladen, so daß es 1 1/2 Stunden dauerte, bis zwei Koll abgeholt waren. Keineswegs kann man noch häufig beobachten. Veritene Schulkleute stehen jetzt sogar im Dienst der Paketfahrt. Auch Herr Direktor Starke übt sich im Fahrspott und hat gestern höchst eigenhändig einen Kollwagen durch

die Stadt gefahren, ohne daß die Polizei sich im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einzuschreiten bemüht hat.

Der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter hat noch starke Mittel, die er in Anwendung bringen kann, wenn die Gesellschaft es bis zum äußersten treibt. Diese rechnet darauf, daß sie reich ist und große Verluste tragen kann, und daß sie durch ihre schlechten Löhne dafür gesorgt hat, daß die Arbeiter arm sind, nichts besitzen und arbeiten müssen, um zu leben. Hinter den Streikenden steht aber der Zentralverband, der auch über eine reiche Kasse verfügt. Und das nicht allein! Der Zentralverband hat mit dem Speditionverein einen Vertrag geschlossen, nach welchem beide Teile verpflichtet sind, für die Herbeiführung gleicher Löhne und Arbeitsbedingungen im Speditionsgewerbe einzutreten. Damit kann eine ganz neue Situation für die Paketfahrtgesellschaft geschaffen werden, der sie nicht gewachsen ist.

Die Kollkutscher von Berlin werden zusammensetzen, wenn der Verband sie ruft!

Wenn die Streikenden fest und einig bleiben, dann haben sie die besten Chancen, den Kampf zu gewinnen. Auch die Bauarbeiter wollen helfen und kein Material verarbeiten, welches auf Wagen kommt, die der Paketfahrt Kollkutschendienste leisten. — Die Rot auf den Bahnhöfen ist jetzt schon sehr groß. Die Passagiergüter können nicht abgeholt werden. Wo eine Firma der Paketfahrt zu Hilfe eilen will, kommt sie selbst in Ungelegenheiten. Die Firma Schumacher in Friedenau erklärte sich bereit, Passagiergüter vom Stettiner Bahnhof zu befördern. Die Körbe und Koffer wurden nach Friedenau geschafft und da blieben sie liegen, denn die Kutscher — waren im Bureau des Zentralverbandes, und wie dort entschieden wird, danach handeln sie gern und bereitwilligst.

Am Mittwoch wird die erste Streikunterstützung ausgezahlt.

Die Kohlenarbeiter und Kutscher nahmen am Sonntag in einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung den Bericht der Lohnkommission über den Stand ihrer Lohnbewegung entgegen. Demnach hat der Vorstand des Verbandes der Berliner Kohlenhändler laut Schreiben vom 8. August der Kommission mitgeteilt, daß eine Versammlung der Unternehmer sich am 15. August mit den Lohnforderungen beschäftigt wird, worauf dann das Ergebnis der Kommission mitgeteilt werden soll. Eine frühere Einberufung sei nicht zweckmäßig, so teilte der Vorstand mit, da ein größerer Teil der Mitglieder noch verreist sei. Die Versammlung beschloß nach einer regen und teilweise recht hitzigen Debatte, den in Aussicht gestellten Bescheid abzuwarten und die endgültige Beschlußfassung dementsprechend noch aufzusetzen.

Deutsches Reich.

Tariffbewegung der Buchdrucker.

Die Buchdrucker haben am Sonntag in 12 Versammlungen zu der diesjährigen Tariffbewegung Stellung genommen. Solche Versammlungen fanden statt in Berlin, Hamburg, Hannover, Arefeld, Frankfurt a. M., Stuttgart, München, Halle a. S., Leipzig, Breslau, Stettin und Strahburg.

Die Berliner Versammlung fand in der „Neuen Welt“ statt. Der gewaltige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und viele mußten in den Nebenzimmern Platz nehmen. Die von der im Rat stehende Gewerkschaftskonferenz geprägten und geschützten Anträge wurden nach einem kurzen aber markigen Referat von 3 aber einstimmig angenommen. Diese Einmütigkeit dürfte der Prinzipalität beweisen, daß die Berliner Buchdrucker wohl kaum gesonnen sein dürften, von ihren in materieller Hinsicht immerhin bescheidenen Forderungen etwas abzulassen. Denn in einer Zeit, in der sich die Regierung gestattet, die breiten Massen immer mehr zu belasten durch ein umfangreiches Steuerbudget, durch ihre Zoll- und Abzerrungspolitik, in welcher durch eine geradezu wucherische Grund- und Bodenpolitik die Mietpreise immer mehr in die Höhe gedrückt werden, so daß der Arbeiter ein Drittel seines Einkommens opfern muß, um an irgend einem Punkte der Peripherie ein menschenwürdiges Obdach zu finden, müssen auch die Arbeiter daran denken, durch eine Steigerung des Verdienstes der sich stetig steigenden Mehrbelastung ein Paroli zu bieten, noch dazu, wenn sie bereit sind, einen mehrere Jahre währenden Tarifvertrag mit dem Unternehmer abzuschließen. 15 Pro. Erhöhung des Lohnes und Herabsetzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden fordern die Buchdrucker. Vom Gutenbergbund hatten sich einzelne Vertreter eingefunden. Der Gutenbergbund hatte Anträge eingereicht, in welchen er als „tarifstreue Organisation“ anerkannt sein wollte und die Zulassung eines Vertreters zu den Tarifverhandlungen verlangte. Diese Organisation, geboren aus dem Schlamme des Jahres 1891/92 — dem Jahre des denkwürdigen Neunhundertkampfs der deutschen Buchdrucker — einzig und allein zu dem Zwecke, der Prinzipalität stets und ständig willige Arbeitskräfte bereit zu halten, hat vor kurzem ihren richtigen Platz in der deutschen Arbeiterbewegung erkannt und auch gefunden: sie hat sich den christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Der Redner dieser „Organisation“, ein Herr Hoffsch, erklärte mit Empfindung, daß sie bereit sei, in materieller Hinsicht mit dem Verbands gehen zu wollen; der Gutenbergbund reiche dem Verbands die „Bruderhand“. Er verlange nur Berechtigung. Die Versammlung möge die Anträge des Gutenbergbundes annehmen, sonst sehe sich dieser genötigt, an die breite Öffentlichkeit zu gehen. Wenn die Gutenbergbündler auch nur ein kleines Häuflein seien, seien sie doch entschlossen, die ihnen gestellten Kulturaufgaben zu erfüllen. Worin diese beständen, sagte Redner nicht. Döblin leuchtete dem Herrn unter dem Vorfall der Versammlung gehödig heim, indem er ausführte, daß Kulturaufgaben nur durch Einigkeit zu erzielen seien, nicht aber durch das Beispiel der Zersplitterung, dieser Schmach der deutschen Arbeiterbewegung. Wollen die Gutenbergbündler die Einigkeit, so sollen sie dieselbe nicht suchen auf dem Umwege über die christlichen Gewerkschaften, sondern sie sollen sich an die Adresse des Verbandes wenden: Chamissoplatz 5. — In der sich anschließenden Vereinsversammlung referierte Massini über den demnächst abzuschließenden Organisationsvertrag (der weitgehende sozialpolitische Ideen verfolgt) zwischen der Organisation der deutschen Buchdruckerbesten und dem Verbands der deutschen Buchdrucker. Nach längerer lebhafter Debatte nahm die Versammlung mit großer Majorität folgende Resolution an:

„Die heute, am 12. August cr., in der „Neuen Welt“ tagende Versammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer erklärt nach Anhörung der Berichterstatter über die Anträge zum deutschen Buchdrucker-Tarif, daß sie von den Gehülfsvertretern erwartet, daß sie angesichts des wirklich vorhandenen Notstandes der Gehülfsenschaft mit aller Energie für die eingereichten Anträge eintreten und sie zur Durchföhrung bringen werden. Des ferneren ersucht die Berliner Gehülfsenschaft den Verbandsvorstand, nur dann seine Zustimmung zu dem Organisationsvertrage zu geben, wenn in weitgehendster Weise den materiellen Interessen der Gehülfsenschaft seitens der Prinzipale entgegenkommen gesiegt wird.“

Die Versammlung sprach sich in energischer Weise gegen einzelne Punkte aus und erklärte, daß sie erst nach eingehender Besprechung in den nächsten Vereins- oder Vertrauensmännerversammlungen sich über diese Materie schlüssig werden könnte.

In einer überaus stark besuchten Buchdruckergehülfsenversammlung des Kreises V (Bayern) in den Zentralsälen in München, zu der Delegierte aus nahezu allen Druckerorten Bayerns entsandt waren, erstattete Gewerkschafter Seib Bericht über die in Berlin stattgefundene Gewerkschaftskonferenz. Die Konferenz ging von der Ansicht aus, daß die Leuerungsverhältnisse nicht nur in den Großstädten, sondern auch in der Provinz zu verspüren seien, daß daher die Lohnerbhöhung allen Gehülfsen zugute kommen müsse. Zur Befämpfung der Schmutzkonzurrenz

wird durch den neugeschaffenen Tarif den Gehülfsen bei Festsetzung der Druckpreise ebenfalls dadurch ein Einfluß zugestanden, daß sie in den diesbezüglichen Ehrengerichteten der Prinzipale vertreten und ebenso bei Ausbildung und Einstellung von Lehrlingen mitzubestimmen haben. Die Prinzipale verpflichten sich, nur Verbandsmitglieder zu beschäftigen, während umgekehrt sich die Verbandsmitglieder verpflichten müssen, nur bei Prinzipalen zu arbeiten, die dem Verein deutscher Buchdruckerbesten angehören. Als Uebergangsstadium sind zwei bis drei Jahre vorgesehen. Die Prinzipale verpflichten sich ferner, einen Teil der Ausgaben für Arbeitslohnunterstützung auf ihre Schultern zu nehmen, ohne daß sie auf die Verwaltung und Kassengeschäfte des Verbandes irgend welchen Einfluß beanspruchen. Die bisher bestandene allgemeine Buchdruckerliste, die beim letzten großen Streik von Prinzipalen gegründet wurde, in der üblichen Absicht, den Verband zu sprengen, wird aufgelöst. Der Tarif soll auf 10 Jahre abgeschlossen werden. Doch sei vorgesehen, daß der Tarif nach Ablauf von fünf Jahren einer Revision unterzogen werden und Wünsche berücksichtigt werden können, die sich aus Leuerungsverhältnissen und technischen Veränderungen rechtfertigen. Ist eine Einigung nicht zu erzielen, so läuft der Tarif ein Jahr später, also mit sechs Jahren ab. Dies sind die wichtigsten der Anträge. Auch in München hatte die Streikbrecherorganisation, genannt Gutenbergbund, die in ganz Bayern mit Sage und Schreie 30 Mannlein ein bescheidenes Dasein führt, die Stirne, zur Kreisversammlung Anträge zu stellen. Die Anträge selbst entfesselten Stürme von Heiterkeit. Die Bündler verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß sie als tarifstreue Organisation anerkannt(!), daß das Bundesorgan „Der Typograph“ als offizielles Publikationsorgan des Tarifrates bestimmt und daß ein Vertreter des Gutenbergbundes zu den Tarifverhandlungen zugezogen werde. Von den anwesenden Gutenbergbündlern hatte keiner den Mut, die Anträge auch zu begründen. Ohne Debatte wurden die Anträge der Gewerkschaftskonferenz einstimmig zum Beschluß erhoben, die Anträge der Gutenbergbündler ebenso einmütig abgelehnt.

Achtung! Holzarbeiter! Nachdem der Tischlerstreik in Lübeck, weil aussichtslos, aufgehoben ist, wollen die Arbeitgeber die Streikenden nicht einstellen, sondern noch weitgehende Verschlechterungen gegenüber den früheren Verhältnissen vertraglich festgelegt wissen. Zugang von Tischlern, Drechselern, Maßlinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist deshalb noch strengstens fern zu halten. Die Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Erfolg der Organisation. Der Streik der Fuhrleute in den Lauffuhrwerksbetrieben in München endete nach achtwägiger Dauer mit einem vollen Siege der Fuhrleute. Die Fuhrwerkseinstellung, die noch vor acht Tagen jede Unterhandlungen mit den „Anechten“ vor dem Einigungsamt ablehnte, hat sich nunmehr eines Besseren besonnen und selbst das Einigungsamt angerufen. Nach mehrstündiger Verhandlung, die einen sehr bewegten, ja kritischen Charakter annahm, kam es zum Abschluß eines Tarifes, der bis zum 31. März 1908 Gültigkeit hat und den Fuhrleuten den geforderten Mindestlohn von 24 Mark gewährt. Diejenigen, die bisher schon diesen Lohnjah hatten, erhalten eine Mark pro Woche mehr. Am Montag wird die Arbeit wieder im vollen Umfange aufgenommen. Im Streik befanden sich circa 1600 Fuhrleute.

Ausland.

Der Streik in den Budapester Dampfmaschinen.

Die Vertrauensmänner der ausständigen Mühlenarbeiter unterbreiteten am Sonntag der Arbeiterschaft die zur Beilegung des Streiks getroffene Vereinbarung mit den Dampfmaschinen-Besitzern. Die Arbeiterschaft verwarf jedoch die Bedingungen, erklärte sie für unannehmbar und beschloß, weiter zu streiken. Die Dampfmaschinen-Besitzer erklärten, daß sie jedem Arbeiter freigestellen, im Sinne der Vereinbarung die Arbeit wieder aufzunehmen, da sie die Abmachung für sich einstweilen als bindend erachteten.

Die Weberausperrung in Serviers beendet.

Serviers, 12. August. Zwischen den Weberbesitzern und den Weberarbeitern ist es heute zu einer Einigung gekommen. Die Sperre ist für aufgehoben erklärt worden. Morgen werden die Fabriken wieder geöffnet.

In der Zellulosefabrik in Halle bei Kosta (Finnland) sind die Arbeiter in den Streik getreten. Die Streikenden richten an die deutschen Arbeiter das Ersuchen, für die Fernhaltung des Zuguges zu sorgen.

Verfammlungen.

Eine Generalversammlung der holländischen Markthallenarbeiter fand am Dienstag bei Rotterdam statt. Der Bestand vom letzten Quartale betrug 2350,25 M., die Einnahme 356,85 M., Ausgabe 297,20 M., bleibt ein Bestand von 3409,84 M. Bestand der Mitglieder 141, hier von 17 weibliche. Auf Antrag wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Unter Verschiedenem beschwanden sich die Fuhrfuhrführer über die zu lange dauernde Arbeitszeit und wünschen, daß ihre Arbeitszeit bei der verantwortungsvollen Arbeit ebenso geregelt werde, wie die der Handwerker. Ferner wird es von den Arbeitern als ein schwerer Mißstand empfunden, daß beim Urlaub von Beamten kein Arbeiter mehr eingestellt wird für den zum Beamtendienst herangezogenen Arbeiter, was dann zur Folge hat, daß trotz der angestrengtesten Arbeit die Hallen schmutziger sind, als wenn die Kolonne vollständig ist. Dabei gehen die Arbeiter eines freien Sonntags verlustig. Nach Erledigung einzelner kleinerer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die auf besuchte Versammlung.

Eine vernichtende Niederlage der Reichsverbändler.

Bei den gestrigen Delegiertenwahlen der Ortskrankenkasse der Schneider wurden insgesamt 1329 Stimmen abgegeben; davon entfielen auf die Liste der organisierten Schneider 1300 und 29 auf die Reichsverbändler.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Papagenoschloß für die Duma-Deputierten. Petersburg, 13. August. (W. S.) Das neue Wahlgesetz für September wurde heute veröffentlicht. Die Provinzialbehörden erhalten die Anweisung, die ehemaligen Duma-Deputierten an weiteren Agitationen zu verhindern. Der in Finnland befindliche Arbeiterrat wurde verhaftet.

Onipkin nicht hingerichtet.

Petersburg, 13. August. (W. S.) Die Meldung, daß der Duma-abgeordnete Onipkin hingerichtet worden sei, bestätigt sich nicht, er befindet sich vielmehr im Kronstädter Gefängnis für Zivilpersonen. Bisher ist seine Schuld noch nicht erwiesen.

223 Helden droht die Todesstrafe.

Petersburg, 13. August. (W. S.) Nach Meldungen aus Reval beläuft sich die Zahl der an Vord des „Ramat Azova“ verhafteten Mannschaften auf 223. Allen droht die Todesstrafe.

Verbandstag der Schneider.

Berlin, 13. August.

Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hat seinen neunten ordentlichen Verbandstag nach Berlin berufen. Derselbe wurde heute im großen Saale des Gewerkschaftshauses eröffnet, nachdem ein würdig verlaufener Kommers zum Empfang der Delegierten vorangegangen war.

Der Verbandsvorsitzende S i e m e r sagte in seiner Eröffnungsrede unter anderem: Der Verband habe in den letzten zwei Jahren schwere Kämpfe zu bestehen gehabt, er habe aber auch einen Aufschwung erfahren wie nie zuvor. In den letzten beiden Jahren seien dem Verbands mehr Mitglieder beigetreten, als er vordem überhaupt hatte. Die große Ausdehnung im vorigen Jahre, die sich über ganz Deutschland erstreckte, habe den Indifferenten die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, daß ihr Platz in der Organisation ist. Von den neuen Mitgliedern seien eine bedeutend größere Zahl als früher dem Verband dauernd treu geblieben. Das möge unter anderem zurückzuführen sein auf den Ausbau der Organisation und die Verbesserung des Unterstützungswezens. Schließlich gedachte der Redner in anerkennenden Worten des kürzlich verstorbenen Vorstandsmitgliedes H o l z h ä u s e r, der sich als langjähriger Angestellter des Verbandes große Verdienste um die Organisation erworben habe.

Ritter-Berlin begrüßte die Teilnehmer am Verbandstage namens der Berliner Mitgliedschaft.

G i o n - W i e n, der als Vertreter der österreichischen Berufsgenossen erschienen ist, schilderte die Verhältnisse der österreichischen Schneiderorganisation. Die Bewegung werde sehr beeinträchtigt durch die Nationalitätsstreitigkeiten. Besonders in den Großstädten sei die Organisation noch weit zurück. Der österreichische Schneiderverband zähle 6000 Mitglieder, in Wien seien etwa 2000 Schneider organisiert. In Wien sei die Heimarbeit ein großes Hindernis für die Ausbreitung der Organisation, denn die dortigen Heimarbeiter, Zwischenmeister, seien Antisemiten und Jüdiser. Der Verband werde sich jedoch bemühen, den Zwischenmeistern klar zu machen, daß sie Arbeiter seien und in die Organisation der Arbeiter gehören. Öffentlich werde es auch gelingen, einen festen Stamm dieser Heimarbeiter zu gewinnen. Die organisierten Schneider Oesterreichs erfüllen ihre Pflicht als Sozialdemokraten und sorgen für die Aufklärung der Massen.

Kunze erstattete die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht, der eine längere Debatte über die Gültigkeit einzelner Mandate hervorrief. — Anwesend sind 48 Delegierte sowie Vertreter des Vorstandes und Ausschusses und 3 Gauleiter. Dem Verbandstage liegt ein umfangreicher

Geschäftsbericht des Vorstandes

vor. Derselbe umfaßt die Zeit vom 1. Juli 1904 bis 1. Juli 1906. Von besonderem Interesse ist das Kapitel von den Lohnbewegungen und Streiks, die der Verband in den Jahren 1905 und 1906 führte. Im Jahre 1905 fanden statt: 23 Lohnbewegungen ohne Streik mit 2728 Beteiligten. Alle diese Lohnbewegungen hatten teilweisen Erfolg. 13 Angriffstreiks mit 2406 Beteiligten. Hier von hatten neun Streiks mit 1432 Beteiligten vollen Erfolg, während 4 Streiks mit 974 Beteiligten teilweisen Erfolg hatten. 48 Abwehrstreiks mit 5219 Beteiligten. Von diesen Streiks hatten 42 mit 5034 Beteiligten vollen Erfolg, 2 Streiks mit 106 Beteiligten brachten teilweisen Erfolg, 2 Streiks mit 79 Beteiligten endeten ohne Erfolg. 18 Ausperrungen mit 4174 Beteiligten verliefen mit vollem Erfolg. Die Lohnbewegungen ohne Streik brachten für 2230 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 5 1/2 Stunden pro Woche und Lohn erhöhungen von durchschnittlich 2 1/2 % pro Woche für 2236 Personen. — Die Angriffstreiks brachten für 329 Personen eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 5 1/2 Stunden und für 1972 Personen Lohn erhöhungen von durchschnittlich 2 1/2 % pro Woche. Die hier aufgeführten Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen erforderten eine Ausgabe von 206 267 M. —

Im Jahre 1906 wurden geführt: 38 Lohnbewegungen ohne Streik mit 5099 Beteiligten. In allen Fällen war ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen. 17 Angriffstreiks mit 2634 Beteiligten. In 7 Fällen mit 1215 Beteiligten war ein voller Erfolg, in 9 Fällen mit 1291 Beteiligten teilweiser Erfolg zu verzeichnen und 1 Fall mit 128 Beteiligten hatte keinen Erfolg. 2 Abwehrstreiks mit 38 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Die Lohnbewegungen ohne Streik brachten für 2638 Beteiligte eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von durchschnittlich neun Stunden und für 5092 Beteiligte eine Lohnhöhung von durchschnittlich 2 1/2 % pro Woche. Die Angriffstreiks brachten für 483 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 3 1/4 Stunden wöchentlich und für 1291 Beteiligte

Lohn erhöhungen von durchschnittlich 2 M. pro Woche. Alle diese Lohnbewegungen und Streiks erforderten eine Ausgabe von 61 648 M. Dazu kommen noch 20 000 M. für einen Streik in Königsberg, über den bei Abschluß des Berichtes noch keine näheren Angaben vorliegen.

Für Agitation hat der Verband in der Berichtszeit 50 594 M. ausgegeben. Hierzu sagt der Bericht: Da in dieser Zeit zirka 28 000 Neuaufnahmen erzielt wurden, so kostete der Hauptkern jeder Neuaufnahme zirka 1,80 M. und jedes gewonnene Mitglied 4,77 M. In der vorletzten Geschäftsperiode wurden etwa 17 350 Neuaufnahmen gemacht und kostete jede Neuaufnahme 1,72 M. und jedes gewonnene Mitglied 9,54 M. Nichtin haben sich wohl die Neuaufnahmen um je 8 Pf. verteuert, dafür ist aber der Betrag pro gewonnenes Mitglied um 4,77 M., also um die Hälfte gesunken. Das ist ein Beweis dafür, daß unsere Agitation in jüngerer Zeit mehr dauernden Erfolg hatte. Während in der vorletzten Periode bei 17 350 Aufnahmen ein Abgang von 14 213 und nur eine Zunahme von 3137 zu verzeichnen war, hatten wir in der jetzt verfloffenen Periode bei 28 000 Aufnahmen einen Abgang von 17 404 und eine Zunahme von 10 596.

Der Verband hatte am Schluß der vorigen Geschäftsperiode (1. Quartal 1904) einen Mitgliederbestand von 23 749 (22 749 männliche, 997 weibliche). Am Schluß der letzten Geschäftsperiode (1. Quartal 1906) betrug die Mitgliederzahl 33 342, nämlich 30 090 männliche und 3252 weibliche.

Der Kassenbericht für die letzte Geschäftsperiode schließt in Einnahme und Ausgabe mit 803 868,96 M. Der Bestand beträgt 71 690,61 M. — Unter den Ausgaben befanden sich folgende Posten: Fachzeitung 49 200 M., Reiseunterstützung 21 888 M., Krankeunterstützung 77 071 M., Gemahrgeldunterstützung 12 130 M., Unzulänglichkeiten 1313 M., sonstige Unterstützung 653 M., Rechtschutz 1009 M., Streikunterstützung im eigenen Beruf 278 792 M., Streikunterstützung in anderen Berufen 6800 M., Agitation am Ort 15 584 M., Agitation in den Bezirken 7824 M., sonstige Agitation 27 185 M., Demarshausstellung 1682 M.

Verbandsvorsitzender S i e m e r gab eine mündliche Ergänzung des gedruckten Vorstandsberichtes. Er verwies auf das Wachstum der Mitgliederzahl und sagte, die Maßnahme sei jetzt so organisiert, daß man annehmen könne, der organisationsfähige Prozentsatz dieser Arbeiterkategorie gehöre bereits dem Verbands an, so daß ein weiterer Fortschritt in der Organisation der Wahrgänger wohl nicht mehr erwartet werden könne. Auch die Organisation der Konfektionsbranche komme allmählich vorwärts, ja man könne sagen, seit der Konfektionsarbeiterbewegung im Jahre 1899 habe die Organisation in dieser Branche große Fortschritte gemacht. Das beweise unter anderem die erfolgreiche Lohnbewegung, welche die süddeutschen Konfektionsarbeiter vor kurzem durchmachten, besonders aber der Umstand, daß die Unternehmer in süddeutschen Konfektionsbezirk sich zum Abschluß eines Tarifvertrages verließen, während sie früher jede Verhandlung mit der Organisation ablehnten. Der Verband habe nicht nur an Stärke, sondern auch an Einfluß gewonnen. Von den Finanzen könne das leider nicht gesagt werden, da die gewerkschaftlichen Kämpfe große Ausgaben verursacht haben. — Für den Streik der Vergarbeiter habe der Schneiderverband 20 000 M. aufgebracht, davon seien 5000 M. gleich nach dem Ausbruch zur Sammlung an einem einzigen Abend aufgebracht worden. Man hätte wohl erwarten sollen, daß sich der Vergarbeiterverband dessen erinnern hätte, als die Schneider ihre große Ausperrung durchzuführen hatten und ihnen die Mittel so ziemlich ausgedungen waren. Auf das Ziel der Generalkommission, Gelder für die Schneiderausperrung aufzubringen, habe der Vergarbeiterverband keinen Pfennig hergegeben. Das möge sich daher erklären, daß der Friedenschluß schon bekannt wurde, ehe noch Sammlungen eingingen, aber es sei doch bekannt gewesen, daß noch nach dem Friedenschluß viele Opfer der Ausperrung zu unterstützen waren. Wir üben gern Solidarität, aber sie muß doch auf Gegenseitigkeit beruhen. — Der Redner besprach noch eine Reihe von Einzelheiten des Geschäftsberichtes und befristete schließlich die Anstellung eines weiteren Beamten im Verbandsvorstande.

Der Verbandsassessor K ä m i n g erhielt das Wort zum Kassenbericht. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß die Kassenverhältnisse, die durch die große Ausperrung bis zum äußersten erschöpft waren, bereits wieder einen günstigen Stand angenommen haben. Nach dem gedruckten vorliegenden Kassenabluß, der bis zum 1. Juli reicht, ist ein weiterer Ueberschuß von 36 339 M. zu verzeichnen, so daß der Verband gegenwärtig über ein Vermögen von 107 929 M. verfügt. — Die Mittel, welche für die Agitation aufgewandt wurden, hätten gute Früchte getragen.

Sträubig-Hamburg erstattete den Bericht des Ausschusses, der sich nur auf interne Verbandsangelegenheiten erstreckt. Die Diskussionsredner, welche zum Vorstandsbericht sprachen,

übten Kritik an einzelnen geschäftlichen Maßnahmen des Vorstandes, ohne dessen Haltung im allgemeinen zu beurteilen. Des weiteren wurden Wünsche aus den Filialen vorgebracht, unter anderem wurde auch eine regere Agitation in manchen Bezirken befristet und deshalb empfohlen, das System der Gauleiter zu verbodständigen und möglichst im ganzen Reich solche anzustellen. Die Debatte über den Vorstandsbericht wird morgen fortgesetzt.

8. Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 11. August.

In der Vormittags-sitzung wurde zunächst über die Landarbeiterfrage weiter diskutiert.

S e c k e, Berlin sprach seine Verwunderung darüber aus, wie Reibeln heute als Korreferent aufgetreten sei. In Berlin habe er erklärt, die Landarbeiter gehören zu uns. Er habe sich also in einem halben Jahre vollständig gemauert. Jetzt halte er einen Vortrag von 20 Pf., den die Genossin Zieh angelesen habe, nicht für ausreichend, damals habe er sich mit 10 und 5 Pf. begnügt. Den Standpunkt der Berliner Kollegen habe Reibeln jedenfalls nicht vertreten. Der Vorschlag Reibels laufe auf eine Zersplitterung der Kräfte hinaus. So gut wie man die Ziegler organisieren könne man auch die Landarbeiter organisieren. Die Schwierigkeiten darf man nicht überschätzen, die hätte eine eigene Organisation auch zu überwinden.

S t r o h m a n n - M a g d e b u r g: Die Landarbeiter schließen sich teilweise dem Verbands an, erwarten aber von dem Verbands auch eine Aufbesserung der Löhne. Wenn man ihnen dann sagen müsse, sie könnten nicht streiken, weil sie kein Koalitionsrecht haben, dann seien sie enttäuscht und lebten der Organisation wieder den Rücken. Die Organisation der Landarbeiter müsse einen ganz anderen Charakter tragen und könne nicht im Rahmen unseres Verbandes gelöst werden. Die erste Aufgabe müsse sein, für die Landarbeiter zunächst ein freieres Koalitionsrecht zu schaffen. Es müsse angestrebt werden, die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung auch auf die Landarbeiter auszudehnen. Dafür müsse vor allem die Presse sorgen. Für unsere Organisation würde die Agitation bei den Landarbeitern einen Hemmschuh bedeuten. Wir würden, wenn wir unsere Aufgabe ganz erfüllen wollen, von der Organisation der Landarbeiter absehen müssen.

S t a i m e r - M ü n d e n: Die bisherige Aussprache habe gezeigt, daß der Verband den Titel Organisation für die Landarbeiter bis jetzt mit Unrecht geführt habe. Es werde auch in Zukunft nicht viel für die Landarbeiter geschehen können, mit den niederen Beiträgen sei es keineswegs getan. Das Statut für die Landarbeiter müsse von dem unseres Verbandes grundverschieden sein. Das könne auch eine Organisation nicht vertragen, die noch besser dastünde als der Fabrikarbeiterverband. Man habe genug zu tun, wenn man die noch abseits stehenden Fabrikarbeiter organisieren wolle. Unser Verband habe weder die Zeit, noch die Mittel, noch die Personen, die nötig wären. Diejenigen, die heute für eine eigene Landarbeiterorganisation eingetreten seien, meinten es genau so gut mit den Landarbeitern wie die, die die Landarbeiter im Verbands behalten wollen.

S t r e b - O f f e n b a c h begründete einen Antrag, wonach der Verbandsvorstand Erhebungen über die Landarbeiter anstellen und dem nächsten Verbandstage eine Vorlage unterbreiten solle.

Er müsse sich über die jetzige Ansicht des Vorstandes wundern, umso mehr, weil Vree noch auf dem Stuttgarter Kongress erklärt habe: Die Landarbeiter gehören zu uns.

M a r t e n s - H a r b u r g: Mit dem Antrag der Genossin Zieh sei auch noch nichts nennenswertes erreicht, aber ein Anfang müsse einmal gemacht werden.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde die Diskussion geschlossen. In ihrem Schlusswort wendete sich die Genossin Zieh gegen ihre Resolution vorgebrachten Gründe. Mit der Annahme des Antrages Strebs würde man sich ein Armutszugnis ausstellen.

Reibeln bestritt, seinen Standpunkt geändert zu haben. Er habe in Berlin nicht gesagt, mit 10 Pf. Beitrag komme man aus, sondern schon damals die Unterstützung durch die Generalkommission im Auge gehabt.

Nach einigen Bemerkungen Strebs wurde die von der Genossin Zieh vorgeschlagene Resolution angenommen, womit alle übrigen Anträge und Resolutionen erledigt sind; diese lautet:

„Um eine intensivere und planmäßigere Agitation zum Zwecke der Organisation unter den Landarbeitern zu ermöglichen, erfolge die Anstellung von Kollegen, die mit den wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnissen der Landarbeiter vertraut sind. Die mündliche Agitation dieser Kollegen wird unterstützt

Der russische Zar.

Interview von Maxim Gorki. Einzig autorisierte Uebersetzung.

(Schluß.)

„Darf ich erfahren, Majestät, wer der Autor dieses Poems ist?“ fragte ich den Zaren.

„Ein Offizier der Gendarmen, eine Kanaille, wie alle Gendarmen, die früher Poeten waren. . . . Wir wollten diese Rede vor der Duma vorlesen, als unsere Thronrede. . . . aber man sagte uns, daß die Poetik in der Politik nichts taugt. . . . Außerdem sind die Dumamitglieder — einseitigen noch ein wildes ungezähmtes Volk. . . . sie bliden wie die Wölfe und haben offenbar von der Bedeutung des Zaren noch keine Vorstellung. Alle sind sie ja ziemlich anständiger Leute, aber sie haben keine Orden gehalten, die von einem unserer Lakaien geschrieben war. . . . Die Lakaien sind das treuuntertänigste Volk. — sie stellen zwar viel, dem Throne dienen sie jedoch — wie Lakaien. Dann wollten wir die Duma auseinanderjagen, aber unsere Minister rieten ab — zu früh, sagten sie. . . . Unser Trepow empfiehlt, wie ein wahrhafter Madifaler, sie zu erschließen. . . . aber damit braucht man sich nicht zu bemühen, wir glauben. . . . Jetzt werden wir durch Sie diese Rede drucken lassen, damit die ganze Welt die Wahrheit vom Oberhaupt des russischen Volkes wisse. Fahren wir fort. . . . Wo bliden wir stehen. . . . anbetend, ergeben und lautlos. . . . aha. Ich werde versuchen, auswendig fortzufahren: Wir befehlen zu töten — nein, so nicht! Ich hab's vergessen. . . . Wir töten das Volk ohne Zahl! — nein, so auch nicht. Eine Rede ohne Notizen ist schwer zu halten! . . . Außerdem ist es jetzt erforderlich, in rhythmischer Prosa zu reden. — Das wird uns besser den Sinn der Rede und gibt ihr Hoheit. . . . Aber es ist sehr schwer, es auswendig zu lernen. Nun, fahren wir fort:

„Dem Beherrscher des Himmels zum Herrscher des Volkes auf Erden erkoren — muß der Zar streng und gebieterisch, aber — gerecht sein. Das Gerücht, daß wir, der Zar von Rußland, „Unschuldige“ getötet haben, ist natürlich Verleumdung. Wir haben niemals selbst getötet, wir haben keine Zeit, uns damit zu beschäftigen. . . . die Hand des Zaren hat zum Ausrotten von Volkswaffen keine Zeit und keine Kraft. Die Wauern und Arbeiter in Rußland sind von Soldaten und Kosaken getötet worden. Wir nehmen an, daß die Soldaten und Kosaken sehr gut wissen, wer Recht hat und wer Unrecht: die Getöteten sind doch ihre Brüder und

Väter. Indem sie der Dienspflicht gemäß ihre eigenen Verwandten morden, wissen sie ganz genau, wer getötet werden muß, wer verurteilt, wer nur konstante ruiniert. . . . Und schließlich — ein unschuldig Getöteter — der kommt ins Paradies! Warum denn also von Bestialitäten und Verbrechen schreien — und anderem mehr? Nicht jeder kann auf so leichte und billige Weise ins Paradies gelangen, wie ein lokaler Untertan des Russischen Zaren, des Statthalters Christi auf Erden, des Sohnes der Rechtgläubigen Kirche. . . . Und weiter! Was bedeutet für ein Land mit solch ungeheurer Bevölkerungszahl selbst eine Million Getöteter? Wir aber haben, bemüht, den Volkswillen zu zähmen, im ganzen Jahre nicht einmal eine halbe Million getötet. . . . und dennoch schreit die ganze europäische Presse, wir wären ein Tyrann, ein Ungeheuer. . . . Nach Italien haben uns die Sozialisten nicht herein gelassen, wollten uns auspeiseln. . . . Einen Zaren auspeiseln! Ist er etwa ein schlechter Schauspieler? Sie vergessen wohl, wie gut wir die Rolle des guten Zaren und des Friedensstifters fast fünf Jahre hindurch gespielt haben? Und ganz Europa glaubte, daß wir tatsächlich ein guter Mensch seien. . . .

Hier hielt der Zar inne, dachte nach und sagte stirnrunzelnd: „Nun, das ist schon überflüssig. . . . Wie kann er, unser Untertan, es wagen, Handlungen seines Herrschers zu rechtfertigen? Der Feil? Und warum hat er hier so viele Punkte gesetzt? Ein Poet, aber von Interpunktionszeichen hat er keine Ahnung. . . . Der Dbiol! Weiter. . . .“

Die Armenier im Kaukasus wurden durch die treuuntertänigen Tataren gemordet? Aber diesem Ereignisse wurde doch das Ansehen einer nationalen Feindschaft gegeben und man mußte auch glauben, daß das zutrifft, daß es die Wahrheit sei: Aber wie es geschehen konnte, daß Armenier und Tataren, die Jahrhunderte wie Freunde zusammen lebten, plötzlich solch unverdächtige Feinde wurden? Wie unvernünftig! Ein Erdbeben kommt doch auch stets plötzlich. . . . Als der türkische Sultan die Kurden und seine Soldaten heranlockte, die Armenier zu vernichten — wurden Zehntausende vernichtet, aber man hat weniger Lärm gemacht! Bedenken Sie doch hingschaut! — wo bleibt da die Gerechtigkeit? Die Juden wurden hingemordet? Ja, aber doch nicht alle! Und dann — der Grund der Ermordung der Juden liegt im Fortschreiten des Christentums. Sie als Kinder Jesu und der rechtgläubigen Kirche bemüht werdend, — fangen sie unverzüglich an, die Juden dafür auszureuten, daß die nicht die Lehre Christi von Mitleid und der Liebe gegenüber allen als die wahre Religion anerkennen wollen. Das ist klar für jeden, der kein Sozialist ist. Die Idee des Christentums wurde lange Jahre hindurch im Volke durch Beamte, Spione und Kopien verbreitet — und nun trägt diese Idee ihre Früchte. . . . Was können wir dafür? Dann schreiben uns freche Strikten auch die Schuld an dem blutigen Tag. . . . dem neunten Januar, zu. . . . Der Zar schwieg, und nachdem er einige Zeilen für sich ge-

lesen, bemerkte er unzufrieden: „Schon wieder hat er den Abhismus nicht durchgeführt. . . . was für eine Nachlässigkeit. . . . Das muß ich anmerken. Haben Sie keinen Meißel?“ — wandte er sich an mich, schrie aber sofort auf: „Nicht nötig! Nicht nötig! Die Hände. . . . bewegen Sie nicht die Hände!“ Er merkte sich den ungleichen Abhismus, indem er mit seinem Fingernagel auf dem Papier ein Zeichen machte; und fuhr fort:

„Aber den Zaren deswegen beschuldigen. . . . hml Tölpel. . . . Das sollte kein vernünftiger Mensch tun. Wir sind Zar. Und wenn wir befohlen haben ins Volk zu schießen, so haben wir selbstverständlich unsere Gründe dafür gehabt. Wenn wir uns mit dem Volke hätten unterhalten wollen, so hätten wir uns unterhalten. Wir hoffen, daß das klar ist! Das Volk darf nicht vergessen, daß der Herr in die Hände des Zaren nicht nur daszepter und den Reichsapfel gelegt hat, sondern auch das Schwert, das heißt Bajonette und Kanonen.“

Der Zar hielt inne und sagte: „Hier hat er die Maschinengewehre vergessen. . . . eine zerstreute Bestie! Bajonette und Kanonen und Maschinengewehre. . . . ja. . . . Diese Werkzeuge des Krieges und des Friedens kann der Zar wie er will benutzen und deswegen gab der neunte Januar keinen Grund, uns Vorwürfe zu machen. Wir sind stets im Recht. Es kann sein, daß wir auch selbst nicht wissen, warum wir an diesem Tage so viele treue Untertanen niedergeschossen haben. . . . aber das, was der Zar selbst nicht weiß, — ist Gott bewußt. Der Zar ist nur ein Werkzeug in seinen heiligen Händen, wie der Mensch ein Werkzeug in den Händen des irdischen Gottes, das heißt des Zaren, ist. Und alles, was zeitweilig dem Verstand des Zaren nicht zugänglich ist, muß als Eingebung Gottes erklamt werden, und das, was die Leute nicht verstehen, ist nur dem Verstand des Zaren zugänglich. . . .“

Nikolau II. hob seinen mit einem schweren Helm gekrönten Kopf, besah sorgfältig seine Hand, wuschte sich den Schweiß von der Stirn und sagte, mit dem Finger auf das Papier tippend: „Denken Sie darüber nach! Ein Verg von Weisheit! Wir selbst sogar können hier den Sinn nicht fassen. . . . ahnen nur, daß es etwas Hervorragendes ist! Die Kanaille, die sich eine Rede geschrieben hat, wird noch Minister des Innern werden, Sie sollen sehen! Er ist noch jung, wird aber schon von zwei alten Gräfinnen und einer unserer Hofe sehr nahestehenden Balletina ausgehalten. . . . Aber hüten Sie sich, den Zeitungen auch diese intimen Details mitzuteilen! . . . Das sagte ich Ihnen ganz privat. . . . hören Sie?“ „Majestät — sagte ich — meine Hände sinken herunter.“ „Werden Sie sie bewegen können?“ „Nein. . . .“ „Dann lassen Sie sie herunter. . . . Aber wenn sich nur ein Hand bewegen sollte — ich bitte Sie, uns schon jetzt zu entschuldigen! — Dann werden wir Ihnen das Leben rauben. Unser

durch eine entsprechend schriftliche: durch Flugblätter und durch die Schaffung einer selbständigen Beilage für den „Proletarier“. Diese Beilage hat die Kritik der wirtschaftlichen, sozialen und vor allem auch der rechtlichen Verhältnisse der Landarbeiter zu bringen, gleichzeitig aber auch ihnen ein Ratgeber und Wegweiser zu sein.

Die angestellten Kollegen haben außer der vorzunehmenden Agitationsarbeit für die Sammlung von Material, das zur Beurteilung der Lage der Landarbeiter notwendig ist, Sorge zu tragen. Dazu gehören z. B. Statistiken über die Lohnverhältnisse, Feststellung der üblichen Arbeitszeiten, Erhebungen über Frauen- und Kinderarbeit, Sammlung von Kontrakten, von Berichten über Gerichtsverhandlungen und gefällte Urteile, von Material über die „Wohnungen“ und Unterkunftsräume sowie von Material über die Behandlung.

Für die Landarbeiter wird ein Wochenbeitrag von 20 Pf. festgesetzt. — Dafür wird den Landarbeitern Rechtsschutz, Krankenunterstützung, Sterbegeld und Umzugsgeld gewährt und der „Proletarier“ geliefert.

Der Verbandstag gibt der Erwartung Ausdruck, daß mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit und Bedeutung, welche die Lösung der Landarbeiterfrage nicht nur für diese, sondern für die Gesamtarbeiterbewegung hat, die Generalkommission diesem Unternehmen weitgehendste finanzielle und moralische Unterstützung gewährt.

Darauf wurde die Reise in verhandelt. Um die Debatte abzukürzen, sollte der Verbandsvorsitzende die Stellung des Vorstandes zur Reisefrage wie zu den Anträgen präzisieren, was abgelehnt wurde.

Genosse W e h führte aus, daß die Stellung des Vorstandes zu dieser Frage durch die Parteibeschlüsse gegeben sei. Was die Unterstützung der wegen Beteiligung an der Reise gemäßigten Kollegen anlangt, siehe der Vorstand auf dem Standpunkte, daß nicht die Streik-, sondern die Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden solle.

Nach kurzer Debatte, worin eine größere Propaganda für die Reise verlangt wurde, wurden zu diesem Punkte folgende Anträge angenommen:

1. „Der Verbandstag wolle es allen Verwaltungsstellen zur Pflicht machen, für die Arbeitsruhe am 1. Mai unter folgenden Grundbegriffen einzutreten. In Fabriken, wo nach Art und Natur derselben eine andere Organisation Hauptfaktor ist, haben sich unsere dort als Hilfsarbeiter arbeitenden Kollegen den Beschlüssen der betreffenden Organisation zu fügen. In Betrieben, wo die Hilfsarbeiter ausnahmsweise sind, müssen sie mindestens 1/2 Jahr organisiert sein und mit 2/3-Majorität beschließen, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Werden die Kollegen ausgesperrt, so tritt der § 12 des Streikreglements in Kraft.“

Die Bestimmung über den Beginn der Unterstützung bei Arbeitsperrungen hat nur Gültigkeit für Betriebe, die hauptsächlich für unsere Organisation in Betracht kommen. In anderen Betrieben gelten die Bestimmungen der dort dominierenden Organisation.“

2. „Soll in einem Betriebe, wo sämtliche Kollegen dem Verbande mindestens drei Monate angehören, beschlossen werden, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, so ist 14 Tage vorher die Ortsverwaltung in Kenntnis zu setzen. Der Beschluß ist in geheimer Abstimmung und in einer Werkstättenversammlung zu fassen.“

In der Nachmittagsitzung wurde über die von der Kommission ausgearbeitete Vorlage der Streikunterstützung beraten und beschlossen. Die in vollem Umfange angenommene Vorlage lautet: Die Streikunterstützung beträgt bei einer Beitragsleistung von über 52 Wochen: für männliche Mitglieder 12 M., für weibliche 8 M.; von 27 bis 52 Wochen: für männliche Mitglieder 11 M., für weibliche 7 M.; von 13 bis 27 Wochen: für männliche Mitglieder 10 M., für weibliche 6 M., pro Woche. Des Weiteren soll für jedes Kind 1 M. gezahlt werden, vorausgesetzt, daß das im Streik befindliche Mitglied der alleinige Ernährer der Kinder ist. Ledige männliche Mitglieder erhalten pro Woche 1 M. weniger. Die Streikunterstützung darf jedoch die Höhe des Wochenverdienstes vor dem Streik nicht übersteigen.

Weiter wurde folgende Resolution beschlossen: „In Erwägung, daß die Kämpfe der Verbandsmitglieder zur Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen immer zahlreicher werden und durch die Organisation der Unternehmer immer ausgedehnter werden, hält es der Verbandstag für geboten, die Verbandsmitglieder auf die genaue Einhaltung des Streikreglements hinzuweisen. Der Verbandstag spricht die Erwartung aus, daß der Vorstand auf der strikten Einhaltung dieser Vorschriften besteht und daß die Verbandsmitglieder, insbesondere die Verbandsfunktionäre, den Hinweisen Folge leisten.“

Beschlossen wurde ferner, die Gaukonferenzen alle zwei Jahre nach dem Verbandstage abzuhalten. Endlich regelte der Verbandstag nach einer Vorlage die Gehälter der Vorstandsmitglieder, der Gauleiter, der Bureaubeamten und der Hilfskräfte, die nach den von dem Stuttgarter Gewerkschaftslangjahr empfohlenen Anstellungsverträgen des Vereins Arbeiterpresse aufgestellt wurden. Es wurden noch einige Anträge von keinem mittelwichtigen Interesse angenommen.

Leben gehört dem russischen Volke, es zahlt sehr teuer dafür! ... Doch beenden wir unsere Rede. ... Wo bleiben wir stehen? Ja, so. ...

Das ist die kurze Erzählung unserer bescheidenen Taten, welche die Zeitgenossen zu den Verbrechern zwang des Grauens und anderer Herrscher aufgebaut haben, deren Unglück darin bestand, daß ihre Untertanen die unermessliche Macht, die Gott den Jaren schenkte, nicht anerkannten. Alles übrige, was wir vollbracht haben, ist nichtig und es lohnt nicht, jener Taten zu gedenken, ohne welche die zarische Macht nicht kräftig und die Völker glücklich und friedlich sein können. ... So, zum Beispiel, ist es von Zeit zu Zeit erforderlich, Arbeiter zu erschlagen, um ihre niederträchtigen Gedanken von der Führerschaft des arbeitenden Volkes vor den gut situierten Leuten und den Müßiggängern, den Stützen des Staates, auszuwischen. Die Bauern verlangen, daß man sie von Zeit zu Zeit peitscht oder mit Hinten schießen soll. Das soll sie überzeugen, daß der Herrscher sie nicht vergessen hat, daß vor ihm — alle gleich sind! Kaufleute, Edelleute, Geistliche, Arbeiter und Bauern, alle haben in meinem demokratischen Staat vor dem Gesetz die gleichen Ansprüche auf Dajonett und Strid. Wir aber haben ein Recht darauf stolz zu sein. Wir enden unsere Rede mit dem Bemerkten, daß nur Gott, der den Jaren zum Herrscher schickte, die Macht hat, seine Taten zu richten. ...

„Das ist alles! Kurz, kräftig, allen verständlich. ... Haben Sie alles im Gedächtnis behalten?“

„Ja!“ antwortete ich. Nikolai II. hob einen Finger nach oben und fuhr fort: „Aber nach allem Bemerkten sind wir dennoch Konstitutionalisten.“ Er seufzte auf.

„Deshalb, weil einem absoluten Monarchen jetzt niemand Gold gibt ... haben wir bei uns ein Parlament herbeigeführt. ... Ja — ja. Man kann sich damit versehen. ... Wenn die Mitglieder des Parlamentes so sein werden, wie wir es befohlen, wenn sie aufrichtig dem Vaterlande dienen und unverzüglich die Steuern erhöhen werden. ... Aber, natürlich, sie verstehen ihre Rolle nicht.“

Er holte von irgendwo noch ein Papierchen hervor und las: „Welches ist der Sinn einer wahrhaften Konstitution? Daß zwischen dem Jaren und dem Volke einige zehn Menschen stehen sollen und daß die ganze Verantwortlichkeit der Verwaltung des Volkes, welche früher der Monarch trug, von nun an auf die Köpfe dieser Herren fällt.“

„Das müssen harte Köpfe sein ... und elastische Rücken. Denn wenn man auf den Kopf schlägt — muß man sich schnell bücken. Wir wissen das ...“

„Sie meinen die japanische Kuh, Rajesität?“ fragte ich. „Japan?“ fragte er stolz. „Gäßen wir nur Gold, eine gute Armee und talentierte Heerführer — wir würden schon Japan für den Stok, den es uns ins Genick verfehlt hat, heimzahlen ...“

Darauf folgte die Wahl des Vorstandes und Ausschusses. Gewählt wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig. Für den neuorganisierten zweiten Kassierposten wurde der ebenfalls Hilfsarbeiter im Bureau, Kollege Niemeier, und für die ebenfalls neuorganisierte Sekretärstelle wurde der Hamburger Delegierte L e m e n h o w gewählt. Die Besetzung der zweiten Hilfskassierstelle und die des Redakteurs für das Fachorgan soll ausgeschrieben werden.

Wieder gewählt wurde noch der bisherige Vorsitzende des Ausschusses, S t r e i b, aus Offenbach.

Die Beschlüsse des Verbandstages treten am 1. Oktober d. J. in Kraft. Der nächste Verbandstag wird in M ü n c h e n abgehalten. Damit waren die Verhandlungen beendet. Der Vorsitzende schloß den Verbandstag mit Dankesworten an die Leipziger Kollegen und warf einen Rückblick auf die Beschlüsse, wobei er den Delegierten empfahl, recht lebhaft für deren Durchführung einzutreten, damit sie der Organisation zum Segen gereichen. Er hob aber auch noch ausdrücklich hervor, daß das Ziel der Bewegung nicht allein die Erringung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit sei, sondern die Befreiung vom Joch des Kapitalismus; darauf müsse bei der Agitation immer nachdrücklich hingewiesen werden. Mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß Genosse W e h den Verbandstag.

Die Delegierten fangen darauf stehend die Marzellaise.

Internationaler Gutarbeiterkongress.

Seit gestern tagt im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. ein internationaler Kongress der Gutarbeiter. Auf dem Kongress ist vertreten: Belgien durch Clouet-Brüssel, Frankreich durch Albert-Paris und Robert-Von, Brasilien durch Frau Espanet-Paris, Italien durch Reina-Monza, Rumänien durch Aualler-Bularest, Portugal durch Espanet-Paris, Dänemark durch Nejschle-Altenburg, die Schweiz durch Nicolai-Wädenswil, Oesterreich durch Podratski und Sekirnal-Wien, England durch Wallien-Denton, Deutschland durch Nejschle-Altenburg, Müller-Röhm und Rödel-Berlin. Das internationale Sekretariat der Gutmacher ist vertreten durch Espanet-Paris. Außerdem werden noch verschiedene Gäste anwesend sein. Als Ueberseherin wirkt Genossin Klara Jettin-Stuttgart.

Der letzte internationale Kongress fand im August 1903 in Brüssel statt. Er befaßte sich in der Hauptsache mit der Schlichtung einiger Differenzen zwischen den deutschen und schweizerischen Organisationen und der Erledigung sonstiger Organisationsarbeiten. Insbesondere wurden grundlegende Beschlüsse für die Unterstützung bei Streiks gefaßt. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, der nächste internationale Kongress solle sich mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit befassen. Auf der Tagesordnung steht aber nichts davon, und auch unter den bis jetzt bekannt gegebenen Anträgen konnten wir keinen finden, der die Erörterung der Verkürzung der Arbeitszeit beantragt. Vielmehr scheinen sich die Verhandlungen, nach den gestellten Anträgen zu urteilen, auch diesmal wieder mehr um Organisationsfragen: Streikunterstützung, Beitragsfestsetzung, Schlichtung von Grenzstreitigkeiten usw. zu drehen. Aber vielleicht kommt die wichtige Frage der Verkürzung der Arbeitszeit doch aufs Tapet, denn Brasilien hat u. a. den Antrag gestellt: Abschaffung der Stückerarbeit und Einführung der Tagesarbeit auf der Basis des Achtstundentages. Auch eine Sprachdebatte wird es voraussichtlich geben, denn Frankreich hat u. a. den Antrag gestellt: Wahl des Esperanto als internationale Verkehrssprache.

Vom Sekretär der internationalen Gutmacherorganisation, Espanet, ist zum Kongress ein umfangreicher Tätigkeitsbericht erstattet worden, der aber jedenfalls Anlaß zu längeren Debatten geben wird, einmal, weil Espanet es unterlassen hat, verschiedene Beschlüsse des Brüsseler Kongresses auszuführen, dann aber auch wegen der schiefen Darstellung, die er in dem Bericht von der deutschen Gutarbeiterbewegung gibt. Von dieser heißt es wörtlich in dem Bericht: „Die numerisch stärkste der internationalen Föderation angehörende Organisation ist die deutsche. Die Zahl ihrer Mitglieder ist seit dem Brüsseler Kongresse in merklicher Zunahme begriffen, und dies ist anerkanntermaßen ihrer vorzüglichen Gliederung und ihrer methodischen Propaganda zu verdanken, daß die erworbenen Vorteile auch das Resultat eines den Verbandsgebräuchen Deutschlands eigene Talant ist, welches durch eine strenge Nachregelung der Arbeiterorganisationen dazu gelangte, in einem gewissen Grade den revolutionären Anlauf und Feuerifer jeder einzelnen Landesgruppe einzudämmen (soll wohl heißen: einzudämmen). Diese Tatsache bewahrte die deutschen Kollegen davor, größere Streiks führen zu müssen und konnten sie daher moralische und materielle Vorteile realisieren. Hierbei scheint mir die Bemerkung nötig, daß die Verhandlungsart unserer deutschen Kollegen in Ländern romanischer Sprache — wo die auf dem Boden des Widerstandes ruhenden, jedes gegenseitige Klassen- und Rechnungswesen als schädlich verwerfenden Syndikate kein anderes Ziel haben, als die Emancipation der Arbeiter durch die Arbeiter selbst — seine Aussicht auf Erfolg besitzt, da diese romanischen Syndikate (Gewerkschaften) jede Abmahnung mit Politikern, die überall und zu jeder Zeit Prahlerei und Einschläferer sind, zurückweisen.“ Der

„Ja, also so ... die Duma ... Wenn sie auch fernherhin so frei zu sein beabsichtigt, wie bisher ... wird das Land von ihr seinen Ruhen haben! Wir werden sie mit den Bajonetten unserer guten Garde auseinanderjagen lassen.“

„Aber, Majestät, das Volk?“ ... fing ich an ... Er unterbrach mich, hob einen Finger in die Höhe und holte noch ein Papierchen hervor. — Er war so vollgestopft mit Papierchen, wie ein Spanferkel mit Grüns.

„Das Volk ist Wachs in den Händen des Jaren — weiter nichts! Gegen ein Volk, das sich erheben sollte, sich zum Schutze der Duma zu erheben — haben wir treu-untreudige Völker, welche ihre Ergebenheit dem Jaren zeigen werden ... Die Laternen sind schon durch den Einfluß uns feindlicher Strömungen verdorben ... aber wir haben Kalmücken, Baschiren, Kirgisen ... Man braucht es ihnen nur zu erlauben, und sie werden zu brennen, rauben und mordend anfangen, nicht ärger, als die Kosaken. Das alles wird den Anschein eines plötzlich aufgestauten Nationalhasses haben und gibt uns das Recht, Europa zu sagen: Als wir absoluter Monarch waren — verstanden wir es, mit unserer starken Hand wilde Instinkte zu zügeln. Die Konstitution hat aber die Zügel gelockert — und nun sehen Sie, wohin die Freiheit führt, nach der nur Aufwiegler überall und immer dürften! Die Folgerung hieron ist klar und einfach: Rußland ist noch viel zu unfuturwert, viel zu wild für eine europäische Verwaltungsform und kann nur unter dem Scepter eines Jaren gedeihen, in dessen Händen sich die ganze Macht konzentriert ... Solange der Glaube an Gott existieren wird — wird auch der Absolutismus des Jaren bestehen sein; solange noch wilde Völker existieren werden — wird der Jar seine Macht beweisen und behaupten können!“

Er schwieg, lächelte mild und sagte: „Mamachen und Bobjedonow — die haben uns herrlich gelehrt zarisch zu denken! ... Darin stehen uns auch die Großfürsten und die Hofleute bei ... Und wie viele Gouverneure, Beamte, Diche, Rörber, Spione bleiben bei einer Konstitution ohne Arbeit! Sie sehen doch ein, daß für sie ein geschwägiger Zustand und Ordnung — den Galgen bedeutet. Und kann man wohl erwarten, daß die Leute mit dem Volke wider den Jaren gehen werden? Nein, wir werden noch ein wenig regieren!“

Er wurde sogar fröhlich; aber das verschönte weder sein Gesicht, noch vertrieb es die Aufregung aus seinen unruhigen Augen. „Aber, Majestät, wo wollen Sie denn Geld hernehmen?“

„Geld? Geld wird die Duma einbringen. Ihre Einberufung ist für Europa Garantie genug, 88 für 100 zu geben, obgleich sie keine 10 wert ist, wie uns scheint.“

„Aber wenn Sie die Duma auseinanderjagen?“

„Dann verlaufen wir Polen an Wasiilj Fedorowitsch ... Möglich, daß wir ihn auch Frankreich verkaufen ... wenn es uns

„Correspondent für Deutschlands Gutmacher“ bemerkt zu diesem Kauderwälsch zutreffend: Offenbar ist dem Berichterstatter von Anarchosozialisten oder sonstigen außerhalb unserer Organisation stehenden Personen über die deutschen Gewerkschaften im allgemeinen und unseren Verein im besonderen rechter Unsinns soufflé worden, den er für bare Münze genommen hat. Der „Correspondent“ vermutet allerdings, daß dabei eine bestimmte Absicht zugrunde liegt. Denn von Oesterreich-Ungarn heißt es in dem Bericht: „Die Oesterreich-ungarische Föderation ist in bezug auf ihre moralische und finanzielle Organisation so blühend wie ihre deutsche Schwester; aber wir müssen gleichzeitig bemerken, daß ihr Kampfesgeist viel höher steht, als der der Deutschen.“

Zu übrigen wird in dem Bericht des Sekretärs Espanet konstatiert, daß der internationale Gutarbeiterbund noch nicht die Resultate ergibt, die man erwartete. Numerisch sei der Bund gewachsen, seit 1900 ist die Zahl der beteiligten nationalen Verbände von 4 auf 12 gestiegen. Die Lebensfähigkeit ist jedoch eine geringe. Daran sei schuld, daß der Sekretär alle die laufenden Arbeiten nicht leisten könnte. Gewünscht wird, der Kongress möge die nötigen praktischen und materiellen Mittel beschaffen, damit der Bund einen Aufschwung nimmt. Eine Weltorganisation der Gutmacher genüge nicht; sie müsse durch Bewilligung der erforderlichen Mittel aktionsfähig gemacht werden. Dann erst werde sie ein Bollwerk gegen den Kapitalismus.

Der internationale Bund der Gutmacher wird zurzeit von folgenden nationalen Verbänden gebildet: Deutschland mit 3700 Mitgliedern, England 3300, Oesterreich-Ungarn 3000, Italien 3000, Frankreich 2000, Spanien 1500, Dänemark 200, Belgien 200, Schweiz 200, Brasilien 200 und Rumänien 100, zusammen 17400 Mitgliedern.

Zur Beseitigung der mifflischen Zustände im internationalen Sekretariat empfiehlt Espanet, entweder den internationalen Sekretär voll zu befehlen oder den Sitz des Sekretariates nach Deutschland oder Oesterreich zu verlegen. Die volle Besetzung des Sekretärs in Paris (die mit Ueberseherkosten usw. auf 5000 Frank veranschlagt ist) würde eine Erhöhung des Jahresbeitrages von 15 auf 25 Frank pro 100 Mitglieder bedingen. Würde der Sitz nach Deutschland oder Oesterreich verlegt, so bedürfte es keiner Beitragserhöhung.

Was den Stand der einzelnen nationalen Organisationen betrifft, so ist die deutsche wohl die beste. Von 9000 in der Hut- und Holzwarenindustrie beschäftigten Arbeitern sind 4706 organisiert, von 5000 Arbeiterinnen 1454. Die Einnahmen des Verbandes betragen laut Rechenschaftsbericht in den Jahren 1904/05 rund 260 000 M., die Ausgaben 228 000 M. Das Gesamtvermögen des Vereines und seiner Kassen war am 1. Januar 1906 233 000 M. An Streik- und Gemahregelunterstützung an Mitglieder wurden in der angegebenen Zeit bezahlt 30 000 M., an Streikunterstützung an ausländische Kollegen und an Arbeiter anderer Berufe 11 000 M. Das Vermögen des Oesterreich-ungarischen Verbandes beträgt 341 229 Frank. Weitere Einzelheiten sind aus dem Bericht nicht zu ersehen. Der italienische Verband ist seit 1903 von 6000 auf 3000 Mitglieder zurückgegangen. Ursache: Unglückliche Streiks, die verloren gingen, weil es an Mitteln fehlte und unter Protektion der Fabrikanten eine gelbe Gewerkschaft (Streifbrecher) entstanden war, die den Streikenden überall in den Rücken fiel. Der Vermögensbestand beträgt 25 688 Frank. In Frankreich werden die Kräfte durch Sonderorganisationen zerstückelt. Der Geist in den Pariser Vereinen, heißt es in dem Bericht, entspricht äußerst wenig den proletarischen Begriffen und dient der Sache unserer Gegner. Der Verband besitzt 16 000 Frank Vermögen. Der Kassenbestand der Lokalvereine wird auf 70 000 Frank geschätzt.

Die Organisationen in den übrigen Ländern befinden sich zum Teil noch sehr in den Kinderschuhen; ihre Verbände sind klein und finanziell schwach. Der Rechenschaftsbericht zeigt, daß noch sehr viel in organisatorischer und agitatorischer Beziehung getan werden muß, um die Gutmacher mit proletarischem Klassenbewußtsein zu erfüllen.

Aus der Partei.

Vom Fortschritt der Parteipresse. Eine Prekonferenz für die „Tribüne“ tagte am Sonntag, den 12. August, in Erfurt. 26 Delegierte aus 14 Orten waren anwesend. Die Geschäftsleitung berichtete, daß bereits im März die Auflage der „Tribüne“ 10 000 überstieg — ein plötzliches Steigen durch die preußische Wahlrechtsbewegung —, so daß sich der Uebergang zum Rotationsdruck eiligst notwendig machte. Es mußte aber vorher das Druckereigebäude umgebaut werden, so daß erst Ende September die Rotationsmaschine in Tätigkeit treten kann. Diese Veränderungen bedingten einen Aufwand von 45 000 Mark. Mit der prinzipiellen Festlegung der „Tribüne“ erklärte man sich einstimmig einverstanden, doch wurde beschlossen, an Stelle der bisherigen schweizerischen illustrierten Sonntagsbeilage ein eigenes Unterhaltungsblatt einzuführen; die Beilage der „Neuen Welt“ wurde abgelehnt. Durch Abgang zweier Wahlkreise von der „Tribüne“ — Jena erhält ein Kopfblatt der „Leipziger Volkszeitung“, Nordhausen gibt ein

kein Geld geben sollte ... Wozu mühte es dann, nicht wahr? Den Kaufmann werden wir vortheilhaft verkaufen ... Er löstet uns sehr viel Geld und bringt nichts ein, immer nur Unruhen, Empörungen, Revolten ... Sibirien — werden die Amerikaner kaufen. — Die Leute kann man nach Archangelsk verbannen, dort ist sehr viel Raum dafür. Dabich — fühl und still ... Rußland kann man wie einen Apfel abruben und so in der Faust zusammenpressen, daß es sich schließlich beruhigt ...

Er schwieg nachdenklich. Seine blutleeren Lippen zitterten, seine Finger bewegten sich wie die Fäden einer Spinne, die Augen aber fixten an den Wänden umher und die Ohren bewegten sich, wie die Ohren eines Kanariens.

„Es ist möglich, daß wir für den Anfang nachgeben ... Ja, es ist möglich! Viele raten uns, daß wir ihnen etwas von dem geben, worum sie bitten ... Und wenn sie das Almosen zu teilen beginnen — dann fallen wir sie unermutet an ... und die Hände unserer treuen Untertanen werden die Rungen dieser frechen Schwärzer ausreichen, die glauben, daß der Wille des ungebildeten und hungernden Volkes höher steht, als der Wille eines Selbstherrschers, eines Gesalbten Gottes usw. usw.“ Er regte sich ein wenig auf, sein blutleeres Gesicht geriet wieder in Schweiß ... Er beruhigte und den Schweiß mit seinen zitternden Händen abwischend, schloß er:

„Aun, das wird genügen! Wir haben alles der Welt mitgeteilt. Alles, was auf den Papierchen aufgeschrieben war ... und sogar einiges Ueberflüssige ... Aber Ueberflüssiges löst niemand von einem Jaren! Sie hörten bloß das, was wir Ihnen aus den Papierchen vorlesen ... Gehen Sie, der Welt die frohe Botschaft von der Weisheit und Güte dessen zu bringen, der Sie mit dem Glücke auszeichnet, mit ihm unter vier Augen zu reden. Gehen Sie! Er warf den Glodenzug zur Seite und, ehe ich ihm eine glückliche Reise wünschen konnte, versank er samt seinem Thron unter dem Fußboden.“

Aber vor mir, im Halbdunkel dieses Zimmers, glänzten immer noch seine sorgfältig gewaschenen Hände und unruhig irren noch immer die Augen im Zimmer umher. Durch sie war das Dunkel seiner Seele sichtbar, die von den Aufregungen des Lebens so zusammengestrumpft war, wie ein gebadener Apfel. Eine graue, warme gepenstschafte Masse erfüllte diese Seele. Und in dieser Masse krochen langsam die kleinen Würmer des Ehrgeizes, und wie eine aufgeschreckte Eidechse zuckte die Angst für sein Leben hin und her.

Diese nützliche, verachtungswürdige Seele, die sich vollgetrunken hatte mit dem Mute des hungernden Volkes, die vor Furcht krank war; diese kleine, gierige Seele — schwelte vor mir wie ein Nischstümpfen, und erfüllte mein Heimatland mit dem G-ant von Verbrechen und geistiger Verkommenheit.

eigenes Parteiblatt heraus — verliert die „Tribüne“ 1000 Abonnenten, welcher Verlust durch eine besondere Agitation weit gemacht werden soll. Die Konferenz beschließt, in Zukunft keine Kreisconferenzen mehr abzuhalten, da die beteiligten Wahlkreise durch Stellung je eines Mitgliedes zur Bezirkskommission Einfluß auf die „Tribüne“ haben.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für die Ost-Prignitz tagte am Sonntag in Priwall. Delegierte hatten entsandt die Orte Meyenburg, Priwall, Wittstock und Kyritz. Ferner waren vertreten der Zentralvorstand durch die Genossen Bartels und Schuboth, die Agitationskommission für Brandenburg durch den Genossen Schulz, der 6. Berliner Wahlkreis durch die Genossen Kiesel und Melzer. Anwesend war ferner der Kandidat des Kreises Genosse W. Naack.

Aus dem Bericht des Vorstandes ist hervorzuheben, daß der Mitgliederbestand infolge unglücklich verlaufener Streiks zurückgegangen ist, ebenso die Zahl der Abonnenten der „Brandenburger Zeitung“. Die „Fackel“ wird in 700 Exemplaren verteilt. Der Massenbericht weist eine Einnahme von 71,90 M., eine Ausgabe von 21 M., verbleiben also 50,91 M.; übernommen wurde die Kasse unter der losen Organisation mit einem Bestand von 43 Pf. Als Zentralvorstandsmitglieder wurden gewählt die Genossen Bartel, Kugel und Schuboth. Als Delegierte zum Provinzial-Parteitag wurden gewählt die Genossen Bartels, Schuboth und Köppen, für den Zentralvorstand wurde Schuboth vorgeschlagen. Als Delegierte für den Parteitag in Mannheim wurden die Genossen Naack und C. Schulz gewählt.

Eine Generalversammlung der sozialdemokratischen Jugendorganisation findet bekanntlich im Anschluß an den Mannheimer Parteitag statt. Inzwischen sind zu erheblichem Teil die Referenten bestimmt worden. Den Geschäftsbericht erstatten die Genossen Wagner und Schmidt. Genosse Dr. Frank hat die Referate zum 2. und 3. Punkt der Tagesordnung übernommen: Der deutsche Parteitag und die Jugendbewegung bezw. die kapitalistische Ausbeutung der Jugend. Für den 5. Punkt betr. den Militarismus hat Genosse Dr. Karl Liebnecht das Referat. Ein Referat für den 4. Punkt: Jugend und Alkohol wird noch bestimmt werden. Für die übrigen Punkte (Anträge und Wahlen) bedarf es keines Referats.

Zotenliste. Ein Veteran der Partei, der Genosse Schneidermeister Julius Weher, wurde am Sonnabendmorgen in Halle unter starker Beteiligung der Partei und Gewerkschaften zu Grabe getragen. In Weher, der stets einprang, wo es für die Partei, Gewerkschaften oder Krankenkassen, den Sammelpunkten unter dem Ausnahmegesetz für die Partei, etwas zu tun gab, verkörperte sich ein Stützpunkt der Partei. Schon in den 60er Jahren hat er im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein mit in den vordersten Reihen gekämpft. Von Leipzig aus wurde er seinerzeit nach dem Eisenacher Kongress delegiert. In den letzten Jahren war der unglückliche nebenkrank und in geistiger Umarmung hat er am letzten Freitag seinem traurigen Dasein durch Selbstmord ein Ende gemacht. Seine Angehörigen und Parteigenossen hatten versucht, den Bedauernswerten in der Reformanstalt unterzubringen. Ein ärztliches Attest lag vor, aber die Aufnahme konnte nicht erfolgen, da die „dritte Klasse“ überfüllt sei und für die zweite Klasse die Mittel nicht vorhanden waren. So wurde auch Weher ein Opfer unserer schauerhaften Verhältnisse.

Wieviel den Mailänder Reformisten an der Parteinheit liegt.

Rom, den 11. August. (Fig. Per.) Die Erfahrungen der letzten Kommunalwahlen, bei denen die Sozialisten sehr schlecht abschlossen, weil die Reformisten mit den Radikalen gemeinsame Sache machten, während die Revolutionäre gar nicht an der Wahl teilnahmen, haben in der Mailänder Arbeiterschaft den Wunsch rege gemacht, den Zwiespalt im eigenen Lager endlich zu beseitigen. Die offizielle Partisektion trat der Sache mit großer Sympathie näher, doch machten einige Parteigenossen geltend, daß es zwecklos wäre, am Vorabend des Parteitages diese Frage zu beraten, da die Reformisten auf dem Parteitage die Auflösung der heutigen Partisektion beantragen werden. Sollte diese Tendenz obliegen, so träte an Stelle der jetzigen Organisation eine föderative Organisation, die jedem Teil seine Autonomie sichert, so daß in einer Stadt ruhig ein halbes Duzend autonomer Partisektionen bestehen können, im Kampfe gegeneinander oder verbündet, je nach Opportunismus oder Laune. Mit Rücksicht auf die Möglichkeit dieser Form der Organisation oder richtiger der Organisationslosigkeit, die jeden Einigungsversuch zwecklos machen würde, verfiel also die revolutionäre Partisektion auf die Frage der Einigung bis nach dem Parteitage.

Wie verhalten sich nun die Mailänder autonomen Zirkel zu dieser Frage? Mit einer, von keinerlei Sentimentalität angeführten brutalen Deutlichkeit schreibt ihr Organ, das „Tempo“: „Wir legen Wert darauf, zu erklären, daß unsere Freunde allen Einigungsversuchen völlig fern stehen, weil ihnen daran liegt, ihre Unabhängigkeit und jene Kampfstellungen zu behaupten, die der Sozialismus durch lange Kämpfe erobert hat. Kämpfe, die sich in gleicher Weise gegen die Revolutionäre wie gegen den Bloß der Konservativen richteten. Am Vorabend des Parteitages, der über die innere Organisation der Partei entscheiden soll, ist unsere Richtung, die die effektive Kraft der Mailänder sozialistischen Partei darstellt, weit entfernt, irgend welche Autorität den individuellen Vorschlägen und geheimen Versammlungen der Gegner (sic!) beizumessen.“ Liebevoller und bescheidener zugleich konnte sich die Zeitung nicht gut ausdrücken. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Höchststrafe für Boykottstörer. Die Breslauer Genossen führen einen scharfen Kampf um die Güte in Breslau und Umgebung. Polizei und Gerichte wollen es ihnen unmöglich machen. Am Donnerstag hat das Schöffengericht zu Breslau den Genossen Gromy aus Klettenberg, der gegen ein Strafmandat von 100 M. Einspruch erhoben hat, zu sechs Wochen Haft verurteilt. Höhere Strafe läßt der famose „Grobe Unfug“-Paragraph nämlich nicht zu.

Aus dem Junkerstaat — Mecklenburg. Gegen den § 130 des Strafgesetzbuches soll die „Mecklenburgische Volkszeitung“ in Rostock verfahren haben. Auf ergangene Anzeige wurde am Sonnabend Genosse Kühn von einem Richter vernommen, weil das Vergehen in dem Leitartikel vom 1. August gefunden worden sei, den die „Volkszeitung“ aus der „Neuen Zeit“ damals veröffentlichte. Es handelte sich um den Artikel des Genossen Marchionni in Königsberg: „Rassenstreik und Landarbeiter“ in Nr. 44 der „N. Z.“ Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß mit der Erörterung der Rassenstreikfrage an sich noch niemand „zu Gewalttätigkeiten aufgereizt“ wird, so allerletzt könnte dies aber wohl der Fall bei den armen rechtslosen, unorganisierten und folglich völlig unauferklärten, ostelbischen Landarbeitern möglich sein. Offenbar rechnet man aber in Junkerkreisen bereits mit dieser Möglichkeit und ist über den Artikel höchst nervös geworden.

Soziales.

Schulz, rechtslos, dem Verderben geweiht ist nach preussischen Gesetzen der Landarbeiter und das Gefinde.

In dem ostpreussischen Dorfe Gr.-Schwanefeld befindet sich eine Kirche, dessen Patron der Besitzer des Gutes Gr.-Schwanefeld, Graf v. d. Gröben ist. An dieser Kirche ist seit 23 Jahren der Glöbner Seidenansee angeheftet, der alle die bekannten Küsterdienste zu verrichten hat. Er wird dafür vierteljährlich mit 10 Mark besoldet. Davon muß er aber 11 Mark Miete an die Kirche zahlen. Hat er keine kirchlichen Funktionen zu verrichten, dann arbeitet er auf dem gräflichen Gut und erhält für die betreffende Zeit den üblichen Tagelohn der Landarbeiter. Um mit dieser lärglichen Bezahlung auszukommen, müssen die erwachsenen Kinder natürlich so schnell wie möglich aus dem Hause, oder als Schornsteinfeger sich verdienen. Die etwa 25 Jahre alte Tochter des

Glöbners hatte sich als Dienstmädchen bei dem Besitzer N. im Dorfe Falkenau vom 10. November 1905 ab auf ein Jahr vermietet. Hier mußte sie mit einem anderen Mädchen, das an Verunreinigungen litt, in einem Bett schlafen. Da ihr eine andere Schlafstelle verweigert wurde, verließ sie den Dienst und ging zu ihren Eltern zurück. Ein Angebot, bei dem Amtsvorsteher in Falkenau in den Dienst zu kommen, lehnte sie ab. Sie wurde einige Tage später vom Amtsdienner abgeholt und dem Amtsvorsteher vorgeführt, der ihr erklärte, sie hätte keinen gesetzlichen Grund, aus dem Dienst zu gehen, und müsse wieder zu N. zurück. Am 20. November v. J. kam auch eine Strafandrohung über 6 M., oder drei Tage Haft, welche vollstreckt werden würde, wenn sie nicht binnen 24 Stunden in den Dienst zurückkehrte. Am 20. Dezember wurde diese androhte Strafe festgelegt und eine weitere Strafe von 9 M. oder drei Tagen Haft angedroht. Um nicht eingesperrt zu werden, bezahlte das Mädchen die erste Strafe von 6 M., gab aber wegen der zweiten Strafandrohung bei dem zuständigen Landrat eine mündliche Beschwerde zu Protokoll. Auf diese Beschwerde, in der ausdrücklich hervorgehoben wurde, weshalb das Mädchen nicht in den Dienst zurückgehen könne, erhielt das Mädchen am 8. März diesen Bescheid:

„Ihre Beschwerde gegen die Verfügung des Herrn Amtsvorstehers in Falkenau vom 13. v. M. wird als unbegründet zurückgewiesen. Wenn Sie der polizeilichen Anordnung nicht nummehr gehorchen, so wird der Herr Amtsvorsteher mit immer strengeren Strafen gegen Sie vorgehen, so daß Sie im Falle der Zahlungsumfähigkeit voraussichtlich einen Teil des Sommers in Haft zubringen werden.“

Inzwischen war auch die zweite Strafe fällig geworden und eine neue Strafe von 12 Mark oder 8 Tagen Haft von demselben Amtsvorsteher angedroht worden, der angeblich das entlassene Dienstmädchen in seinen Dienst nehmen wollte. Am 9. April war auch diese Strafe fällig. Und weil das Mädchen sich noch immer weigerte, in einen Dienst zurückzugehen, wo sie jede Nacht in einem verunreinigten Bett schlafen mußte, wurde eine weitere Strafe von 15 Mark oder 8 Tagen Haft angedroht. Diese letztere Strafe war am 15. Mai fällig, und nun wurden vorläufig keine weiteren Strafen angedroht, weil die angeammelten Strafen wohl erst vollstreckt werden sollten.

In der Familie dieses so mit Strafbefehlen verfolgte Mädchens herrschte natürlich während der ganzen Zeit große Aufregung.

Am 2. Juni trat denn auch die lang beschriebene Katastrophe ein. Amtsvorsteher von Gr.-Schwanefeld ist der Graf v. d. Gröben, als Stellvertreter fungiert sein Oberinspektor. Ausgerechnet am Pfingst-Heiligabend erhielt nun der Vater des verfolgten Mädchens, der auch als Amtsdienner fungiert, den Befehl, seine eigene Tochter sofort, also die Feiertage über, drei Tage lang einzusperrern und zwar in der sogenannten „Dorfluke“. Diese Luke ist ein an der Gutschmiede angebauter Raum von etwa fünf bis sechs Quadratmeter Größe, worin sich ein ganz schmales, vergittertes, nicht zu öffnendes Fenster befindet. Außer der Tür, die natürlich immer verschlossen ist, befindet sich in diesem engen Raum keine Oeffnung, um frische Luft eintreten zu lassen. Auf der bloßen Erde liegt ein Häufchen Stroh als Lager. An einer Wand befindet sich ein Nieselvorprung als Sitzgelegenheit. Ein Eimer bildet das gesamte Mobiliar. Die Luke dient dazu, Trunkenbolde, sogenannte Landstreicher oder sonst von der Polizei sistierte Personen einzusperrern.

Der Vater hatte entweder seine Tochter Pfingsten über in dieses vorchristliche Gefängnis einzusperrern oder sich dem Befehl des Amtes zu widersetzen und damit seine Jahre lang innegehabte Stellung aufs Spiel zu setzen, wenn nicht gar noch schlimmere Folgen auf sich zu laden. Das Vaterherz siegte. Der alte Amtsdienner erklärte: „Hat meine Tochter Strafe verdient, dann möge sie dieselbe in einem ordentlichen Gefängnis verbüßen. Aber in diese Luke soße ich mein Kind nicht hinein.“ Diese Unbotmäßigkeit hatte, wie natürlich vorauszusehen war, zur Folge, daß der alte Mann sofort von seinem Posten abgesetzt wurde. Damit aber nicht genug. Diese Widersehlichkeit gegen einen gräflichen Befehl sollte er noch härter büßen. In höchst eigener Person kündigte der Graf dem alten Glöbner zum 1. Oktober auch das Amt als Kirchendiener. Der alte Mann muß dann die Wohnung und auch vielleicht den Ort verlassen.

Mit der Entlassung des Vaters aus seinen beiden, wenn auch sehr schlecht bezahlten Ämtern war das vermeintliche Verbrechen der Tochter aber noch lange nicht gefehlt. Bald nach den Feiertagen erschien in Ermangelung eines Amtsdienners der Gendarm und verhaftete die Sündlerin. Er führte sie trotz heftigen Protestes in die vorhin bezeichnete Luke zur Verbüßung einer dreitägigen Haft. Die dreitägige Dual wurde aber noch dadurch erhöht, daß die Mutter des eingesperrten Mädchens dieses jeden Tag dreimal in der Luke zu besuchen genötigt war. Sie wurde nämlich vom Amt aufgefordert, entweder 75 Pf. pro Tag für Verpflegung während der Haft für ihre Tochter zu zahlen oder derselben dreimal täglich Essen zu bringen. Nach Verbüßung der ersten Haftstrafe hatte das Mädchen einige Zeit Ruhe, dann stellte sich aber der Gendarm wieder ein und suchte es. Im Elternhause ist das Mädchen daher vor dem weiteren Einsperrern nicht sicher. In Arbeit oder in Dienst darf nach der Gesindeordnung ein Dienstmädchen, der ohne gesetzlichen Grund den Dienst verlassen hat, niemand nehmen, wenn er sich nicht der Verhaftung aussetzen will. Und das alles, weil ein ordentliches, sauberes lebendes Dienstmädchen wegen Nichtgewährung einer menschenwürdigen Schlafstelle — den Dienst verlassen hat. Man braucht nicht Sozialdemokrat zu sein, um sich über alle die „Humanität“ zu empören, die auf dem Lorde von der Polizei, von den Junkern und sonstigen christlichen Ordnungshütern täglich verübt wird.

Eine Heimarbeitsexposition ist in Frankfurt a. M. für 1907 geplant. In Betracht kommt die Heimarbeit der Stadt Frankfurt, aus dem Taunus-, Spessart-, Vogelsberg- und Rheingebiet in ihrer südlichen und ländlichen Entwicklung. Die Ausstellung soll über den Rahmen der Berliner hinausgehen, insofern als zur Erläuterung der Produkte und ihres Zustandekommens umfassende Darstellungen der gesamten Arbeits- und Existenzverhältnisse der wichtigsten Heimarbeitgruppen von der Arbeiter* wie der Unternehmerseite ausgestellt werden. Bezüglich der Regelung der Heimarbeit schreibt die ministerielle „Leipziger Zeitung“, die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Heimarbeit sei im allgemeinen unannehmbar, als Mittel zur Abhilfe schlägt sie vor: Die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausindustrie, die Registrierung der Heimarbeiter, die Ausübung einer gewissen Sanitätspolizei und Wohnungsinspektion, die Errichtung von Zentralwerkstätten mit Staatsbeihilfe und die Anregung zur Selbsthilfe durch Bildung von Genossenschaften. Damit hat die sächsische Regierung eine Reihe der Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung sich zu eigen gemacht. „Nöln. Volksztg.“

Aus Industrie und Handel.

Der Höhepunkt der Schweinezucht.

Da gegenwärtig in der Hausbewegung am Schweinemarkt eine vorübergehende Ruhepause eingetreten ist, dürfte es von Interesse sein, die oberen Grenzen der seit Anfang 1905 währenden Preissteigerung festzustellen. Innerhalb der letzten anderthalb Jahre treten dann zwei Höhepunkte hervor: in der ersten Periode von Januar bis Dezember 1905 stellte der November den Höhepunkt dar; in der zweiten von Januar bis Juli 1906 erreichte im Februar die Aufwärtsbewegung der Preise den höchsten Stand. Die Spannung zwischen dem Januar 1905 und dem Höchststand der beiden Perioden stellte sich an drei der wichtigsten Schweinemärkte pro Doppelzentner in Mark wie folgt:

	Januar 1905	November 1905	Februar 1906
Berlin, Lebendgewicht . .	106,50	145,25	150,00
Hamburg, Lebendgewicht . .	106,42	145,58	149,98
München, Schlachtgewicht . .	110,50	144,25	145,00

Obgleich man allgemein mit dem Ablauf des Jahres 1905 auch die Zeit der Zueuerung für abgeschlossen hielt, hat der Februar 1906 abermals eine durchgreifende Erhöhung gebracht. Von allen wichtigeren Städten wurde München am stärksten von der Zueuerung betroffen: am 10. Januar 1906 kosteten 50 Kilo Lebendgewicht bester Qualität in München 88 M., ein Preis, der an keinem anderen Orte und an keinem anderen Orte erreicht wurde. Gleich hinter München kommt Dresden, wo der Schweinepreis bis auf 84 M. hinaufging. Auch in Chemnitz mußten 50 Kilogramm Schweine mit 84 M. bezahlt werden; hier brachte aber erst der diesjährige Februar den Höchststand, während in Dresden schon im November 1905 der Preis auf jene Höhe hinaufgeschwollen war. Die Städte, in denen die Schweinepreise am höchsten standen, sind folgende:

Stadt	Markttag	p. 50 Kilo
München	10. Januar	80-88 M.
Dresden	15. November	72-84 „
Chemnitz	28. Februar	75-84 „
Stuttgart	1. November	78-82 „
Frankfurt a. M.	14. Februar	73-82 „
Ramheim	21. Februar	80-81 „

Der Städte, die einen Höchstpreis von 80 M. aufwiesen, sind ebenfalls sechs; auch unter 80 M. blieb der Höchstpreis noch in einer Reihe von Städten. Weiter als bis 78 M. ging aber der Preis nirgends herunter; Hamburg, als Einfuhrhafen für ausländische Schweine sehr günstig gelegen, ist die einzige Stadt, die mit 78 bis 76 M. den wenigsten hohen Schweinepreis aufwies. Hervorzuheben ist noch, daß nächst Hamburg in Berlin die Aufwärtsbewegung am Schweinemarkt am ehesten halt machte: der höchste Preis wurde am 7. Februar mit 73-77 M. gezahlt, eine Differenz gegenüber München von 9 M. pro Kilogramm. Dann folgen Nürnberg mit 75-79, Dortmund mit 73-79 und endlich Magdeburg mit 68-79 M. pro 50 Kilo. Bei sämtlichen letztgenannten Städten fiel der Höhepunkt in die zweite Periode, in den Monat Februar, nur Nürnberg verzeichnete noch Ende März eine weitere Steigerung; von da ab waren zwar Schwankungen, aber keine Erhöhung des Preisniveaus mehr bemerkbar. Fast durchweg stehen die Schweinepreise gegenwärtig über dem Niveau der Vergleichszeit 1905. Die außerordentlich hoch aber schon der vorjährige Preis im Vergleich zu früheren Jahren war, zeigt sich, wenn man den niedrigsten und höchsten in den letzten zwei Jahrzehnten dem Durchschnittspreis für 1905 gegenüberstellt. Danach folierten nämlich 50 Kilo Lebendgewicht in Berlin Mark:

1888	42,0
1902	59,4
1905	69,5

Dabei ist zu bedenken, daß Berlin von allen wichtigeren Märkten außer Hamburg den relativ billigsten Preis hatte.

Neue Fusion. Die schon lange in Vorbereitung befindliche Fusion zwischen dem Bochumer Verein und den Westf. Stahlwerken dürfte nun wohl bald zum Abschluß gelangen. Die Hauptschwierigkeit einer Fusion zwischen den beiden Werken lag in der Person des früheren Direktors der Westf. Stahlwerke. Direktor Köhler galt zur Zeit als Hauptgewerkschaftsmann des ultramontanen „roten“ Johannes (Zusatz) bei dessen Vorstößen gegen den Bochumer Verein. Köhler ist nun durch eine andere Persönlichkeit ersetzt, die mit den Leitern des B. V. auf sehr vertrautem Fuße steht. Während die beiden Unternehmen früher wie Hund und Katze zu einander standen, helfen sie sich jetzt gegenseitig aus. Die umfangreichen Neuanlagen der Westf. Stahlw. sind direkt darauf zugeschnitten, die Anlagen des B. V. zu ergänzen. Die mit den Neuanlagen in Verbindung stehende Finanzpolitik hat einen teilweise Wechsels der Aktien der Westf. Stahlw. sehr erleichtert. Die neuen Besitzer dürfen jetzt bald die Früchte ihrer Wissenschaft in Gestalt einer gewaltigen Kurssteigerung reifen sehen. Wie verlautet, soll diesmal wieder eine Dividende und zwar in Höhe von 4 Prozent ausgeschüttet werden. — Seit 1901 ist eine Dividende nicht mehr verteilt worden. — Was aber noch nicht mitgeteilt wird, ist, daß jedenfalls nochmals 3-4 Millionen Mark für Neubauten verlangt werden. Die Kurse der Westfälischen Stahlwerke stehen zurzeit auf 125,25, die Kurse der Aktien des Bochumer Vereins notieren 244,50. Mit der Fusion werden einzelne Leute wieder ein Bombengeschäft machen.

Zum Teufel mit Freiheit und Gerechtigkeit. Wie es in der Seele eines echten Profitjägers aussieht, läßt ein Wochenbericht in der „National-Ztg.“ erkennen. Verstreut von der Last aller Gemütsbrüche frohlockt er da:

Wie der Donner auf den Wolk, so ist auf die Niederwerfung der Revolution die Konstitutionierung des Ministeriums gefolgt. Komte vom Leiter der russischen Politik bisher noch kleinmütige Unentschlossenheit vorzuerken, so dokumentiert die nunmehrige Zusammensetzung des Kabinetts einen klaren und festen Willen, nämlich den Willen, mit jeder Konsequenz an den Liberalismus anzuknüpfen und die alte, zwar nicht betwähnte, aber immerhin doch spezifisch russische Politik, die sich auf die Fähigkeiten der Bürokratie verläßt, wieder einzuführen. Die paar liberalen Anstandsminister, die man der neuen Zeit noch vor wenigen Tagen konzedieren wollte, sind in der Verfertigung verschwendet, dank des Erfolges der Regierung, der sich gerade noch rechtzeitig eingestellt hatte. Es wäre nun eine dankbare Aufgabe, vom fähigeren Schreibstift aus eine donnernde Rede gegen die reaktionäre, brutale, nichts gelernt habende russische Regierung zu halten. Doch der schwergeprüfte russische Staatsgläubiger hat vorläufig genug an den Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit. Er will nun endlich einmal seine Ruhe haben, selbst auf die Gefahr hin, daß ein paar ewige Menschenrechte dabei über Bord gehen. Auch die europäischen Völkern haben sich diesen nächstem Standpunkt allmählich zu eigen gemacht.

In national-liberalen Versammlungen läßt man die Zuhörer allenfalls noch an Freiheit und Gleichheit sich begeistern, und in Leitartikeln preist man, wenn es sein muß, schließlich auch noch „national-liberale Prinzipien“ und Menschenrechte, aber zum Teufel was hat das mit dem Beschäft zu tun? Proletariat gibts genug, mag der Parasitismus davon so viel zehren als ihm gefehlt. Proletariat wird nicht fliehen, die Kerker werden sich füllen und das Kapital jubelt.

Preiserhöhung, keine Ausfuhrvergütung. Wie die „N. B. Z.“ erfährt, hat das Kohlen Syndikat auch für das letzte Vierteljahr die Gewährung von Ausfuhrvergütungen abgelehnt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 46. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Eine Seelenschlange. — Energie und Wirtschaft. Von Anton Bommelstein. (Schluß). — Edeleinsparnisse. Von Leopold Braun. — Das Hausbesitzerprivileg und das preussische Oberverwaltungsgericht. Von Paul Heß. — Jugendzucht und Jugendorganisation. Von O. Bachaus. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kartonnagenindustrie. Von Ernst Werfel. — Zum Thema Arbeiterbildung. Von Emil Rauch. — Literarische Rundschau: Unter Kunden, Komödianten und wilden Tieren. Von E. Korn. A. Fovet. Segnede Zeit. Von Theresie Schlegel-Schönlank.

Sächsischer Postillon Nr. 17 sendet uns der bekannte Münchener Verlag von R. Ernst. R. E.'s drittes Heftbild: Die Promenade nach Roskau kennzeichnet das „Köthener“ diplomatische Glanzstück. O. V. V. Bischen Neu beleuchtet jüngsten bayerischen Jungadels Hebermut. Das farbenprächtige Schlußbild: Der erste Besen im Kolonialamt und seine sonderbare Anwendung spricht deutlich für sich selbst. Ausland steht im politischen Zeitungsstoffs obenan, auch der „Sächsischer Postillon“ eröffnet seinen letzten Teil mit dem Gedächtnis: Nach der Duma, und zarische Gedanken über die Duma. Aber auch die übrigen Weltereignisse sind genügend und trefflich kritisch verhandelt. Die Lustkammer. — Vorwärts. (Gedicht). — Die Disziplin über alles. (Gedicht). — Neue literarische. — Guten Morgen, Herr Hüter. (Gedicht). — Was in der Welt vorgeht. — Dreyfuß. (Gedicht). Lustig von heute u. a. — Die Nummer ist in allen Buchhandlungen und bei den bekannten Stellen zu haben.

Todes-Anzeige.
Am 12. d. Mts., nachts 8 Uhr, entfiel mir der Tod meinen geliebten Mann und meinen guten Vater, den Töpfer
Heinrich Hoffmann
im 46. Lebensjahre.
Dies zeigen im größten Schmerz mit der Bitte um teilnehmenden Anteil
Marie Hoffmann
und Söhne.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 5316

Hulda Spitz
Julius Moses
Verlobte. 1972L
Bismarckstr. 37a. Stralauerstr. 47.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.
Am Donnerstag, den 9. August, verstarb unser Mitglied, der Restaurateur
Albert Waechs.
Er wurde am Sonntag, den 12. August, zur letzten Ruhe beigesetzt. 14/10
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Von der Reise zurück. 147/15
Dr. Max Maschke,
Augenarzt,
Prinzenstraße 42.
Leihhaus
Berlin, Anklamerstr. 2
Charlottenburg, Friedrichsplatz 12.
Hohe Beleihung von Gold-, Silber-
sachen u. Kleidungsstücken etc.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis
Am Sonntag, den 12. August, verstarb unser Mitglied, der Töpfer
Heinrich Hoffmann
Graudenzstr. 4.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
244/18 Der Vorstand.

Verein der Töpfer Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 12. August, verstarb unser Kollege und langjähriges, treues Mitglied
Heinrich Hoffmann
im 46. Lebensjahre. 266/12
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Vereinigung der Töpfer
Deutschlands.
Am Sonntag, den 12. August, verstarb unser treuer Kollege sowie Mitbegründer und langjähriger Kassierer unserer Vereinigung
Heinrich Hoffmann
im Alter von 46 Jahren. 266/11
Ehre seinem Andenken!
Die Geschäftskommission der Töpfer Deutschlands.

Hygienische
Bekleidungsartikel, neuester Katalog
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grad. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichsstr. 91/92.
Von der Reise zurück 19712
Dr. Silberstein,
Rixdorf, Berlinerstraße 63.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 187/13
Haut- und Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
an der Mariannen-Straße 2.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW 68, Lindenstr. 69.
Ersuchen erschienen:
Illustrierter Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1907.
Einunddreißigster Jahrgang.
Inhalts-Verzeichnis: Kalendarium - Postwesen - Berufsstände - Adressen - Staatliches - Rückblick - Messen und Märkte - Im Kreislauf des Jahres - Die Reform der Strafprozess-Ordnung. Von Rechtsanwalt Hugo Heinemann - Seuchengefahr und Seuchenverhütung. Von Dr. J. Jodel (mit Illustr.) - Zwei Bilder im Bild. Von Leo Heller. - Ein Waisentag. Nach dem Leben erzählt von Minna Kaubitz (mit Illustrationen) - Wenn wir nicht mehr gütig sind. Gedicht von Ernst Brezang - Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft. Von Heinrich Gumow (mit Illustrationen) - Die Karikatur und ihre Bedeutung. Von Ed. Juchs (mit Illustrationen) - Wir sind der Sieg. Gedicht von Ludw. Leffler - Moderne Kraftwagen. Von H. G. (mit Illustrationen) - Sozialistische Frauenorganisation. Von Dr. H. K. - Die Kultur des Tabaks. Von H. G. - Französische Gesellenorganisation im 18. und 19. Jahrhundert. Von Adolf Braun - Nacharbeit. Gedicht von G. Weber - Szenen aus der russischen Revolution. Von J. D. (mit Illustrationen) - Unsere Toten (Mit Porträts) - Die Familie. Gedicht von E. Krawinkel - Fliegende Blätter - Das Armband. Satirische Skizze von Michel Thibaut. Autorisierte Uebersetzung (mit Illustrationen) - Für unsere Käsefässer - Trübsal und Glückseligkeit. - Hier zu drei Bildern: Der Bergmann - Die Auswanderer - Proletarierin - Außerdem zwei Dreiarbeitsdrucke auf Kunstpapier: Der Steinlocher - Heber am Anselne - Ein Wandbrot.
Preis: 40 Pfennig.
Bei Einzelbezug bitten wir um Einsendung des Betrages nebst 10 Pfennig in deutschen Briefmarken für Porto.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.
Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.
Berlin, An der Jannowitz-Brücke 3-4.
Deutschlands größtes Möbelkaufhaus
für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.
Verlangen Sie unser großes Musterbuch frei und umsonst.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe
Männungs-Ausverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw. Reichenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße.
Zubehörtdecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorlegedarmen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Reichenberg Teppichhaus.
Männungs-Ausverkauf! Möbelstoffe, Kissenstoffe und Kette für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.
Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 2,55; 2,35 Meter lang 5,90. 17312
Große Posten echte Plüschstoffe mit Reblern, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Reichenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 17322
Männungs-Ausverkauf! Einen großen Tischdecken 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,80, 4,35 usw. 17332
Wäscheabdecken, wert das Doppelte: jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 17342
Steppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85, 6,85. 17352
Tuch- und Wäscheabdecken mit Duerbezug 3,85, 4,50, 5,00, 7,55, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Reichenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße. 17362
Sportbilliger Bettdeckenkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Pfandfleischhaus Weidenweg neuziehen.
Bekanntmachung, hochelegante Nachmittags- und bis zu wenig Herrenhosen, Nierenhosen, Pfandfleischhaus Weidenweg neuziehen. 738
Taschenbroschen, Bandbroschen, Ketten, Ausverkauf verfallener Pfandfleisch, Kassenbroschen, Gefährdetes Sportpfeife. Weidenweg neuziehen. 738
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, partierre. 14
Teppiche! (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Godesberger Markt 4, Berlin Dörf. 266/14
Wohlfühlfabrik, Drantenstraße 88, direkt Westplatz. In meinen drei Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom einfachsten bis zum elegantesten. Besonders Gelegenheit bietet sich in verbleibenden, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Ausverkauf billige verkaufe ich neue Gohelons 17, Schloßstraße 27, Sattelfabrik 45, Panzerstraße 55, Garnitur 50, hochelegante Wäsche, Garnitur 75, Säulenstühle 29, Bettstühle mit Matratze 16, Küchensessel 16. Aufhellpind, Berlin 27, Gohelons Möbel können drei Monate kostenlos lagern. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags geöffnet. Wasserbuch gratis. 1522K
Berantworlt. Redakteur: Carl Deemuth, Berlin-Rigdorf. Für den

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annehmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von **Bell & Co.,** Androssstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt. 141/16
Zuzug ist fernzubalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung!
Die Holzbearbeitungsfabrik **Nadde, Palisadenstr. 77/78** und **Rummelsburg, Wilhelmstrand,** ist für Klavierarbeiter sowie Hilfsarbeiter **gesperrt!** Sämtliche Arbeiter befinden sich im Auslande.
Verband der Handels- und Transportarbeiter, Verband der Maschinenarbeiter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Begen Streit und Lohnhöherungen sind gesperrt:
Für Tischler, Postler und Maschinenarbeiter
Pleper, Bernauerstr. 80.
Bauer, Landwehrstraße 5/6.
Für Klavierarbeiter:
Bell, Androssstr. 32 u. Grüner Weg,
Für Korbmacher:
Stralauer Glashütte,
**Zwerner, Friedrichsfelde, Berlin-
Linienstraße 72.**
Für Tischler:
**Bauer, Friedrichsfelde, Berlin-
Linienstraße 82.**
Für Schmiedemacher:
Der Innungsabschluss, Brunnen-
straße 151.
Bötting, Wasserhorst, 10/11.
Zuzug ist streng fernzubalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Elektromonteur!
Die Firma **Vaul Kähler,** Kreuzbergstr. 30, und folgende Bauten sind bis auf weiteres gesperrt:
**Vinde, Richardplatz, Ecke Herzberg-
straße;**
**Walter, Ruhmann-Allee 34, Schöne-
berg, Hauptstr. 40, Potsdamer-
straße 118 b;**
**Geier, Mommentenstraße und
Kaiser-Allee 21;**
**Griffith, Landwehr, Mozartstraße,
Friedenau, Straße F, Bergelle 9;**
**Zölling, Schöneberg, Freisinger-
straße 3;**
**Roete, Schwabacherstraße, Lands-
huterstraße, Freisingerstraße;**
**Partel, Behend, Königin Elisabeth-
straße 5;**
Walter, Landskronerstr. 25;
Grünfeld, Schloßstr. 3;
**Zwid, Charlottenburg, Berlinerstraße,
Goethe-Neigungsstrasse, Wilms-
dorf, Brandenburgerstraße;**
Walth, Tempelhofer, Wolfstr. 12;
**Seub, Charlottenburg, Cauerstraße,
Ede;**
**Zupke, Blümlersd., Gerdestraße,
Kahobstr. 36.**
Die Ortsverwaltung der
Deutschen Metallarbeiter-Vereins.

Zum 1. 10. 06
event. auch früher, suchen wir:
1. einen Redakteur, welcher als solcher schon tätig war und durchaus selbständig arbeitet. Derselbe hat vorzugsweise die lokalen und provinziellen Sachen zu bearbeiten;
2. einen Gelehrten, welcher mit der Berichterstattung, namentlich von Gerichten, vertraut ist und Kenntnisse in der Ansjührung besitzt. Derselbe muß auch den zweiten Redakteur zeitweilig vertreten können.
Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen, welche bis zum 31. August für die Bewerber als bindend abgesetzt sein müssen, sind an den Unterzeichneten einzusenden. 1905K

Offene Handelsgesellschaft
„Volksbote“, Appel & Co.,
G. Knappe,
Stettin, Völkstraße 50.
Ein junger tüchtiger
Schildermaler,
sich in Regen, Schreiben u. Zeichnen, erhält sofort dauernde und angenehme Beschäftigung in Schweden.
Offerten an **Kaut Brack, Kristian-
stad, Schweden.** 147/17

Einige tüchtige Monteure
von bedeutender Maschinenfabrik für große Dampfmaschinen, Kompressoren und Gasmaschinen
gesucht.
Dieselben sollen sowohl in der Werkstätte als auch auswärts auf Montage beschäftigt werden. 146/18
Die Stellen sind bei zufriedenerstellung den Leistungen dauernd und gut bezahlt. Ausführliche Bewerbungen erbeten unter **F. H. J. 404** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.**

Deutsch. Buchbinderverband
(Nichtliche Berlin).
Folgende Firmen sind, weil Einrückungen nach dem abgeschlossenen Bezugs nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt:
**Xaver Kölle, Reichsberger-
straße 36.**
Fleck Nachf., Köpenickerstr. 87.
**Ad. Wittenburg, Wilhelm-
straße 16.**
F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Ad. Schob, Postamtstraße 19
und Defauerstraße 14.
Karoufabrik Ad. Lesser,
Krautstraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma **Aloys Sak, Reanderstr. 4.**
Vor Arbeitsaufnahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den paritätischen Facharbeitsnachweis ist Information auf dem Bureau, Engel-
er 15 II, Zimmer 21, einzuholen.
24/12 Die Ortsverwaltung.

Vermietungen.
Wohnungen.
Wallerstraße 25, Wedding, gesunde Wohnungen 20 Mark. 527K
Schlafstellen.
Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoben, Kolbergstraße 26, III.
Freundliche Schlafstelle, Eingang
Leipziger, Friedrichstraße 215, Hofrecht III. Trepplein. 526K

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann wird schnellstens zu erhaltlichem Gehalt für ausgedehnte Blänzende Erfolge. Lehrgänge kostenlos. Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.
Zübarbeiter auf Reparaturen, Hotelwagen, Hermann Schwarz, Neue Grünstraße 14. 526K
Gravure auf Damastierung, ungete Bette, Hermann Schwarz, Neue Grünstraße 14. 533K
Verliverer verlangt Briesenerstraße 6. 499
Anschlagger auf Türen verlangt Bismarckstraße 65. 463
Privatreisende. Seltene Gelegenheiten. Biedersteiner verdienen täglich 10-20 Mark. Ueber 120 Mark pro Woche von einem Herrn erzielt. Dorton, Friedrichstraße 250. 194/20
Steinholzföhobenerger, selbständig, sofort gesucht. Deutsche Steinholzwerte Charlottenburg, Kantstraße 3a. 17495K
Pflasterer, geübte, verlangt Köpenicker, Kaiser-Allee 16. 535K
Hier Robilspanner sucht Gollert, Alie Jakobstraße 64a. 539K
Zimmermann (Vollgelehrte), selbständiger Arbeiter, sofort gesucht. Wohnungen unter V. I Expedition des „Vorwärts“. 538K
Langbarische, 12 Mark, sofort verlangt Schein, Dresdenstraße 58.
Privatreisende. Seltene Gelegenheiten. Damen verdienen täglich 5-10 Mark. Ueber 60 Mark pro Woche von einer Dame erzielt. Dorton, Friedrichstraße 250. 294/19
Botenfrauen (Tourenwägenfahrer) finden lohnende Beschäftigung Sorauestraße 20. 147/16
Arbeiterinnen, bessere Jadedits, verlangt Marx, Kanteststraße 118.
Wamsfeld auf einfache Staubmantele, Schaal, Koppenbergerstraße 42. 499

Verschiedenes.
Eisholz, auch Gesellschaft, Gropluststraße 6. 475K
Patentanwalt Bessel, Gütchinerstraße 94a. 2675K
Rigdorf, Sinesbedstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Partellsaal (600 Personen), Sonntags Freizeitanstalt und Ball. 4117K
Wandteiche Marktstraße 27.
Wandteiche, Frimmsstraße 68, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 1607K
Kuchenselbst freichillig Nandpied, Friedenstraße 97. 542K
Bereinshaus Invalidenstr. 146, Saal für Konzerte, Vereine, ev. auch Sonnabend, Sonntag zu vergeben. 4113K
Aufpolsterung, Matratze 5,00, Sofa 6,00, Kofte, Neue Köpenickerstraße 2. 147/19
Notenstapel Louis D. Suchsdorf, Bernauerstraße 23, II. 528K
Ghrenreinerung. Reime die Verleumdung gegen das Ehepaar Stolle, Kanteststraße 61, zurück. Frau Koch, Kanteststraße 69. 540K

Friedensschluß im Steindruckgewerbe.

Nach viertägigen Verhandlungen der Vertreter des Gensefelder-Bundes und der ausgesperrten und streikenden Lithographen und Steindrucker mit den Vertretern des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer ist am Sonnabend ein Uebereinkommen erzielt worden, das als Grundlage für die Wiederaufnahme der Arbeit in den Streik- und Aussperrungsorten dienen soll.

In der heutigen Sitzung ist von den Anwesenden folgende Grundlage einer Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Arbeit in den Streikorten und über die Aufhebung der Aussperrung aufgestellt worden:

- 1. Alle Streiks in den Betrieben des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer werden aufgehoben. Die Aussperrungen in diesen Betrieben werden zurückgenommen.
2. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Streikorten erfolgt unter den nachstehenden Bedingungen. In den Aussperrungsorten sollen diese Bedingungen bei Wiederaufnahme der Arbeit als vereinbart gelten.

Bedingungen.

- a) Bestehende Tarife bleiben bis zum Ablauf in Kraft. Bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen werden nicht berührt.
b) Die Arbeitszeit in den Betrieben des Schutzverbandes soll 9 Stunden für Steindrucker, 8 Stunden für Lithographen betragen. Inwieweit zeitweilig eine längere Arbeitszeit als 9 Stunden für Steindrucker, keine längere als 8 1/2 Stunden für Lithographen besteht, findet die Einführung der kürzeren Arbeitszeit sofort statt, sobald die Mehrzahl der Gehälften der Betriebe eines Ortes bei Mitgliedern des Schutzverbandes tätig sind.
c) Die gesetzlichen und ohne Vereinbarung mit den Gehälften von der Geschäftsleitung angeordneten Feiertage werden bezahlt.
d) Für Ueberstunden wird wochentags 25 Proz., Sonntags 50 Proz. Zuschlag gezahlt. Bei Ueberarbeit von 2 Stunden wird 1/4 Stunde, bei längerer Ueberarbeit 1/2 Stunde Pause in die Arbeitszeit eingerechnet.
e) Als auf Grund §§ 616 B. G. B. zu entschädigende Verhinderung an der Dienstleistung wird nur angesehen die Erfüllung der staatlichen und kommunalen Pflichten der Gehälften, soweit sich diese außerhalb der Arbeitszeit nicht erledigen lassen und Gebühren dafür nicht bezahlt werden.

Ohne Entschädigung ist Gehälften nach der Kündigung zur Aufsuchung neuer Arbeit Urlaub bis zu insgesamt 3 Stunden zu gewähren, wenn die Erlaubnis dazu 1/2 Tag vorher nachgeholt wird.

Die Regelung der derzeit bestehenden Verhältnisse soll innerhalb 3 Jahren erfolgen und nach deren Ablauf die Lehrlingsfrage von neuem geprüft werden.

Inwieweit nur 1 Lehrling des Berufes gehalten wird, kann nach beendeter 3jähriger Lehrzeit ein anderer Lehrling eingestellt werden.

Die Löhne der Gehälften sollen nach Maßgabe der Leistungen der Gehälften an jedem Orte durch eine Kommission der Prinzipale und Gehälften innerhalb 4 Wochen, in den Streikorten innerhalb 8 Tagen einer Prüfung unterzogen und unzureichende Löhne entsprechend erhöht werden.

Die Löhne der Gehälften sollen nach Maßgabe der Leistungen der Gehälften an jedem Orte durch eine Kommission der Prinzipale und Gehälften innerhalb 4 Wochen, in den Streikorten innerhalb 8 Tagen einer Prüfung unterzogen und unzureichende Löhne entsprechend erhöht werden.

Bei Bedarf an Arbeitskräften werden die Mitglieder des Schutzverbandes möglichst die örtlichen Arbeitsnachweise des Gensefelderbundes in erster Linie in Anspruch nehmen, solange paritätische Arbeitsnachweise unter Mitwirkung der Zentralleitungen nicht eingerichtet sind.

Weitere örtliche Fragen werden nach Wiederaufnahme der Arbeit geregelt.

Mahregelungen finden von keiner Seite statt. Die streikenden und ausgesperrten Arbeiter werden, inwieweit eine Einstellung von Arbeitern stattfindet, an dem alten Arbeitsplatz wieder eingestellt.

Verlin, den 11. August 1906.
Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer.
gez.: Gerschel, Paul Wundsch.

Deutscher Gensefelderbund.
gez.: Otto Sillier, Paul Lange, Wilh. Brall,
Alb. Wegner.

Für die Kommission.
gez.: H. Müller, Joh. Dab, Paul Barthel,
S. Pachold, A. Reizheimer.

Der Bevollmächtigte hat bemerkt in seinem Bericht über die Verhandlungen, daß eine Delegiertenkonferenz der Vertreter der Arbeitnehmer Auftrag erteilt hatte, die Vereinbarungen, sofern sie bestimmten Bedingungen entsprechen würden, zu unterzeichnen. Demgemäß ist gehandelt worden. Es erschien nicht angebracht, vorher die Kollegen in allen 38 Aussperrungsorten zu befragen, da es wochenlang dauern würde, bis die Ergebnisse vorlägen. Die Vertreter des Schutzverbandes hatten erklärt, daß, wenn auch nur eine Stadt den Vereinbarungen nicht zustimmen werde, der Kampf auf der ganzen Linie fortgesetzt werden sollte. Im übrigen ist der Schutzverband bei den Verhandlungen Schritt um Schritt von seinem ursprünglichen eingenommenen Standpunkt zurückgewichen. Wollte er doch nichts Geringeres bewerkstelligen, als den Gensefelderbund in Grund und Boden vernichten; und sah sich nun gezwungen, den Bund vollständig als gleichberechtigte Organisation anzuerkennen. In der Diskussion über den Bericht trat ein starker Widerspruch darüber hervor, daß die von den Berliner Aussperrten aufgestellten Lohnforderungen nicht bewilligt worden sind, und daß auch nicht festgelegt wurde, daß die Aussperrten sämtlich ohne weiteres wieder auf ihre alten Plätze eingestellt werden. Wie demgegenüber der Referent ausführte, hat der Vorsitzende des Schutzverbandes, Dr. Gerschel, in dieser Hinsicht protokolларisch festgelegte Erklärungen abgegeben, die wohl eine Gewöhr dafür bieten, daß tatsächlich Mahregelungen ausgeschlossen erscheinen. Außerdem werden auch die Unternehmer selbst zufrieden sein, wenn sie statt der wenig leistungsfähigen Streikbrecher ihre alten tüchtigen Kräfte wieder erhalten. Bei der Festsetzung der Päm-malhöhe für die einzelnen Orte wird aber der Gensefelderbund durch

seinen ganzen Einfluß gestützt auf die Einmütigkeit der Kollegenschaft, dafür sorgen, daß etwas Annehmbareres dabei herauskommt. Von einigen Diskussionsrednern wurde gesagt, daß für Verlin bei den Verhandlungen nichts erzielt sei. Dagegen erklärte u. a. der Verbandsvorsitzende Sillier, daß schon durch die Festsetzung des allerniedrigsten Lohnes der Ausgelerten in den zurückgebliebenen Orten auf 18 M., so auf Verlin und die anderen Städte mit höheren Löhnen eingewirkt werde, daß hier der Fortschritt wesentlich erleichtert wird. Bedeutet doch dieser Lohn von 18 M. für manche Städte, wie z. B. auch für Chemnitz, wo noch 12 und 13 M. gezahlt wurden, eine Lohnhöhung bis zu 50 Proz. Die Diskussion endete damit, daß folgende Resolution mit starker Majorität angenommen wurde:

Die versammelten ausgesperrten Lithographen und Steindrucker erklären, daß sie unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Kampf kein lokaler, sondern ein allgemeiner war, den Vereinbarungen zustimmen. Unter dieser Voraussetzung betrachten sie den Ausgang des Kampfes als einen schönen Erfolg ihrer Organisation, da er den Kollegen in den zurückgebliebenen Druckorten nennenswerte Verbesserungen bringt. Die Berliner Lithographen und Steindrucker erwarten jedoch, daß bei der vereinbarten Lohnregulierung auch die Berliner Verhältnisse entsprechende Aufbesserung erfahren und daß die Einstellung der Aussperrten nach den von Herrn Dr. Gerschel zu Protokoll gegebenen Grundrissen erfolgt.

In Verlin soll die Arbeit am Donnerstag wieder aufgenommen werden, nachdem, wie zu erwarten ist, aus allen Streikorten die Beschlüsse über die Wiederaufnahme der Arbeit vorliegen.

Die Berliner Aussperrten werden als Abschluß des glücklich beendeten Kampfes am Mittwoch eine Dampferpartie machen.

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr findet in Gebrüder Arnholds „Schwarzem Adler“, Frankfurter Chaussee 5, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Wir erwarten recht zahlreichen Besuch. Es wird die Tagesordnung des diesjährigen Parteitagbes besprochen. Der Vorstand.

Reinickendorf und Umgegend. Wir machen unsere Mitglieder auf die am 16. d. M. bei Sadau, Reibenzstraße 124b, stattfindende öffentliche Versammlung aller an Zentralverbänden angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder behufs Gründung eines Gewerkschaftslokals aufmerksam und bitten um rege Beteiligung. (Siehe auch Inserat in der Mittwochszahl des „Vorwärts“.) Der Vorstand.

Spandau. Heute abend findet bei Kunkle die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Kreisgeneralversammlung, Presse usw. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Säuglingssterblichkeit in Verlin.

Mehr als ein halbes Tausend Säuglinge wurden in Verlin in den vierzehn Tagen vom 15. bis zum 28. Juli durch den Tod hingerast. Es starben in den sieben Tagen vom 15. bis zum 21. Juli 251 Säuglinge und in den sieben Tagen vom 22. bis zum 28. Juli 360 Säuglinge, das sind zusammen 511 Säuglinge, wobei als „Säuglinge“ alle Kinder bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres gezählt sind.

Drei Fünftel von diesen 511 erlagen den Verdauungskrankheiten, die alljährlich in den Sommermonaten in erschreckend großer Zahl auftreten und Woche für Woche Hunderte von Opfern fordern. In den vierzehn Tagen starben an Brechdurchfall, Darmkatarrh und Magenkatarrh zusammen 302 Säuglinge. Die Säuglinge waren an der Gesamtzahl der durch diese Krankheiten verursachten Sterbefälle mit vollen 90 Prozent beteiligt; denn außer ihnen starben nur noch 30 an Brechdurchfall, Darmkatarrh usw. Erkrankte, die übrigens zum größten Teil gleichfalls noch im Kindesalter standen.

Die zusammen 332 Sterbefälle dieser Art — bei denen es sich, wie gesagt, fast ausnahmslos um Kinder und zum allergrößten Teil um Kinder des ersten Lebensjahres handelt — verteilen sich sehr ungleich über die Stadt. Das Zentrum („Verlin-Kölln-Dorotheenstadt-Friedrichswoerder“) samt der benachbarten Friedrichstadt und der westwärts anschließenden Schöneberger Vorstadt hatten zusammen 6 (sechs) Fälle zu verzeichnen. Dagegen wurden gemeldet: aus der Tempelhofer Vorstadt 20 Fälle, aus der Luisenstadt diesseits des Kanals 8 Fälle, aus der Luisenstadt jenseits des Kanals 31 Fälle, aus dem Stralauer Viertel 46 Fälle, aus dem Königsviertel 34 Fälle, aus dem Spandauer Viertel 8 Fälle, aus der Rosenthaler Vorstadt 49 Fälle, aus der Oranienburger Vorstadt 25 Fälle, aus Moabit 26 Fälle, vom Wedding 48 Fälle, vom Gesundbrunnen 31 Fälle.

Es sind die Arbeiterviertel, aus denen der Tod sich die reichste Ernte geholt hat. So war es in diesen vierzehn Tagen, so ist es den ganzen Sommer hindurch — und so erleben wir's Jahr für Jahr aufs neue. Gewiß, in den Arbeitervierteln ist auch der Kinderstolz sehr viel reichlicher als in jenen anderen Stadtteilen, die vorwiegend von Wohlhabenden bewohnt werden. Aber selbst bei Berücksichtigung dieses Umstandes bleibt für die Arbeiterviertel immer noch eine sehr viel höhere Kindersterblichkeit als für die „vornehmen“ Stadtteile, in denen die bestehende Klasse ihr Quartier hat. Vergleicht man für jeden Stadtteil die Zahl der Säuglingssterbefälle pro Jahr mit der dort ermittelten Zahl der Geburten pro Jahr, so ergibt sich, daß in den letzten Jahren die Säuglingssterblichkeit in Verlin-Nord etwa doppelt so groß war, wie in Verlin-West.

Gegenüber solchen Zuständen sollten eigentlich die Vertreter unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung verstummen. Aber selbst hier ist ihr Eifer nicht in Verlegenheit um eine beschönigende Phrase. Die hohe Säuglingssterblichkeit, die uns entsetzlich erscheint, ist ihnen etwas ganz Natürliches, eine notwendige Auslese, die sich unter dem Nachwuchs vollzieht. Was schwach und lebensunfähig ist, stirbt weg — übrig bleiben nur die Kräftigen und Starken, die die Gesellschaft allein brauchen kann.

So sieht es aus, jawohl — aber es stimmt nur nicht immer. Der Nachwuchs der Reichen kann noch so elend zur Welt kommen, mit Hilfe von Kerzen, Ammen, Kindermädchen, von Pflege- und Nahrungsmitteln aller Art wird dort oft genug selbst das elendeste Wurm durchgeschleppt. Aber in armen Familien muß nicht selten auch ein kräftigeres Kind einer plötzlichen Erkrankung zum Opfer fallen, weil die Möglichkeit solcher Hilfe und sorgfältiger Pflege fehlt.

Erweiterung des Rohrpostnetzes. Das Rohrpostnetz von Verlin erfährt am nächsten Mittwoch, den 15. August eine Erweiterung. An diesem Tage wird bei dem Kaiserl. Postamt N. 65 in der Nazarethkirchstraße der Rohrpostbetrieb eröffnet. Das Postamt 65 hat schon jetzt einen eigenen Bestellbezirk für gewöhnliche Briefsendungen, Telegramme und Rohrpostsendungen mußten von dem benachbarten Bezirk aus bestellt werden. Die Zustellung dieser eiligen Sendungen kann jetzt vom Bezirk selbst aus erfolgen, so daß sie beschleunigt wird. Ebenso ist es mit der Aufgabe von Rohrpostsendungen nach anderen Teilen des Rohrpostgebietes von Groß-Verlin. Der Rohrpostverkehr beginnt beim Postamt 65 wie sonst im Sommerhalbjahr um 7 Uhr, im Winterhalbjahr um 8 Uhr und dauert während des ganzen Jahres bis abends 10 Uhr.

Das erste böhmische Obst ist gestern früh hier eingetroffen und an der Landungsstelle in der Burgstraße zum Verkauf gestellt. Die erste Ziste enthält 6000 Zentner Obstladung, fast ausschließlich Birnen. Gegenwärtig befinden sich noch 5 Zisten mit 27 000 Zentnern Obst auf der Fahrt von Böhmen nach Verlin, und werden voraussichtlich am Mittwoch resp. Donnerstag hier eintreffen. Die „Böhmern“ sind dieses Jahr vierzehn Tage früher angekommen als in den vorhergehenden Jahren.

Verurteilung eines Schiedsgerichtes zwischen der Stadt Verlin und der Großen Berliner Straßenbahn. Vor einiger Zeit hatten wir berichtet, daß die Stadt Verlin eine Feststellungsklage anstrengen würde, falls die Straßenbahn gegen die Fortführung der Untergrundbahn über den Spittelmarkt hinaus bis zum Ringbahnhof Schönhauser Allee oder gegen die Nord-Süd-Untergrundbahn Einspruch erheben sollte. Die städtische Verkehrsdeputation hatte die Straßenbahn aufgefordert, anzuerkennen, daß sie zu einem solchen Einspruch nicht befugt ist, mit der Androhung, daß sie Feststellungs-klage erheben werde, falls binnen vier Wochen die geforderte Anerkennungserklärung nicht eingeht. Die Straßenbahngesellschaft hat darauf erwidert, daß sie die Stadtgemeinde ihr gegenüber für schadenersatzpflichtig halte, falls sie eine der beiden Linien betriebe oder einem Dritten zum Betriebe überlasse. Zweck schleuniger Klärung der Rechtslage hat die Gesellschaft gleichzeitig das im Vertrage mit der Stadt Verlin vorgegebene Schiedsgericht angerufen. Hierdurch ist die Gefahr eines langwierigen Prozesses, der erst in der dritten Instanz sein Ende erreicht, von vornherein behoben.

Ein folgenschwerer Erdburz

hat gestern nachmittag gegen 5 Uhr am Tempelhofer Weg stattgefunden. In der Nähe des Wohnhofes Papststraße werden dort schon seit einiger Zeit Dammarbeiten verrichtet. Zur Ausschüttung ausgebehrter Seitendämme sind eine ganze Reihe polnisch-russischer Arbeiter und auch Frauen mit Erarbeiten beschäftigt. Als die Leute gestern nachmittag mitten bei der Arbeit waren, stürzte plötzlich der Damm an einer Stelle, an der er noch nicht genügend gefestigt war, ein und unter den zusammenbrechenden Erdmassen wurden vier Frauen begraben. Sofort eilten die in der Nähe weilenden Arbeiter hinzu und machten sich an die Befreiung der Verunglückten. Nach anstrengenden Bemühungen gelang es auch, drei der Frauen zu retten, bevor sie größeren Schaden genommen hätten. Dagegen stellten sich der Bergung der vierten Verunglückten, die unter den Erdmassen vollständig begraben war, erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Als sie schließlich ans Tageslicht befördert wurde, war sie bereits völlig bewußtlos. Die Bedauernswerte hatte schwere innere Verletzungen erlitten und wurde in bedenklichem Zustande in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Die anderen drei Frauen hatten sich äußere Quetschungen zugezogen.

Von Passanten überrascht wurde am Sonnabendabend im Nordpark ein etwa 23jähriger Mensch in dem Augenblick, als er an einem 12jährigen Mädchen ein schweres Sittlichkeitsverbrechen verüben wollte. Die Empörung der immer größer werdenden Menschenmenge über die Tat des Wählings war eine derartige, daß an Ort und Stelle ein Lynchgericht an den Verurteilten ausgeübt wurde. Mit Stöcken und Häufen wurde der Uebeltäter so sehr bearbeitet, daß er bald über und über mit Blut bedeckt war. Dann ließ man den Verurteilten laufen.

Im Verus seinen Tod gefunden hat der 40jährige Kutsher Gustav Sanger, der in der Aktienbrauerei Friedrichshain tätig war. Er hatte am Sonnabendabend bei der Heimkehr die Pferde vom Wagen gespannt und nach dem Stall geführt. Als er eines der Tiere abschnüren wollte, schaute dies plötzlich, schlug nach hinten aus und traf S. mit solcher Gewalt vor die Brust, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhause am Friedrichshain an den Folgen der schweren Verletzung starb.

Auf dem Straßenschnelzug I in Reinickendorf verstorben ist der Schaffner Hermann Reich. Er kam um 1/12 Uhr mittags nach dem Bahnhof zum Dienst, wollte seinen Wagen besteigen, als ihm plötzlich schlecht wurde. Er ging ins Bureau, meldete sich krank und beim Hiniausgehen zum Bahnhof fiel er um und war tot. Der hinzugerufene Arzt Dr. Hättner in Reinickendorf konnte nur noch den Tod konstatieren. Die Leiche wurde später zwecks Obduktion nach der Reinickendorfer Halle gebracht.

Ein schreckliches Brandunglück

hat sich am Sonntag, abends um 11 Uhr, in der Friedenstraße 64 zugezogen. Dort war auf noch nicht aufgeklärte Ursache in einer Hofwohnung im zweiten Stock des Quergebäudes Feuer ausgebrochen, das erst bemerkt wurde, als es bereits eine große Ausdehnung erlangt hatte. Die Hausbewohner liefen bei dem ersten Alarm schnell zur Hilfe herbei und beherzte Männer versuchten, die Flammen zu löschen, was aber nicht gelang; diese hatten Möbel, Gardinen, Fußböden, Betten, Türen, Decken, Fensterrahmen usw. ergriffen. Pflösch erscholl der Ruf: „Die Kinder sind noch in der Wohnung!“ Abermals drangen die Männer trotz des großen erstickenden Qualmes in die Wohnung ein und holten sie heraus. Der zweiwährige Eward Frank war bereits erstickt. Die kleine Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt. Die Feuerwehr, die gleich darauf eintraf, durchsuchte dann nochmals die Wohnung und löschte die Flammen durch kräftiges Wassergeben.

Mehrere schwere Unfälle im Straßenverkehr werden uns vom Sonntag gemeldet. Der elfjährige Ernst Anders, dessen Eltern in der Brunnstr. 109 wohnen, sprang gegen 3 Uhr nachmittags vor dem Hause Nr. 82 desselben Straßenzuges vom Trittbrett des Omnibus 1108 und rannte gegen den Vorderperren des entgegengekehrter Richtung herannahenden Motorwagens 1200 der Straßenschnellzug 88. Der Knabe fiel zu Boden und geriet mit dem rechten Bein unter den Schutzrahmen des Vorderperrens. Mittels Binden mußte der Wagen angehoben werden, und es dauerte längere Zeit, ehe dieses Rettungswerk der von Streckenpostanten herbeigerufenen Feuerwehr gelang. Der schwer verletzte Knabe wurde nach Anlegung eines Notverbandes durch Samaritermannschaften nach dem Lazaruskrankenhause gebracht, woselbst sofort der rechte Unterschenkel amputiert werden mußte. — Der Heilshauer Will Schulze, Pantow, Florastr. 63 wohnhaft, verließ in der Berlinerstraße desselben Vorortes den Hinterrperren des Motorwagens 1815 der Linie 48 während der Fahrt, kam zu Fall und wurde vom Trittbrett zur Seite geschleudert. Der Unfallhabende blieb bewußtlos auf dem Straßenschnelzug liegen und mußte nach dem St. Hedwigskrankenhaus übergeführt werden, woselbst schwere

Verst- und Knieverletzungen konstatiert wurden. — In ähnlicher Weise verunglückte gegen 10 Uhr morgens in Weiskes an der Ecke der Langhans- und Friedstraße der in diesem Vororte wohnende Vater Friedrich Rummelatis, welcher auf dem Vorderperson des Motorwagens 1082 der Linie 78 stand; er sprang während der Fahrt ab und geriet mit dem linken Bein unter die Räder des Wagens. Der Schwerverletzte wurde mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus Weiskes gebracht, woselbst Bruch des linken Unterschenkels und zwei Kopfwunden festgelegt wurden.

Ueberfallen. Die 31jährige Kaufmannsrau S. aus der Paulstraße sah abends gegen 9¹/₂ Uhr auf einer Bank am Ententeich im Tiergarten und wartete dort auf ihren Gatten. Frau S. sah, wie ein neben ihr sitzender, gutgekleideter junger Mann sie fortwährend scharf beobachtete. Mächtig rief der Mann ihr mit einem kräftigen Ausdruck den Kommandeur aus der Hand und stob. Einige Passanten nahmen die Verfolgung des Räubers auf, bis man ihn am Neuen See sah. Der Blüthige knagte unter Tränen, er sei ein stellenloser Schreiber, und nur der Hunger habe ihn zu der Tat getrieben. Die Verfolger ließen ihn laufen. — Zwei andere Ueberfälle sind in der Nacht zum Sonntag auf dem Gesundbrunnen verübt worden. In der Badstraße wurde der 23jährige Dreher Willi Schulz aus der Jasmunderstr. 13 von dem Fremden eines Arbeitskollegen schwer verletzt. Die beiden jungen Leute hatten eine kleine Anseimanderung gehabt und Schulz wurde hierbei von dem Fremden mit einem spitzen Instrument tief in den Kopf gestochen. Schwerverletzt brach der Geflossene zusammen. — Am Humboldthain wurde der 23jährige Arbeiter Paul Koske, Bankstr. 82 wohnhaft, plötzlich von einem unbekanntem Menschen mit Stock und Messer schwer verletzt. Der Täter konnte verhaftet werden.

Große Empörung rief ein schwerer Unglücksfall hervor, der sich Sonntagvormittag in der Neuen Königstraße ereignete. Der dreizehnjährige Schüler Otto Swoboda, Frankfurter Allee 61, war auf seinem Zweirade die Neue Königstraße entlang gefahren, als ihm an der Ziegmannstraße ein Straßenbahnwagen und gleichzeitig auch ein Geschäftswagen entgegenkam. Swoboda versuchte, zwischen die beiden Wagen hindurchzufahren, und es wäre ihm auch zweifellos gelungen, wenn ihn nicht ein etwas nervös veranlagter Herr, der sich selbst in Gefahr glaubte, vom Rade heruntergeschoben hätte. Der Knabe wurde unter den Geschäftswagen geschleudert, überfahren und schwerverletzt nach der Unfallstation in der Keibelstraße gebracht. Die Empörung der zahlreichen Augenzeugen über den Urheber des Unglücks war eine gewaltige; der Herr hatte sich schleunigst gedrückt, es wäre ihm sonst wohl übel ergangen.

Ueber das Dach hat eine Einbrecherbande den Weg genommen, die in der Nacht zum Sonntag dem Zigarrenhändler A. in der Reinickendorferstr. 04 einen Besuch abstattete. Die Diebesgesellschaft hatten sich auf dem Grundstück einschließen lassen, jedoch vergeblich versucht, vom Hofe aus durch die Hintertür in den Laden einzudringen. Es gelang ihnen dann aber, das Dach des niederen Gebäudes zu erreichen und durch eine Luke drangen sie in das Innere. Nun traten die Nachschlüssel in Aktion. Zur Beute fielen der Wande große Vorräte an Zigarren und Zigaretten und auch die Tageskasse raubten sie aus. Außerdem stahlen sie Taschengeld, Ringe usw. und selbst einen geladenen Revolver mitzunehmen scheuten sich die dreisten Vagabunden nicht einmal. Auf demselben Wege, auf dem sie gekommen, entfernte sich die Bande unbemerkt.

Straßensperrungen werden wieder eine ganze Anzahl bekannt gegeben. Es werden gesperrt für Fuhrwerke und Reiter: Die Hansa-Brücke im Zuge der Ledowstraße wird behufs Reparatur vom 14. d. M. ab, die Vergamstraße zwischen Posten- und Schleiermacherstraße vom 13. d. M. ab, die Köpenickerstraße von der Insel bis zur Bräudenstraße vom 15. d. M. ab bis auf weiteres gesperrt.

„Der Deserteur“ von A. Buchanan. Ein Roman voll erschütternden dramatischen Szenen wird jetzt von der im Partieverlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden illustrierten Wochenchrift „In freien Stunden“ veröffentlicht. Es ist die Aufgabe dieser Zeitschrift, die verblühende Schundliteratur aus den Kreisen der Arbeiter zu verdrängen und an deren Stelle für gute Unterhaltungsliteratur Sorge zu tragen. Diese Aufgabe kann aber nur gelöst werden, wenn die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich die Verbreitung dieser Zeitschrift angelegen sein lassen und in Fabriken und Werkstätten, bei Versammlungen und sonstigen Gelegenheiten unablässig neue Abnehmer anwerben. Probehefte stellt der Verlag für diese Zwecke gern zur Verfügung.

Kadranen zu Treptow. Ein an Zwischenfällen mancherlei Art reiches Rennen war das 50 Kilometer-Rennen, das Artur Stellbrink als Sieger hervorgehoben sah. Vom Beginn des Rennens an die Spitze haltend, zog er seinen Gegnern davon, die allerdings in diesem Rennen von ihren Führungsmaschinen arg im Stich gelassen wurden. Schon während der ersten 10 Kilometer sind Biewerall mit 400, Przymbel mit 470 und Layten mit 900 Meter im Rückstand. Jetzt naht das Verhängnis, Bieweralls Motor setzt aus und er muß allein die Bahn umgeben, doch bald leistet ihm Layten Gesellschaft, und als Dritter im Dunde steigt auch Przymbel vom Rad, so daß Stellbrink allein hinter Käfer fährt und er seinen Vorsprung von Runde zu Runde vergrößert. Bei 30 Kilometer in 26 Minuten 16¹/₂ Sekunden liegen Przymbel 3140, Biewerall 3790 und Layten 5890 Meter zurück. — Przymbel schießt sich zur Verfolgung Stellbrinks an und es gelingt ihm auch, bis an diesen herananzukommen, doch im Begriff vorbeizugehen, fällt er von seiner Führung ab und im Nu hat ihm Stellbrink eine weitere Runde genommen. Biewerall hat unangeseht unter Motorchaden zu leiden und dieser Umstand löstet ihn schließlich den dritten Platz; erst gegen Schluß des Rennens klappert seine Führung, und er vermag ziemlich eine Runde aufzuholen. Das Ergebnis ist: 1. Stellbrink in 43 Min. 59¹/₂ Sek.; 2. Przymbel 4800, 3. Layten 7000 und Biewerall 8090 Meter zurück. — Das 10 Kilometer-Rennen wurde eine Weile für Przymbel, der von Anfang an führte, Stellbrink verjagt aufzuholen und kommt auch gut heran, doch löst er nachher von Boden ein und landet 210 Meter zurück als Zweiter; Biewerall mit 620 Meter zurück Dritter. — Ein Bild aus der Vergangenheit entrollte das 15 Kilometer-Rennen mit Tandemführung. Den vier Startenden hatten sich zehn Paare der besseren Klasse als Schrittmacher zur Verfügung gestellt und ohne das Rotorgetriebe ging die Reise los. Unter wechselnder Führung der vier Gegner und ständiger Ablösung der Tandems war der Verlauf ein ganz interessanter. A. Müller nahm jedoch bald die Spitze und zog in schöner Weise von dannen, in 18 Min. 26¹/₂ Sek. das Rennen beendend. M. Hansen 360 Meter als Zweiter, E. Rottmid 410 Meter als Dritter und Hellemann 1710 Meter als Viertes folgend. Ob das Jurisdiktoren zu Tandems als Führer sich wieder einbürgern wird, muß die Zukunft lehren, jedenfalls wird der Sport in mancher Hinsicht interessanter und unabhängig von den oft unzuverlässigen Maschinen und das Gesamtbild ein schöneres, allerdings auf Kosten der Schnelligkeit. — Auch das Tandem-Hauptfahren bot schönen Sport. Schon die Vorkämpfer lieferten heisse Kämpfe und fielen für den Endlauf vier gute Paare aus. Stoß-Hellemann erlangten nach hartem Kampfe einen knappen Sieg mit ¹/₄ Länge vor Ledner-Schmida, während Ledner-Nabe und Stellbrink-Hansen mit 3 bzw. 6 Längen zurück landeten. — Der Besuch war ein sehr guter. Sämtliche Rennen ereigneten sich ohne jeden Unfall.

Feuerbericht. Sonntag brannte in einem Laden in der Blumenstraße 68, Ecke Marlliusstraße, Papier. Ein Wodenbrand beschäftigte die Wehr in der Vesellstr. 5 und ein Kesselbrand mußte Camphausenstraße 19 gelöscht werden. Regale, Möbel u. a. wurden bei dem Tischlerbrande in der Fruchtstr. 37 ein Raub der Flammen. In der Mägdenstr. 16 brannte eine Küche. Ferner hatte die Wehr in der Müllerstr. 7a, am Weidenweg 44 und verschiedenen anderen Stellen zu tun. — An der Brandstelle in der Kronenstr. 30/31 ist die Feuerweh noch immer tätig. Die Ruine Kronenstr. 30 muß voll-

ständig abgetragen werden, was ein Unternehmern besorgen wird. Wahrscheinlich wird auch der Seitensügel Kronenstr. 31 abgebrochen werden müssen. Dem verletzten Oberfeuermann Schenzer geht es den Umständen angemessen befriedigend, seinem Kameraden Margraf, der zwei Rippen gebrochen hat, geht es bedeutend besser. Brandinspektor Leopold ist wieder hergestellt und tut Dienst. Oberfeuermann Schneider, der infolge von Einatmen giftiger Dämpfe bedenklich erkrankt war, ist auf dem Wege der Besserung. Dagegen hat sich das Befinden des Feuermanns Sublehn verschlechtert, während der Feuermann Schulz aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Der Magistrat gibt in den Lokalblättern folgendes bekannt:

„Die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen liegen in der Zeit vom

15. bis 30. August d. J.,

wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Sonntags von 8 bis 10 Uhr vormittags, im Wahlbureau des Magistrats, Boddin- und Jarsstr. 2, Eingang Jarsstraße 5—6, 3 Treppen, zur Einsicht aus. Nachdem die Zahl der Stadtverordneten von 48 auf 60 erhöht worden, tritt zur Durchführung der Wahlen vom 1. August d. J. ab eine neue Bezirkseinteilung in Kraft. Danach hat die 3. Wählerabteilung statt 16 20 Wahlbezirke und die 2. Wählerabteilung statt 2 4 Wahlbezirke erhalten. Die 1. Wählerabteilung bildet nur einen den ganzen Ort umfassenden Wahlbezirk, so daß mithin für alle drei Klassen 25 Wahlbezirke in Betracht kommen — vorher nur 19. Jeder Wahlbezirk der 3. Klasse hat einen Stadtverordneten, die 4 Wahlbezirke der 2. Klasse je 5 Stadtverordnete und der Wahlbezirk der 1. Klasse 20 Stadtverordnete, mithin 60 Stadtverordnete zu wählen. Für die Abgrenzung der drei Wählerklassen ist diesmal eine bedeutend höhere Steuersumme als im vorigen Jahre zu berücksichtigen gewesen. Während im Jahre 1905 die Gesamtsumme der für die Klassenbildung in Frage kommenden Steuern sich auf 1 490 286,36 M. belief, beträgt sie für dieses Jahr 1 630 932,61 M., sie hat sich also nahezu um 9¹/₂ Proz. vermehrt. Hier von bringt die 1. Abteilung mit 230 Wählern 574 833,83 M. — im Vorjahre 525 327,88 M. — Steuern auf, die zweite mit 2883 Wählern 574 129,30 M. — im Vorjahre 525 188,96 M., und die dritte mit 23 507 Wählern 481 969,48 M. — im Vorjahre 439 769,52 M. Der höchste Steuerzahler der 1. Klasse hat 69 402,93 M. Steuern aufzubringen, während der niedrigste Steuerzahler dieser Klasse nur 907,48 M. zu zahlen hat. Der höchste Satz der 2. Klasse beträgt 905,89 M., der niedrigste Satz 68,21 M. Alle übrigen Wahlberechtigten gehören zur 3. Klasse. Die Gesamtzahl der Wähler beträgt 26 620 — im Vorjahre 22 921. Hier von entfallen auf die 1. Klasse 230 Wähler — im Vorjahre 204 —, auf die 2. Klasse 2883 Wähler — im Vorjahre 2388 —, und auf die 3. Klasse 23 507 Wähler, im Vorjahre 20 329.“

Demnach haben 230 Wähler der ersten Klasse genau so viel Rechte wie die 23 507 Wähler der dritten Klasse. Ein recht charakteristischer Beitrag zum Dreiklassenwahlrecht! Die Parteigenossen tun gut, sich durch Einsichtnahme in die Wählerlisten davon zu überzeugen, daß ihr Name auch eingetragen ist, wollen sie nicht riskieren, daß sie ihres ohnehin winzigen Rechtes nicht noch verlustig gehen.

Reinickendorf.

Beim Spielen verunglückt ist am Sonntag der neunjährige Sohn des Töpfers Schulz aus der Nestlengstraße in Reinickendorf. Der Knabe spielte auf der Straße mit einem Kasse, der ihm entfiel und auf den Fahrdamm rollte. Als der Junge das Spielzeug aufheben wollte, glitt er aus und fiel so unglücklich zwischen Vorder- und Hinterrad einer vorbeifahrenden Droschke, daß er überfahren wurde. Das Rad ging ihm über den Unterleib hinweg. Schwer verletzt wurde der kleine Sch. nach dem Paul Gerhardt-Stift übergeführt.

Ober-Schöneweide.

Zu dem Unglück, das sich am Sonntag früh ereignete und bei dem der Arbeiter Katur so schwer zu Schaden kam, daß ihm beide Beine vom Rumpfe abgehoben wurden, wird nun mitgeteilt, daß der Tod des Bedauernswerten nach der Aufnahme im Krankenhaus erfolgt sei. Von einem Hineinsitzen des Verunglückten in den Straßenbahnwagen könne keine Rede sein. Der Unfall ereignete sich dergestalt, daß Katur das Gleis betreten wollte und in diesem Augenblick vom Wagen erfasst wurde.

Waidmannslust.

Ueber: „Warum muß der Arbeiter Politik treiben?“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Bürger-Schöneberg. Daß es notwendig ist für den Arbeiter, sich um politische Dinge zu kümmern, bewies Redner, indem er an verschiedenen Beispielen die kulturfeindlichen Maßnahmen der Regierung kennzeichnete: so unter anderem, daß man Sozialdemokraten die Qualifikation des Turnunterrichts abspricht, daß man sie weiterhin für ungeeignet hielt, Mitglieder von Schuldeputationen zu sein oder aber an höheren Schulen zu lehren. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion. Unter Vereinsangelegenheiten wurde das pflichtwidrige Verhalten zweier Genossen kritisiert, außerdem beschlossen, gegen den Zigarrenfabrikanten Krüdel das Ausschlußverfahren einzuleiten. Zur Aufnahme in den Wahlverein meldeten sich 12 Genossen.

Nowawes-Neuendorf.

Die Vereinigung obiger Gemeinden zu einem einheitlichen Gemeindefiskus ist gestern beschlossen worden. Die Zusammenlegung soll zum 1. April erfolgen und zwar unter dem Namen Sabelsberg.

Gerichts-Zeitung.

Ein Wahlflugblatt

aus der Zeit der letzten Kommunalwahlen in Jekendorf unterlag bezüglich seines etwaigen beleidigenden Charakters gestern der Prüfung der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. In Jekendorf fand im April d. J. bei der Wahl zur Gemeindevertretung eine Stichwahl zwischen dem bürgerlichen Kandidaten Kaufmann Thornau und dem sozialdemokratischen Kandidaten Schaefer statt. Der Wahlkampf war ein außerordentlich hitziger und von beiden Seiten wurde in Verammlungen, Flugblättern etc. heftig agitiert. Das Endergebnis war, daß Herr Thornau zum Gemeindeverordneten gewählt wurde. Dieser fühlte sich durch ein sozialdemokratisches Wahlflugblatt beleidigt und stellte gegen den Verfasser desselben, Wilhelm Claffert, der Schriftführer des sozialdemokratischen Wahlvereins war, den Strafantrag. Das Flugblatt hatte den Wählern die politische Persönlichkeit des Gegenkandidaten in nicht sehr anziehenden Farben geschildert. Herr Thornau fühlte sich dadurch beleidigt, daß von ihm behauptet wurde: er sei die Puppe des Hausbesitzervereins und ein Mensch, der den Mantel nach dem Winde trage; es sei beschämend, daß er nur durch die Stimmenstimmen und dadurch, daß man abhängige Leute zusammenkommele und zur Wahl kommandierte, die ihm zugefallenen Stimmen erhalten habe; diese Tatsache sei jämmerlich und jämmerlich sei auch der Kandidat selbst. — Das Schöffengericht

in Groß-Lichterfelde hielt diese Angriffe für so schwer beleidigend, daß es von einer Geldstrafe abließ und auf drei Tage Gefängnis erkannte. In der Berufungsinstanz bezeichnete es Rechtsanwält Dr. Herzfeld als gerichtsnotorisch, daß alle Parteien in allen hitzigen Wahlkämpfen in ihren Flugblättern die politische Persönlichkeit des Gegenkandidaten zergreifen und ein drastisches Bild von dessen Anschauungen geben. Ungeöhnlich sei es, daß der angegriffene Kandidat auf Grund eines solchen Flugblattes Strafantrag stellt, noch ungeöhnlicher, daß das Gericht wegen einer vermeintlichen Entgegnung in einem derartigen Flugblatt gleich auf Gefängnis erkannte. Sollte dies Muss werden, dann würde bald der Bau neuer Gefängnisse notwendig werden. In diesem Falle richteten sich die Angriffe keineswegs gegen die Persönlichkeit des Antragstellers an sich, sondern nur gegen dessen politische Anschauungen und politische Betätigung. Dem Angeklagten müsse der Schutz des § 193 zugebilligt werden, event. aber sollte doch nur eine geringe Geldstrafe in Frage kommen. — Der Gerichtshof hielt nur zwei Stellen des Flugblattes für beleidigend. Bezüglich der Redewendung „Puppe des Hausbesitzervereins“ wurde dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugebilligt, die Redewendung „Jämmerlich ist auch der Kandidat“ aber für strafbar erachtet. Unter Aufhebung des ersten Urteils erkannte der Gerichtshof auf 45 M. Geldstrafe.

Ein trübes Familienbild wurde gestern in einer Verhandlung vor der zweiten Familienkammer des Landgerichts II aufgerollt. Wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 173 des Strafgesetzbuches war der 38jährige Maler Julius Venada vor dem Strafrichter angeklagt. Dem Angeklagten wurde eine gerabegte bestialische Tat zur Last gelegt, die ihn in das Juchthaus gebracht hat. Vor 31 Jahren hatte sich J. verheiratet und auch eine ganz glückliche Ehe geführt, der mehrere Töchter entsprossen sind. Mit den beiden jüngsten Töchtern im Alter von 23 und 16 Jahren lebt J. nunmehr zusammen und läßt von ihnen die Wirtschaft besorgen. Eines Tages im März d. J. kam der Angeklagte in etwas angetrunkenem Zustande von seiner Arbeit nach Hause. In seiner Wohnung traf er nur die 16jährige Meta. Während sich das Mädchen mit dem Abendbrot beschäftigte, wurde sie plötzlich von ihrem Vater attackiert. Die vor Schreck fast gelähmte Sechzehnjährige stieß ihren Vater zurück und schrie laut um Hilfe. Der Angeklagte verstopfte dem Mädchen mit einem Taschentuch den Mund, um es am Schreien zu verhindern und beging dann die zur Anklage stehende schändliche Tat. Durch einen Zufall kam das Verbrechen zur Kenntnis der Behörde, die den entmenschten Vater von der Arbeit weg verbannte. Schon in der Voruntersuchung legte J. ein offenes Geständnis ab, ohne jedoch irgend eine Entschuldigungsgründe für seine Scheußlichkeiten angeben zu können. In der gestrigen Verhandlung entwickelte sich eine tragische Szene. Als die Meta J. ihren Vater in der Anklagebank sah, verfiel sie sofort in Schreikämpfe, die das ganze Kriminalgericht alarmierten. Diefelbe nervenschnitternde Szene wiederholte sich bei der Urteilsverlesung. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte in der gemeinsten und berwerflichsten Weise seine väterliche Gewalt mißbraucht hatte, erkannte der Gerichtshof auf ein Jahr sechs Monate Juchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Unzuständigkeit des Gewerbegerichts. Der Müllermacher A. hatte in einem Geinarbeitverhältnis zu dem Unternehmer Löwenstein gestanden. Aus diesem Verhältnis entstand eine Forderung dieser Firma in Höhe von mehreren Hundert Mark. A. erkannte die Forderung an und verpflichtete sich zur wöchentlichen Abzahlung mit Wechsel a 5 Mark. Für den Fall der Nichtzahlung eines Teiles sollte die ganze Forderung fällig werden. Da einige Zahlungen ausblieben, so klagte Löwenstein gegen A. beim Gewerbegericht auf Zahlung der Summe. Die Kammer II des Gerichts wies die Klage wegen sachlicher Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ab. Begründend wurde angeführt: Die Klage beruhe teils auf einem Wechselversprechen, teils und dem Grunde nach auf einem Vergleich zwischen den Parteien. Ein Vergleich sei ein zivilrechtlicher Vertrag und nehme der Forderung der klagenden Firma den Charakter einer Forderung aus dem Arbeitsverhältnis. Somit sei das Gewerbegericht nicht zuständig.

Aus der Frauenbewegung.

II.

Wenn wir Sozialdemokraten die Forderung aufstellen: für gleiche Arbeit gleichen Lohn, so ist das nicht eine doktrinaire Schräule, entpringend aus der Einbildung, daß eine Stunde Arbeit stets gleich viel „wert“ sei, wie jede andere Stunde Arbeit, ganz gleich wer und was sie geleistet habe, sondern es ist das Bestreben, allzu unerschämter Ausbeutung, die sich auf allzu große Bedürfnislosigkeit der Arbeiter gründet, einen Damm entgegen zu setzen. Vom Standpunkt der sozialdemokratischen Wertlehre aus ist der Ausdruck: eine Arbeit ist so und so viel „wert“, überhaupt sinnlos. Wenigstens bei der Bedeutung, die das Wort „Wert“ in der Regel hat und die man sich einfach als eine Summe Geldes vorstellen kann. Wir fordern die Erhöhung der Löhne nicht, weil sie dem angeblichen „Wert der Arbeit“ entsprechen sollen, sondern weil wir den Arbeitern, Frauen wie Männern, einen immer höheren Anteil an den Gütern der Kultur zuwenden wollen. Eine obere Grenze dafür gibt es nicht. Folglich ist es auch vergeblich, wenn unsere Gegner sich bemühen, nachzuweisen, daß eine weitere Steigerung „ungerechtfertigt“ sei, weil der Lohn schon so viel ausmache, wie die Arbeit „wert“ sei.

Dies ist bekanntlich das Argument, das sie zur Rechtfertigung der niedrigen Frauenlöhne anführen. Sie behaupten, die Frauenarbeit sei „weniger wert“ als die der Männer. Forscht man nach, was sie damit eigentlich meinen, so hört man zunächst: die Frauen leisten weniger als die Männer. Dies ist leicht als Ausrede zu entlarven. Denn einmal trifft es nicht überall zu; es gibt Berufe, in denen die Frauen mehr leisten als die Männer, ja es gibt sogar eine beträchtliche Zahl von Arbeiten, bei denen Männer gar nicht zu gebrauchen sind; da ist es also heller Licht, von der größeren Leistung der Männer zu reden, und dennoch sind die Löhne der Frauen auch bei diesen Arbeiten im allgemeinen nicht höher als sonst. Und zweitens werden ja auch die Männer nicht nach Maßgabe ihrer Leistungen entlohnt. Sucht man weiter, so bleibt als wahrer Grund der niedrigen Frauenlöhne schließlich nichts anderes übrig, als daß Frauen eben für solches Spätgeld zu haben sind! Der Kapitalist wäre ja ein Narr, wollte er mehr zahlen, so lange er zu niedrigem Lohn genug Arbeiterinnen findet. Es ist also nichts mit dem „geringeren Wert“ der Frauenarbeit, sondern die Sache erklärt sich sehr einfach durch die bereits erwähnte Bedürfnislosigkeit, durch die „verdammte Zufriedenheit“ der Arbeiterinnen, wie Lassalle es ausdrückt. In diesem Zusammenhang, in dieser Bedeutung hat es somit keinen Sinn, von einem „Wert“ der Arbeit zu reden. Aber in einer anderen Bedeutung hat es sehr wohl einen Sinn. Das Wort „Wert“ umfaßt bekanntlich zwei Begriffe, die man in der sozialdemokratischen Wissenschaft als „Tauschwert“ und „Gebrauchswert“ unterscheidet. Der Tauschwert bedeutet die Summe Geldes, die eine Ware wert ist, der Gebrauchswert bedeutet ihre Nützlichkeit. Wert im Sinne von Tauschwert hat die Arbeit nicht, vielmehr ist sie die Quelle, die Erzeugerin des Tauschwertes. Im Sinne von Nützlichkeit dagegen hat sie allerdings großen Wert. Und in diesem Sinne sprechen auch wir Sozialdemokraten vom Wert der Arbeit. Wenn man nun den Lohn als Maßstab dafür ansehen will, zwar nicht wie viel Wert eine Arbeit hat, aber doch wie viel Wert (d. h. Nützlichkeit!) ihr jemand beimißt, so kommt man zu dem überraschenden Resultat, daß der Kapitalismus vor der Frauenarbeit außerordentlich wenig Achtung hat. Er zieht immensen Nutzen aus ihr, aber durch erbärmliche Entlohnung befundet er, daß er ihr außerordentlich wenig W-

1. Deutsch-Amerikanischer Cirkus

von Norton B. Smith mit seiner Gesellschaft von Künstlerinnen und Künstlern aus aller Herren Länder. Größter und elegantester aller reisenden Zirkusse.

Berlin, Comeniusplatz,
Memelerstraße

Heute und folgende Tage
täglich abends 8 Uhr:
Elite-Vorstellung.

Preise der Plätze: Loge 2,50, Sperrplatz 1,50, 1. Platz 1,25, 2. Platz 80 Pf. Galerie (Steckplatz) 40 Pf. Kinder und Kinder unter 12 Jahren bezahlten Sonntag-Abend-Vorstellung 1. Platz 1,-, 2. Platz 60 Pf. Galerie (Steckplatz) 30 Pf. Nat. Behrens, Dir.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.

Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**

15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Der Millionenschneider.
Poffe mit Gesang in 2 Akten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Sanssouci. Kottbuser
Sonntag, Montag, Donnerstag
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppe.
Neu: Der Säugling.
(Glänzendes Soloprogramm.)
Ente, 30 Pf., nun 15 Pf. 50 Pf.
Sonntag, Montag, 5. Sonntag 8 Pf.
Im Vorpark: Freikonzert.

Estbahn-Park
Am Köstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 17

Hermann Imbs.
Täglich:

Gr. Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.

**Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)**
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Volksgarten-Theater.
Gadstr. 8 (Behm- u. Bellerophonstr.)

Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue August-Programm!
Harry Steiner Geschw. Bolini
Max Franconi Carleton Truppo.
„Auf fremder Erde“

Gr. Aufführung mit Gesang u.
Tanz in 3 Akten von Otto Schulz.
Neu: Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Donnerst.: Gr. Brill-Faustwerk.
Vollbelustigungen aller Art.
Die Kaffeekeule ist b. 1 Uhr an geöffnet.

Prater-Theater
Kastanienallee 7/9.

Täglich: **Amor von heute.**
Milaro, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sands Sportakt.
„Der grüne Teufel.“
Große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Etablissement Bugenhagen
Moritzplatz.

Täglich im Garten bezw.
in den unteren Sälen

Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

**Gustav Behrens
Theater,**
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Sonnabend, den 18. August:

Eröffnung
der Winter-Saison

mit einem erstklassigen, glänzenden
Programm. 19732

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

3 Jahre nicht vollständig (Amerigo)
F. A. Wolf, Turnstr. 8.
Zugelassen bei den Krankenkassen
des Gewerkschaftsvereins.

Elysium
Landsberger Allee Nr. 40-41.
Heute sowie täglich:
Vorstellung
abwechslnd von
4 Sänger-Gesellschaften.
Großes Kaffeechen.
Anf. der Sänger 7 Uhr. Entree frei.

1920L*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Mocquettos.
Stüch Sattelstaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.
Oranienstr.

Nähmaschinen
Grüner u. Rohmann) bügeln, auch
gegen Teilzahlung. Zuschneide-Streich
gratis. Rosenthalerstr. 19. 18722*

Von der Reise zurück 210/3
Dr. Gustav Hirschfeld,
80, Stalinerstr. 51 c.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Rabitzspanner.
Mittwoch, den 15. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannaschk,
Julestr. 10:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wilhelm Wichtel über: Kirchliche Erziehung. 2. Diskussion. 3. Bericht und Stellungnahme über die Vereinbarungen mit dem Verband der Stukkateure (Billale Berlin). 4. Verschiedenes.
Plicht aller Kollegen ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Gruppenvorstand.
146/12

Täglich **Extrafahrten mit Musik**
nach

Voigts Krampenburg (Berliner Alpen).
Täglich (außer Sonntags), vormittags 9 Uhr.
Außerdem Montag u. Donnerstag, nachmittags 2 Uhr.
Mittwoch u. Freitag, nachmittags 2 1/4 Uhr.
Abfahrt Stralauer Brücke, Ecke Waisen-Brücke. Dampferstation
in Berlin v. L. Kahnt.
Dieselben Dampferextrafahrten finden auch täglich von der
Michaelkirch-Brücke aus, vormittags 9 1/2 Uhr, nach-
mittags 2 1/2 Uhr statt.
Hin und zurück 50 Pf.

Verlosungsartikel zu Landpartien, für Vereine etc.
nur Neuheiten, sowie Lampions,
Stocklaternen, Fackeln,
Girlanden, Wimpeln, Fahnen, Schärpen, Scherz-
artikel, humoristische Kopfbedeckungen, Musik-
instrumente, Radausachen, spottbillig im
Alte Jacobstr. 93, L. H. Gotthilf, Alte Jacobstr. 93,
an der Seydelstraße.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16.
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1637L*
Amt 4, 3014.

Literarische Preisausschreibung.
Gute Stagen aus dem Arbeiter-
leben, von Arbeitern und Arbeiterinnen
verfaßt, werden in einem Buche über
die Psychologie des modernen Proletariats
abgedruckt. Die Einsendungen,
die, falls sie zweckentsprechend sind, gut
honoriert werden, sollen längstens am
1. Dezember 1906 eingereicht sein.
Adresse: Dr. Rudolf Broda, Wien IV,
Seugasse 16. 19709*

Sommerpreise
bis 15. September c.

A. B. Koch,
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Fernsprecher Amt 7, 3040.
Preise für nur 12 Marken ab Platz
von 10 Str. an: (19232*)
Prima la Halbheine (Belante
Parten), pr. Str. 80 Pf.
la Mariengrün pr. Str.
(110 bis 120 Stk.) 83 Pf.
la Diamant (110 bis
120 Stk.) 85 Pf.
la He u. Wfo. pr. Str. 80 Pf.
la Anthrazit Gade 3, 2, 10 Pf.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei Keller je nach Quantum pr. Str.
10-15 Pf. mehr. — Bei Original-
Waggons und größeren Abhängen
verlangen Sie meine Spezial-Liste.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen,
Suspensorien sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Hieser. J. Orth u. Hülfs-Krankenfassen
Berlin O., 16382*

30. Finien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
loten, angenehm u. weich am Körper.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 14. August 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Fünf Versammlungen.

1. Im Lokal **Graumann**, Rannysstraße 27.
2. „ „ **P. Litfin**, Memelerstraße 67.
3. Im Lokal **Elysium**, Landsberger Allee 40.
4. „ „ **Boeker**, Weberstraße 17.
Tagesordnung in diesen vier Versammlungen: 1. Der Klassenkampf. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung von der Generalversammlung des Verbandes Groß-Berlin. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.
Referenten sind die Genossen J. Vorchardt, W. Düwll, E. Eichler, M. Kiesel. 244/17*

Die fünfte Versammlung findet in der **Drachenburg**, vor dem Schlesischen Tor 1/2, statt mit der
Tagesordnung: 1. „Das Schulproletariat und sein Bildungsbestreben.“ Referent: Genosse G. Stumpe.
2. Diskussion. 3. Berichterstattung von der Generalversammlung des Verbandes Groß-Berlin. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.
Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Achtung! Genossinnen und Genossen! Achtung!

Dienstag, den 14. August, abends 8 Uhr:
Volkversammlung
im Lokale des Herrn Ebert (Neues Klubhaus), Kommandantenstraße 72.

Tages-Ordnung: 17*
1. Die Frauentagung und der Parteitag zu Mannheim. 2. Diskussion.
3. Wahl der Delegierten zur Konferenz und zum Parteitag, eventuell auch
zur Brandenburger Konferenz.
Um zahlreichen Erscheinen eruchen
Die Vertrauenspersonen.

6. Wahlkreis. — Schönhauser Vorstadt.

Dienstag, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Berolina-Sälen, Schönhauser Allee 28:
Volkversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Notwendigkeit der Organisation. Referent Genosse Max Schütte.
2. Diskussion. 249/6*
Der Einberufer.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.
Freitag, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppensstraße 29:

General-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer sowie der Sektion der
Putzer und der Gips- u. Zementbranche, gleichzeitig d. Gruppe d. Fliesenleger.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Bericht der Einzelsten-Beratungskommission. 3. Bericht der
Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Zweigvereins-Vorstand. J. H.: Emil Thöns.
146/11

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.
Mittwoch, den 15. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus Berliner Musiker,
Kaiser Wilhelmstr. 18m:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Solidarität unter der Berliner Bauarbeiterchaft mit Bezugnahme auf die letzten Vorkommnisse.
2. Diskussion. 3. Anträge des Ausschusses. 4. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.
130/7

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 15. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppensstraße 29:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Klassenbericht. 2. Bericht des Vorstandes, des Arbeitsvermittlers, des Hilfskomitees, der Schlichtungs-
und Berichts-Kontrollkommission. 3. Festsetzung der Gehälter der Angestellten nach dem Beschluß der letzten
ordentlichen Generalversammlung. 4. Ertragswahlen zur Ortsverwaltung. 5. Neuwahl eines Bureauangestellten.
6. Anträge. 7. Verschiedenes.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Die Ortsverwaltung.
90/17

Berolina
Verein. Mineralwasserfabriken,
G. m. b. H.
Berlin S. 59
Maybach-Ufer No. 9.
Spezialität:
Bero-Sekt
feinstes alkoholfreies
Erfrischungs-Getränk.
Gen.-Vertret.: 1938L*
Aachener Kaiserbrunnen.

Bestes Teilzahlungs-Geschäft
für
Kein Laden. **Brennabor-**
Räder. ::
Günstigste
Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.

Kranken- u. Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins
(Eingeschr. Hilfskasse 88).
Mittwoch, den 22. August 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind,
Weinstraße 11:

General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung. 2. Neuwahl des Kassierers. 3. Sonstige Kassen-
angelegenheiten. 187/7
Regel Beteiligung erwartet
Der Vorstand: C. Butry, Vorsitzender.

Achtung! Schmiede.

Mittwoch, den 15. August 1906, abends 8 1/2 Uhr,
in Dräuels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:
öffentliche Versammlung sämtlicher Innungsgesellen.

Tages-Ordnung:
Stellungnahme zum Innungs-Arbeitsnachweis (Mulaßstraße).
Kollegen! Es ist dringend notwendig, daß Ihr alle für guten
Besuch agitiert. Kollegen! Die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem
Arbeitsnachweis bedingen ganz energische Stellungnahme. Kein
Kollege darf fehlen.
Mit Gruß
Der Gesellenausschub. J. H.: Adolf Müller, Mitglied,
Hufschmiedstr. 21. 176/16